

geographische

revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 8 · 2006 · Heft 1

Grenzen und
Minderheiten

geographische

revue

Jahrgang 8 · 2006 · Heft 1

Einführung 5

Essays

Wolfgang Aschauer 7

Ethnische Gruppen in Grenzregionen unter
dem Einfluss von Globalisierung –
ein Annäherungsversuch

Petra Hössl und Karen Ziener 23

Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen
zwischen Slowenen in Kärnten und Slowenien –
Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung

Corina Anderl und Josef Sallanz 35

Nationale Minderheiten in der Globalisierung:
Die serbische und die ukrainische Minorität in
den rumänischen Grenzregionen Banat und
Dobrudscha nach der Wende von 1989

Einzelrezensionen

- 51 Britta Klage: Armut in westdeutschen Städten. Strukturen und Trends aus stadtteilorientierter Perspektive – eine vergleichende Langzeitstudie der Städte Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover und Stuttgart. Wiesbaden 2005. (Christoph Butterwegge)
- 53 Ludger Basten: Postmoderner Urbanismus. Gestaltung in der städtischen Peripherie. Münster 2005.
Gerald Wood: Die Wahrnehmung städtischen Wandels in der Postmoderne. Untersucht am Beispiel der Stadt Oberhausen. Opladen 2003. (Jörg Becker)
- 57 Interaktiv durch Europa. Das große Geografielernspiel für Schülerinnen von 10 bis 15 Jahren. CD-ROM. Linz 2005. (Hans-Jürgen Hofmann)
- 60 Michael Flitner und Julia Lossau (Hg.): Themenorte. Münster 2005. (Wolfgang Aschauer)
- 63 Antje Schlottmann: RaumSprache. Ost-West-Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie. Stuttgart 2005. (Peter Dirksmeier)
- 68 Michael Hardt, Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt, New York 2004. (Heinz Arnold)
- 70 Andrew Herod, Melissa W. Wright (eds.): Geographies of Power. Placing Scale. Oxford 2002. (Bernd Belina)
- 75 John F. Wilson, Andrew Popp (eds.): Industrial Clusters and Regional Business Networks in England, 1750-1970. Aldershot, Burlington 2003. (Christoph Scheuplein)

Impressum

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer (verantwortlich für
diese Ausgabe), Günther Beck,
Jörg Becker
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37079 Göttingen
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 9,00 EUR (incl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
15,00 EUR (incl. Versandkosten).

Die geographische *revue* erscheint
zweimal im Jahr.
Redaktions- und Bestelladresse:
Dr. Jörg Becker, Institut für Geographie,
Universität Potsdam, Postfach 60 15 53,
14415 Potsdam
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
Prof. Dr. Wolfgang Aschauer,
An der Reitbahn 15 b
24937 Flensburg
Internet: www.geographische-revue.de

Einführung

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Internationalisierung oder Globalisierung, wie es seit den 1980er Jahren heißt, erleiden die Staaten im Allgemeinen einen Bedeutungsverlust, weil ihre Kraft, die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend beeinflussen zu können, allmählich schwindet – so lautet die gut bekannte Kernaussage der Literatur zur Globalisierung. Die Wirtschaft stimmt sich immer weniger mit den staatlichen Institutionen der nationalen, regionalen und lokalen Ebene ab. Staatsgrenzen spielen eine schwächer werdende Rolle. Eine Verdünnung und eine wachsende Irrelevanz der Staatsgrenzen seien zu beobachten. Besonders auffällig stelle sich dieser Prozess in den Staaten des ehemaligen Ostblocks dar, weil diese bis zur politischen Wende in den Jahren 1989/1990 mehr oder weniger dichte Grenzen aufwiesen.

Nun scheint es aber, dass in der gleichen Weise, wie die Grenzen an staatlich-administrativer Potenz einbüßen, die Grenzümgebungen an Bedeutung gewinnen. An Stelle der trennenden Wirkung kommt mehr die verbindende Funktion der Grenzlage zum Tragen, wie z. B. die Förderung des Austausches zwischen Bewohnern zu beiden Seiten der Grenze.

In den Staaten Europas liegen die Siedlungsgebiete der ethnischen Minderheiten auffällig oft in den Grenzregionen. Minderheiten werden also von der größeren Durchlässigkeit der Grenzen besonders stark betroffen. Dieser Sachverhalt gilt in positiver Weise vor allem für diejenigen Minderheiten, die auf der anderen Seite der Grenze Mitglieder der eigenen ethnischen Gruppe als Nachbarn haben. Diese regionale Ebene und die Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen auf dieser Ebene sollen entsprechend den Richtlinien der Europäischen Union zum Zwecke der Stärkung des Erweiterungs- und Vertiefungsprozesses der Europäischen Union gefördert werden. Insoweit lassen sich ethnische Minderheiten in Europa als klare Nutznießer der Globalisierung sowie – in den ehemals sozialistischen Staaten – der politischen, sozialen und ökonomischen Transformation bezeichnen. Andererseits wird aber auch beobachtet, dass seit der politischen Wende die Grenzprobleme von politischen und gesellschaftlichen Abgrenzungen auf kulturelle und ethnische Ausgrenzungen verlagert werden können. Diese können allerdings nicht nur kulturell, sondern auch politisch und ökonomisch motiviert sein (vgl. z. B. Medick 1993, S. 195). Prozesse dieser Art hat der Göttinger Historiker Weisbrod im Blick, wenn er von sog. neuen Grenzen in Europa spricht und dabei wie folgt mehrdeutig formuliert: „Die Staaten Europas werden an ihren Grenzen zu messen sein.“ (1993, S. 12)

Die Fachsitzung 16 des 55. Deutschen Geographentages in Trier befasste sich am 4. Oktober 2005 mit dem Thema „Ethnische Minderheiten in Grenzregionen unter dem Einfluss der Globalisierung“ mit diesen und noch mit weiteren Fragen anhand von Referaten, von denen die folgenden drei in einer überarbeiteten Fassung publiziert werden.

Die Arbeit von Wolfgang Aschauer stellt eine theoretische Einführung in das Thema dar. So werden die drei Begriffe des Themas, d. h. ethnische Minderheiten bzw. Gruppen, Grenzregionen und Globalisierung, vom Autor nicht als empirische Festlegungen, sondern als Theorieelemente verwendet. Er konzentriert sich dabei auf den Zusammenhang zwi-

schen Globalisierung und ethnischen Gruppen und nutzt zum Zwecke der Einordnung der damit zusammenhängenden Aspekte die Systemtheorie Luhmann'scher Prägung. Die Ausgangshypothese des Artikels ist, dass ethnische Gruppen ein Resultat der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften sind. Entwicklung und Bestand ethnischer Gruppen als Differenzierungsformen der modernen Gesellschaften hängen nicht nur vom Verhältnis der ethnischen Gruppen zum Nationalstaat ab, womit sich die Forschung bisher schwerpunktmäßig beschäftigt hat. Der Autor versteht seinen Beitrag als Plädoyer dafür, auch die wissenschaftlich zurzeit noch vernachlässigten Beziehungen der ethnischen Gruppen zu globalen Organisationen und zum externen Mutterland stärker zu beachten. Globalisierung und ethnische Gruppen werden dabei als Elemente eines Prozesses verstanden.

Der Beitrag von Karen Ziener und Petra Hössl beschränkt sich anhand des Beispiels der Kärntner Slowenen im Wesentlichen auf die Beziehungen zwischen ethnischer Gruppe und „externem Heimatland“, welches das Nachbarland Slowenien ist. Dabei geht es um die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Beziehungen unter den neuen Bedingungen der offenen Grenzen. Es wird der Frage nachgegangen, ob und wie die gleiche Ethnizität als Ressource für wirtschaftliche Aktivitäten genutzt werden kann. Als besonders förderlich stellt sich die gemeinsame Sprache heraus, ein Faktor, der noch besser eingesetzt werden könnte.

Auch der Beitrag von Corina Anderl und Josef Sallanz befasst sich vorrangig mit ethnischen Gruppen, deren Siedlungsgebiete an den Grenzen zu ihren „externen Mutterländern“ bzw. Titularnationen liegen, nämlich mit den Serben im rumänischen Banat, das an den Staat Serbien/Montenegro grenzt, und mit den Ukrainern in der rumänischen Dobrudscha, dem Raum an der Südgrenze der Ukraine. Der Beitrag berücksichtigt neben der ökonomischen Situation auch die Bedeutung der sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse, um die komplexe Lebenswirklichkeit der Minderheitenangehörigen in den unterschiedlichen Grenzregionen verstehen zu können. Dabei werden die nationalen und übernationalen Außeneinflüsse (darunter vor allem die Bedeutung der EU-Erweiterung) einbezogen. Die Gruppe der Serben im relativ wohlhabenden Banat, das von externen ökonomischen Außeneinflüssen viel stärker als die Dobrudscha betroffen ist, zeigt ein starkes ethnisches Selbstbewusstsein. Dagegen erlebt die Dobrudscha infolge der schwachen ökonomischen Grundlagen umfangreiche Bevölkerungsabwanderungen, von denen die ohnehin kleine Gruppe der Ukrainer besonders bedroht ist.

Literatur:

- Medick, Hans: Grenzziehungen und die Herstellung des politisch-sozialen Raumes. Zur Begriffsgeschichte und politischen Sozialgeschichte der Grenzen in der frühen Neuzeit. In: Bernd Weisbrod (Hg.): Grenzland. Veröff. d. Histor. Kommission für Niedersachsen und Bremen. XXXV III. Band 9. Hannover 1993, S. 195-207.
- Weisbrod, Bernd: Einleitung. In: Bernd Weisbrod (Hg.): Grenzland. Veröff. d. Histor. Kommission f. Niedersachsen u. Bremen. XXXVIII. Band 9. Hannover 1993, S. 7-12.

Wolfgang Aschauer ■

Ethnische Gruppen in Grenzregionen unter dem Einfluss von Globalisierung – ein Annäherungsversuch

Vorüberlegungen

Der Titel des Beitrags¹ setzt drei Begriffe zueinander in Beziehung. Die simpelste Form einer solchen Beziehung existiert, wenn alle drei Begriffe als empirische Festlegungen verstanden werden: ethnische Gruppen etwa definiert durch Volkszählungsergebnisse, Globalisierung als quantifizierbare Zunahme internationaler Warenströme und Grenzregion als kilometrisch abgegrenzter Raumtypus. Es ist jedoch nicht einsichtig, auf welcher theoretischen Grundlage diese drei empirischen Kategorien überhaupt in einen Zusammenhang gebracht werden können; daher soll dieses Begriffsverständnis nicht Grundlage der hier vorzutragenden Überlegungen sein.

Auf der anderen Seite kann jeder der drei Begriffe auch als Theorieelement verwendet werden: Dann ist eine Grenzregion eine Raumkategorie, die aus der Regionalisierung von Menschen oder Unternehmen hervorgeht, deren Lebens- oder Handlungsweisen etwa durch Grenzüberwindungskosten beeinflusst werden. Dann ist Globalisierung ein Prozess, durch den politische oder wirtschaftliche Beziehungen einer tiefgreifenden Restrukturierung unterliegen und in dem es zu neuen, mit Raumbegriffen beschreibbaren Konstellationen kommt. Und dann sind ethnische Gruppen ein sehr komplexes soziales Phänomen, in dem kulturelle Merkmale zum Element von Politik werden und dessen Existenz aus internen wie externen Faktoren sozialer Entwicklung erklärt werden muss. Dieses sehr voraussetzungsvolle Verständnis der drei Begriffe erschwert es ebenfalls, Verbindungen herzustellen, da alle drei Begriffe jeweils Teil ganz unterschiedlicher Theoriespektren sind.

Als pragmatische Lösung bietet sich daher an, zumindest einen der Begriffe rein empirisch zu verwenden; dies soll im folgenden mit der „Grenzregion“ unternommen werden, die damit die räumliche Vorauswahl bezeichnet, auf die sich die empirische Exemplifizierung der Ausführungen zu den beiden anderen Begriffen bezieht.

Aber auch „Globalisierung“ und „ethnische Gruppen“ partizipieren bisher nur eingeschränkt an einer ausgearbeiteten Theorie, so dass im folgenden versucht wird, zumindest

die Beschreibung eines möglichen Zusammenhangs auf der Grundlage einer allgemeinen Gesellschaftstheorie zu leisten; hierzu wird auf die Systemtheorie Luhmann'scher Prägung zurückgegriffen.

Funktionale Differenzierung und Globalisierung

Der Globalisierungsbegriff bereitet ihr wenig Schwierigkeiten. Die Systemtheorie sieht als grundlegendes Merkmal der modernen Gesellschaft die funktionale Differenzierung an. (vgl. dazu Luhmann 1987, 1997). Im Gegensatz zu den älteren Gesellschaftsformen der segmentär (nach Verwandtschaft oder Wohnort) und der stratifikatorisch (nach Rängen) differenzierten Gesellschaft differenziert sich die moderne Gesellschaft in einzelne Funktionssysteme wie Politik, Wirtschaft, Recht, Bildung, Wissenschaft u. a. Jedes Funktionssystem ist operativ geschlossen; die jeweils anderen Funktionssysteme gehören zu seiner Umwelt, nicht zum System selbst. Ein Funktionssystem gründet auf je eigenen binären Codes, welche die Anschlussfähigkeit von Kommunikationen und damit das System als solches gewährleisten.² Um die Kommunikation zu sichern, existieren symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien, denen die binären Codes zugeordnet sind. Ein solches Medium ist im politischen Funktionssystem die Macht (mit der Codierung herrschend/beherrscht), in der Wirtschaft das Geld (mit der Codierung Eigentum/Nicht-Eigentum) usw. Diese Medien mit den jeweiligen Codes gewährleisten die Reproduktion eines Funktionssystems und schließen es gleichzeitig von anderen Funktionssystemen ab (vgl. a. Kneer 2004).

Das konstituierende Merkmal der modernen Gesellschaft, die funktionale Differenzierung, impliziert das Entstehen einer Weltgesellschaft (Luhmann 1997:145-171, vgl. auch Bahrenberg/Kuhm 1999, Stichweh 2000). Wird etwa das Funktionssystem Wirtschaft betrachtet, zeigt sich die Eigentümlichkeit der funktionalen Differenzierung. So existiert die Anschlussfähigkeit einer wirtschaftlichen Kommunikation (etwa: der Verkauf eines Produkts) nur zu einer anderen wirtschaftlichen Kommunikation (etwa: Weiterverwendung des Erlöses), nicht aber zu anderen Funktionssystemen. Die Unterteilung des globalen politischen Funktionssystems in Staaten beeinflusst zwar – als Umwelt – das wirtschaftliche Funktionssystem; dies wird aber in diesem intern verarbeitet und führt nicht dazu, dass das wirtschaftliche Funktionssystem sich nach Staatsgrenzen (die ja Elemente des politischen Funktionssystems sind) ausdifferenziert. Das wirtschaftliche Funktionssystem ist daher global, ein – eben funktionales, nicht regionales! – Teilsystem der Weltgesellschaft. Die Annahme des Primats funktionaler Differenzierung impliziert also die Existenz einer Weltwirtschaft, ebenso einer Welt-Wissenschaft usw.

Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Systemtheorie von einer sozialen oder räumlichen Gleichverteilung etwa der Wirtschaft ausgeht. Existierende Unterschiede sind auf die internen Funktionsweisen des Wirtschaftssystems zurückzuführen, nicht auf die Wirkung anderer Funktionssysteme, und können sich auch verstärken, solange und inso-

weit es der Differenzierung des Funktionssystems Wirtschaft zugute kommt: „Unter dem Regime der Funktionssysteme wirken sich gerade rationale Selektionsweisen abweichungsverstärkend (also nicht: egalisierend) aus.“ (Luhmann 1997:167). Entsprechendes gilt auch für die anderen Funktionssysteme. Zugleich differenzieren sich diese Funktionssysteme auch intern zunehmend stärker aus; im Wirtschaftssystem ist etwa die Differenzierung in einzelne Weltmärkte (Finanz-, Rohstoff- oder Produktmärkte) festzustellen (Luhmann 1997:761).

Die Überwindung der (älteren) segmentären Differenzierung der Weltwirtschaft in abgeschlossene Regionalökonomien liegt zwar in der Funktionsweise des Wirtschaftssystems begründet, dennoch können Träger dieses Prozesses identifiziert werden. Es handelt sich um Organisationen wie etwa die Börsen oder die multinationalen Konzerne. Diese Organisationen treiben die Globalisierung, d. h. die Entstehung eines weltweiten Wirtschaftssystems voran, sind aber zugleich auch Agenten der funktionalen Differenzierung selbst; denn die Entstehung der Weltwirtschaft setzt die Trennung von anderen, sich ebenfalls ausdifferenzierenden Funktionssystemen voraus und bewirkt sie zugleich.

Eine gewisse Sonderstellung in diesem Prozess der funktionalen Differenzierung und damit der Entstehung der Weltgesellschaft nimmt die Politik ein.³ Bis heute ist das politische Funktionssystem segmentär differenziert: es gibt Staaten. Zugleich bilden die Staaten in Form der Regierungen auch diejenigen Organisationen, die diese Differenzierungsform weltweit durchgesetzt und damit das politische Funktionssystem der Weltgesellschaft erst geschaffen haben (vgl. Stichweh 2000). Im politischen Funktionssystem der Weltgesellschaft ist die segmentäre Differenzierung in Nationalstaaten durch das Handeln der Nationalstaaten selbst zur dominanten Differenzierungsform geworden; lediglich innerhalb der einzelnen Staaten existieren noch andere Herrschaftsformen, so etwa in einzelnen Ländern feudale Strukturen.

Es lassen sich mittlerweile aber auch durch das Handeln der einzelnen Staaten hervorgerufene Tendenzen der Umgestaltung dieser segmentären Differenzierung feststellen. Zum einen kann etwa die Europäische Union als Schritt hin zu größeren politischen Einheiten aufgefasst werden, indem sie sukzessive einzelne Funktionen der nationalen politischen Funktionssysteme übernimmt und diese dadurch in zunehmendem Maße verändert und überwindet. Zum anderen treten aber auch Organisationen auf der überstaatlichen Ebene der Weltgesellschaft auf; hierzu sind die UNO oder die OSZE ebenso zu zählen wie zahlreiche international wirkende NGOs. Diese neuen Formen politischer Organisation agieren als Vertreter der „ganzen“ Weltgesellschaft und gestalten in der Kommunikation mit den Nationalstaaten die Struktur des globalen politischen Funktionssystems. Die Staaten sind daher in zunehmendem Maße nicht mehr die einzigen Organisationen politischer Herrschaft innerhalb eines Landes, sondern konkurrieren mit den übernationalen Organisationen.

Funktionale Differenzierung und ethnische Gruppen

Angesichts der Existenz einer Weltgesellschaft aufgrund des Primats der funktionalen Differenzierung ist die Existenz ethnischer Gruppen überaus erklärungsbedürftig. Ethnische Kommunikation verläuft offensichtlich „quer“ zu funktionaler Differenzierung, enthält sie doch funktionsübergreifende Elemente, indem sie einzelne Personen nach der Maßgabe zumeist kultureller Merkmale exklusiven Teilsystemen von Politik, Recht, Bildung, Wirtschaft usw. zuordnen will: Ethnische Gruppen sollen eine eigene politische Einheit bilden (oft in Form regionaler Autonomie), sie sollen über gesonderte Rechte (Kollektivrechte) verfügen, ein eigenständiges Bildungssystem haben und auch präferenzielle Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Gruppe aufweisen. Dieser Sachverhalt ist zunächst und am einfachsten über die Atavismusvermutung zu erklären – ethnische Gruppen als Überbleibsel einer segmentär differenzierten Welt. Mit der Herausbildung der funktional differenzierten Weltgesellschaft werden diese Gruppen obsolet; die einzelnen Personen haben Teil an den Funktionssystemen, die Realität einer nicht-funktional differenzierten Zuordnung wird in zunehmendem Maße unmöglich.⁴

Die Empirie scheint diese Vermutung in einem gewissen Umfang zu bestätigen. Zahlreiche ethnische Gruppen verlieren an Größe, ihre Mitglieder „assimilieren“ sich, d. h. sie übernehmen Positionen innerhalb der globalen Funktionssysteme, und die ethnischen Merkmale werden zu Elementen globaler Kultur, etwa als Folklore für Touristen oder als musealisiertes Kulturgut im Tätigkeitsfeld kulturschützerischer internationaler Organisationen.

So sehr diese Prozesse auch nachweisbar sind, so wenig ist damit das Phänomen der ethnischen Gruppen beschrieben oder gar erklärt. Denn zu seinen Merkmalen gehört die Virulenz, mit der auch heute noch, vielleicht sogar in besonders starkem Ausmaß, ethnische Bewegungen aktiv werden, mithin ethnische Gruppen sich formieren und artikulieren. Es liegt der Schluss nahe, dass die Existenz ethnischer Gruppen kein Residuum aus Perioden vor der Entstehung der Weltgesellschaft, d. h. dem Durchsetzen funktionaler Differenzierung ist, sondern ein spezifischer Teil ebendieser funktionalen Differenzierung.

Systemtheoretische Überlegungen zu diesem Punkt argumentieren bisher in zwei Schritten: Zunächst folgen sie der Luhmann'schen Festlegung, die funktionale Differenzierung als *primäre* Differenzierungsform der modernen Gesellschaft anzusehen, neben der es weiterhin auch z. B. segmentäre Differenzierungsformen (etwa: Familien) gibt. Funktionale Differenzierung schließt also segmentäre Differenzierung nicht völlig aus, sondern hat nur ihre Bedeutung reduziert. Unter diesen Voraussetzungen kann im nächsten Schritt die segmentäre Differenzierung in ethnische Gruppen aus dem rationalen Operieren der Funktionssysteme abgeleitet werden. Nassehi/Weber (1990; vgl. a. Nassehi 1990) verweisen dazu auf die Auswirkungen, welche die funktionale Differenzierung auf die einzelnen Menschen hat: Im Gegensatz zur segmentären Differenzierung, die jeder Person ihren festen Platz innerhalb eines Verwandtschaftszusammenhangs oder einer Dorfgemeinschaft zuweist, und zur stratifikatorischen Differenzierung, die feste Zuordnungen in gesellschaftli-

che Rangstufen vornimmt, kennt die funktionale Differenzierung keinen „ganzen Menschen“ mehr. Je nach Funktionssystem hat jede Person jeweils ganz unterschiedliche Positionen, die am grundsätzlichsten über das Gegensatzpaar Inklusion/Exklusion beschrieben werden können.

Inklusion beschreibt dabei die Art und Weise, wie einzelne Personen an der Kommunikation eines Systems teilnehmen, welche Position sie etwa in einer Kommunikation des Wirtschaftssystems haben, ob sie Unternehmer sind, Arbeiter oder Konsument. Die Inklusion in die einzelnen Funktionssysteme kann daher sehr unterschiedlich ausfallen, im Extremfall sind Personen völlig ausgeschlossen; sie können trotz der Teilhabe am Wissenschaftssystem aus dem Wirtschaftssystem ausgeschlossen sein (so im Fall der arbeitslosen Akademiker) oder trotz Inklusion in das Wirtschaftssystem aus dem politischen System (so etwa die als „Ausländer“ politisch entrechteten Arbeitskräfte). Die Individuen sind also in die einzelnen Funktionssysteme unterschiedlich inkludiert, d. h. sie nehmen jeweils unterschiedliche Positionen ein. Zugleich kann als Folge der funktionalen Differenzierung keine Inklusion in das Gesamtsystem Gesellschaft stattfinden. Die Grenzen zwischen den einzelnen Funktionssystemen „haben Individuen selbst zu transzendieren, indem sie die gleichzeitige Teilhabe an Kommunikationen, Handlungen und Operationen innerpsychisch integrieren.“ (Nassehi/Weber 1990: 298) Damit stehen die Menschen vor der Aufgabe, sich eine „Identität“ zu verschaffen. Ethnische Gruppen (oder auch: nationale Zuschreibungen) tragen zu diesem Zweck bei; sie formulieren eine Inklusion der ganzen Person, nicht nur einzelner Funktionsausübungen. Sie erzeugen also die Illusion einer Vollinklusion in die Gesellschaft bzw. die ethnische Gruppe – Illusion insofern, als „Funktionen (vormoderner Grundsemantiken) wie vollständige Sozialintegration von Personen oder die universale Repräsentanz der Gesamtselektivität der Welt durch ein gesamtgesellschaftliches Heilswissen ... unwiederbringlich mit funktionaler Differenzierung verloren gegangen (sind).“ (Nassehi/Weber 1990: 299)

Nationale und ethnische Semantiken sind dann Begleitsemantiken⁵ der Inklusion in die funktional differenzierten Teilsysteme, indem sie den Individuen suggerieren, trotz der funktionalen Differenzierung immer noch in eine Gesamtgesellschaft inkludiert zu sein. Nun mag in zahlreichen Nationalstaaten der Nationalismus tatsächlich in erster Linie als Begleitsemantik der funktionalen Differenzierung dienen, d. h. zur Bildung einer „kollektiven Identität“ beitragen; dennoch scheint eine gewisse Unterschätzung des politisch-sozialen Phänomens ethnisch-nationaler Gruppenbildung vorzuliegen, wenn es als primär psychologisch bedeutsam betrachtet wird. Etwas überspitzt wären ethnische Gruppen dann als ein Versuch kollektiver Psychotherapie angesichts des durch die funktionale Differenzierung ausgelösten Identitätsbedarfs zu bezeichnen.⁶ Eine solche Perspektive dürfte sozialwissenschaftlich insbesondere in solchen Fällen unergiebig sein, in denen nicht der Nationalismus eines außen- wie innenpolitisch gefestigten Staats betrachtet wird, sondern ethnisch-nationale Bewegungen, welche die innenpolitischen Gegebenheiten eines bestehenden Staates tiefgreifend verändern, ihn zerstören oder einen neuen Staat schaffen.⁷

Ethnische Gruppen als eigenes Funktionssystem

Im folgenden soll daher ein anderer Zugang zum Phänomen der ethnischen Gruppen zu finden versucht werden. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Inklusion in die einzelnen Funktionssysteme, genauer: deren Unterbleiben (Exklusion). So weist Luhmann darauf hin, dass nicht nur innerhalb einzelner Funktionssysteme (v. a. im Wirtschafts- und Bildungssystem) eine Tendenz der Abweichungsverstärkung existiert, die bis zum Fall der Exklusion aus einem System führen kann, sondern dass auch zwischen den Funktionssystemen selbstverstärkende Mechanismen der Exklusion existieren: „... die faktische Ausschließung aus *einem* [Hervorhebungen von mir; W.A.] Funktionssystem – keine Arbeit, kein Ausweis, keine stabilen Intimbeziehungen, kein Zugang zu Verträgen und zu gerichtlichem Rechtsschutz, keine Möglichkeit, politische Wahlkampagnen von Karnevalsveranstaltungen zu unterscheiden, Analphabetentum und medizinische wie auch ernährungsmäßige Unterversorgung – beschränkt das, was in *anderen* [W.A.] Systemen erreichbar ist und definiert mehr oder weniger große Teile der Bevölkerung, die häufig dann auch wohnmäßig separiert und damit unsichtbar gemacht werden.“ (Luhmann 1997; S. 630-631)

Diesen Sachverhalt der „Vollexklusion“ kann es jedoch unter der Prämisse der Existenz einer Weltgesellschaft nicht geben. Und tatsächlich existieren zumindest zwei Formen der Inklusion, welche die Exklusion aus den Funktionssystemen kompensieren können. Zunächst besteht die Möglichkeit der Inklusion in ein anderes, nicht-funktionales System, das selbst wiederum in einzelne Funktionssysteme inkludiert ist; zu denken wäre hier etwa an Familien, deren Leistung es ist, einzelnen Personen wenigstens ein Minimum an gesellschaftlicher Anbindung zur Verfügung zu stellen, z. B. durch die Versorgung von psychisch Schwerkranken. Eine zweite und für das hier zu behandelnde Thema wichtigere Möglichkeit der Inklusion ist das Entstehen eines neuen Funktionssystems, dessen Funktion gerade darin besteht, die Inklusion von Personen zu ermöglichen. Denn da „sich das Problem der wechselseitigen Verstärkung von Exklusionen keinem einzelnen Funktionssystem zuordnen (lässt), ... (ist) damit zu rechnen, dass sich ein neues, sekundäres Funktionssystem bildet, das sich mit den Exklusionsfolgen funktionaler Differenzierung befaßt“ (Luhmann 1997:633).

Dieses neue Funktionssystem organisiert die Inklusion der einzelnen Personen in die Gesamtgesellschaft, ohne dass die Personen in die anderen Funktionssysteme inkludiert sein müssen. Vor allem bei zwei Typen ethnischer Gruppen⁸ treffen diese Voraussetzungen zu: zum einen bei sozial abgesonderten Migrantengruppen (hierzu könnten die chinesischen Zuwanderergruppen etwa in Budapest gezählt werden) und zum anderen bei stark diskriminierten und stigmatisierten Gruppen (in Ostmitteleuropa v. a. Roma). Zwei Arten von Organisationen übernehmen dabei die Kommunikation dieses Funktionssystems mit den anderen Funktionssystemen der Gesellschaft: zum einen Organisationen, die sich als Vertreter der ethnischen Gruppe bezeichnen (ethnische Organisationen), und zum anderen

solche Organisationen, die auf der Grundlage einer Vollinklusionssemantik (z. B. Menschenrechte) für die (vermuteten) Interessen der ethnischen Gruppe eintreten.⁹

Die meisten ethnischen Gruppen etwa in Ostmitteleuropa können jedoch nicht zu einer der beiden Gruppen gezählt werden, da eine Vollexklusion nicht vorliegt. Zwar dominiert in der ethnopolitischen Rhetorik die Sonderstellung der „ganzen“ Menschen dieser Gruppe, d. h. die Exklusion aus allen Funktionssystemen, tatsächlich aber geht es nur um einzelne Bereiche funktionaler Zuordnung. So spielt etwa die Wirtschaft überwiegend eine höchst marginale Rolle für die Abgrenzung einer ethnischen Gruppe; Bestrebungen, ein eigenes, segmentär differenziertes Wirtschaftssystem zu bilden, existieren nur in selten. Auch eine eigene Wissenschaft gibt es üblicherweise nicht. Die Differenzierung einer ethnischen Gruppe vollzieht sich vielmehr im wesentlichen über die Ausdifferenzierung aus drei Funktionssystemen: der Politik, der Bildung und dem Kulturbereich.

Die Differenzbildung des Funktionssystems „ethnische Gruppe“ findet über das Medium der Zugehörigkeit mit den Codes zugehörig/nicht zugehörig statt. Sich diesem Funktionssystem zuordnende Organisationen („Organisationen der ethnischen Gruppe“), aber auch auf weltgesellschaftlicher Semantik basierende Organisationen stellen die Kommunikation mit den Organisationen der anderen Funktionssysteme her; dabei verhandelt diese ethnische Kommunikation mit dem politischen Funktionssystem die Feststellung der Zugehörigkeit, mit dem Bildungssystem die Zugehörigkeitsförderung bzw. hemmung und mit dem Kulturbereich den Aspekt, inwieweit Kulturelemente Zugehörigkeit anzeigen.

In letzteren beiden Funktionssystemen sind die Konsequenzen ethnischer Kommunikation offensichtlich: So geht es in Fragen der Schulbildung für ethnische Gruppen weder um eine Ausrichtung an Kriterien wie etwa Berufsqualifikation noch um Themen der individuellen Persönlichkeitsentwicklung, sondern fast ausschließlich um die Frage der Reproduktion ethnischer Merkmale, etwa der (eigenen) Sprache. Denn diese Merkmale definieren den Kreis der (potentiellen) Mitglieder einer ethnischen Gruppe. Ähnlich ist es im Kulturbereich, wo Staat und ethnische Organisationen darum streiten, inwieweit gruppentypische Kulturelemente praktiziert werden dürfen und auch staatlich gefördert werden. Im Vordergrund steht dabei die Eindeutigkeit, mit der bestimmte Kulturformen als typisch für eine ethnische Gruppe bezeichnet werden können und damit Zugehörigkeit ausdrücken. Daraus folgt die Präferenz für historische und historisierende Kulturelemente wie Trachten, Volkstanz usw.

In bezug auf das Funktionssystem Politik geht es ebenfalls um die Frage der Zugehörigkeit, und zwar auf einer prinzipiellen und einer konkretisierenden Ebene. Als prinzipiell kann die Entscheidung verstanden werden, ob es eine ethnische Gruppe überhaupt gibt; ist diese Entscheidung positiv gefallen, muss die Zugehörigkeit konkret bestimmt werden. Dies ist auch der dominante Aspekt der Differenzierung: Entweder bestimmt ein Nationalstaat die Zugehörigkeit – etwa durch die Festlegung von zugehörigkeitsanzeigenden Merkmalen oder durch die Akzeptanz entsprechender individueller Selbstzuschreibungen im Rahmen von Volkszählungen –, oder aber eine ethnopolitische Organisation definiert ihre

(auch potentiellen) Mitglieder als ethnische Gruppe; nicht zuletzt können auch andere Organisationen (etwa die Organisationen auf der globalen Ebene) hier eine aktive Rolle spielen.

Die Differenzierung im Medium der Zugehörigkeit konfligiert jedoch notwendigerweise mit dem Organisationscharakter des Nationalstaats, dem eine feste Definition von Mitgliedschaft (Staatsbürger) zugrunde liegt, und – da er die Organisation des Funktionssystems Politik vornimmt – auch mit der bestehenden segmentären Differenzierungsform des Funktionssystems in (einheitliche) Nationalstaaten. Denn die Frage der Zugehörigkeit ist auf der Ebene der Politik eine Frage der Durchsetzung von politischer Herrschaft. Durch die Definition von Zugehörigkeit wird festgelegt, ob jemand zum Herrschaftsbereich des segmentär differenzierten politischen Systems Staat gehört, wobei Herrschaft in einem Staat als Verhältnis zwischen (herrschenden) Staatsorganen und (beherrschten) Bürgern geregelt ist.

Eine ethnische Gruppe greift in dieses Herrschaftsverhältnis ein, indem Bereiche von Herrschaft zumeist segmentär abgespalten werden.¹⁰ Eine solche segmentäre Differenzierung kann in einem sehr geringen Ausmaß vorliegen, wenn es etwa nur um Symbole staatlicher Herrschaft geht (etwa Ortstafeln mit anderen als den amtlichen Benennungen), kann aber auch in die Reproduktion der staatlichen Herrschaft eingreifen (gesondertes Wahlrecht für Minderheitenangehörige) oder gar zu einem eigenen, neuen politischen Funktionssystem führen (Staatsgründung).

Damit ist jedoch noch nicht die Frage beantwortet, warum es überhaupt zur Differenzierung in ethnische Gruppen kommt, da ja von einer Vollexklusion nur in seltenen Fällen gesprochen werden kann. Der Schlüssel zu einer Antwort liegt wohl im Bildungssystem. Einzelne Personen etwa einer besonderen Sprachgruppe erfahren dort ihre lebensgeschichtlich erworbenen Fähigkeiten (hier: die Sprache) als nicht tauglich für die Inklusion in dieses System, auch die im Geschichtsunterricht vermittelte Selbstwahrnehmung weicht von eigenen Überzeugungen ab. Inklusion in das Bildungssystem funktioniert jedoch im allgemeinen nur in Form einer Übernahme der dort vermittelten Inhalte. Die Personen erfahren also einzelne Bildungsinhalte als Entwertung eigenen Wissens und sind gezwungen, entweder die lebensgeschichtlich erworbenen Kenntnisse aufzugeben oder aber aus dem Bildungssystem ausgeschlossen zu werden, dies etwa in Form von schlechten Noten oder gar eines fehlenden Schulabschlusses. Da die Organisationen des Funktionssystems (z. B. Schulen) zumeist staatlich sind, kann eine solche (drohende) Exklusion aus dem Bildungssystem auch als Zweck oder zumindest Element staatlichen, d. h. politischen Handelns verstanden werden. Der Staat wird so über den Umweg des Bildungssystems als Gefährder der eigenen Lebenschancen wahrgenommen, da er den Wert der außerschulisch erworbenen Kenntnisse (etwa: Minderheitensprache) nicht anerkennt oder sogar negativ sanktioniert. Die Schaffung eines eigenen Funktionssystems, wodurch nicht mehr die einzelnen Personen Elemente des politische Funktionssystems sind, sondern die ethnische Gruppe als Ganze (sichtbar etwa in der Diskussion um Kollektivrechte), könnte dann als

Lösung dieses Problems verstanden werden. Die Funktionsweisen von Bildung und Politik selbst erhöhen demnach die Wahrscheinlichkeit der Entstehung ethnischer Gruppen.

Hinzu tritt die eigentümliche Position des Nationalstaats innerhalb des politischen Funktionssystems der Weltgesellschaft. Zum einen legitimiert der Nationalstaat die Ausübung von Herrschaft mit der Zugehörigkeit zur Nation; der Staat wird definiert als politische Form der Nation, d. h. einer symbolisch abgesicherten Kulturgemeinschaft. Zum anderen gelingt es dem Nationalstaat paradoxerweise nicht, gegenüber seinen Bürgern Macht zu monopolisieren. Auf der Ebene der Weltgesellschaft wird die segmentäre Differenzierung zwar durch die Staaten aufrechterhalten; trotz gewisser Hegemonien findet eine globale Festlegung von Machtpositionen nicht statt, globale Organisationen der Weltgesellschaft haben deutlich weniger Macht als die Nationalstaaten selbst. Zugleich sind die Staaten aber auch grundsätzlich unfähig, intern die Kommunikation von Herrschaft zu monopolisieren und weitere Differenzierungen zu verhindern. Gerade dort, wo die Herrschaftsverhältnisse an Eindeutigkeit verlieren – weil etwa politische Funktionen an andere Organisationen abgegeben werden (müssen), etwa nach einem verlorenen Krieg oder durch die Anpassung an die Vorgaben internationaler Organisationen – und dadurch auch die bisherige Legitimation von Herrschaft (die Zugehörigkeit zur Nation) obsolet wird, können sich neue politische Funktionssysteme herausbilden. Auch dies erhöht die Wahrscheinlichkeit ethnischer Gruppen.

Ethnische Gruppen als Produkt ethnischer Kommunikation von Organisationen

Die genannten Aspekte tragen dazu bei, ethnische Kommunikation wahrscheinlich werden zu lassen, sind jedoch keine hinreichenden Bedingungen für deren Existenz und/oder Entstehen. Es könnte auch zu neuen nicht-ethnischen Strukturen kommen, durch welche die Kommunikation von Macht differenzierter und damit komplexer geregelt wird. Ethnische Gruppen sind also kontingent, d. h. sie müssen nicht sein. Die Frage nach dem Entstehen bzw. Weiterbestehen einer bestimmten ethnischen Gruppe kann daher auch nicht mit dem Verweis etwa auf gesellschaftliche Problemlagen beantwortet werden, sondern ist ausschließlich als Produkt ethnischer Kommunikation der daran beteiligten Organisationen zu verstehen. Jede der Organisationen handelt nach ihrem eigenen Programm; Programminkompatibilitäten und -gegensätze sind daher nicht auszuschließen, ja sogar überaus wahrscheinlich.

Im folgenden sollen einzelne Teilkommunikationen solcher Organisationen untersucht werden – dies mit dem Ziel, ein Raster zu entwickeln, das auf der empirischen Ebene ethnische Gruppen fassbar, beschreibbar und letztlich auch erklärbar macht. Es sind vier Akteursgruppen zu unterscheiden, die als Träger ethnischer Kommunikationen identifiziert werden können, woraus sich insgesamt sechs Teilkommunikationen ergeben.

Ethnische Kommunikation und deren Träger (Organisationen)

Zu unterscheiden sind die Organisationen der ethnischen Gruppe, der Nationalstaat, in dem sie sich als Minderheit konkretisiert, das externe Heimatland, auf das sie sich bezieht, und die globalen Organisationen der Weltgesellschaft. Die ethnischen Teilkommunikationen machen in ihrer Gesamtheit das aus, was als die Bedeutung einer bestimmten ethnischen Zugehörigkeit bezeichnet werden kann; sie schaffen die spezifische Form der – beginnenden, vollzogenen oder sich verändernden – Ausdifferenzierung des Funktionssystems ethnische Gruppe.¹¹ Eine Einschränkung ist lediglich darin zu sehen, dass nicht in allen empirischen Fällen alle genannten Kommunikationen vorliegen; so gibt es nicht immer ein Heimatland, und auch die globalen Organisationen sind nicht immer involviert.

Dennoch können folgende Teil-Kommunikationen identifiziert werden – zunächst das Verhältnis ethnische Gruppe und Nationalstaat.¹²

Im Verhältnis zwischen ethnischer Gruppe und Nationalstaat existieren vier wichtige Wahrnehmungs- bzw. Handlungsfelder. Wahrnehmungsfelder heißt: Es geht um Themen, die beide Seiten wechselseitig voneinander wahrnehmen; ohne eine solche Wahrnehmung gibt es keine ethnische Kommunikation. Handlungsfelder bedeutet, dass diese Themen auch Elemente politischen Handelns beider Seiten sind. Das grundlegendste Themenfeld umfasst die ethnischen bzw. nationalen Merkmale. Ethnische Kommunikation fußt darauf, dass Unterschiede der ethnischen bzw. nationalen Merkmale überhaupt wahrgenommen werden. Die ethnische Gruppe formuliert ihre Merkmale als abweichend von denjenigen des Nationalstaats, der wiederum bestimmte Merkmale als „normal“ bezeichnet, von denen dann die ethnische Gruppe abweicht. Ein zweites Wahrnehmungs- und Handlungsfeld bezieht sich auf die Frage nach der Anerkennung dieser Unterschiede durch den Staat. Die ethnische Gruppe artikuliert nicht nur ihre Unterschiedlichkeit, sondern fordert auch deren Anerkennung durch den Staat ein; dieser soll diese abweichenden Merkmale als legitim

ansetzen und sie als konstituierend für eine ethnische Gruppe akzeptieren; je stärker der Staat auf nationale Merkmale pocht, desto wichtiger kann die Anerkennung als ethnische Gruppe werden. Sehr eng hängt damit auch die Auseinandersetzung um kollektive Rechte zusammen; denn die bloße Anerkennung als ethnische Gruppe ist ja folgenlos, solange damit nicht irgendwelche Sonderregelungen verbunden sind. Ethnische Kommunikation fordert daher immer kollektive Rechte ein, die der Staat in der Regel nur widerstrebend einräumt. Man kann die genannten Wahrnehmungs- und Handlungsfelder auch umfassend durch die Dichotomie zwischen Nationalisierung und Separatismus beschreiben: Eine ethnische Gruppe sieht sich immer der Gefahr ausgesetzt, Opfer des Nationsbildungsprozesses zu werden, d. h. vom Nationalstaat verschluckt zu werden. Die gleiche Kommunikation auf Seiten des Staates hingegen sieht die ethnische Gruppe grundsätzlich als Gefahr für die staatliche Integrität, weil prinzipiell Separation droht, auch wenn sie vielleicht momentan noch nicht aktuell erscheint.

Im Verhältnis zwischen ethnischer Gruppe und externem Heimatland sind ebenfalls zahlreiche Wahrnehmungs- und Handlungsfelder festzustellen. Am wichtigsten ist wohl die Feststellung der Zusammengehörigkeit. Die ethnische Gruppe kämpft immer darum, von dem Land, das sie als ihr Heimatland ansieht, auch anerkannt und nicht ignoriert zu werden. Eine Vielzahl von Loyalitätsbekundungen sollen dieses Heimatland dazu bringen, die Zugehörigkeit zu akzeptieren; auch für das Heimatland ist das Ausmaß und die Art und Weise der Zusammengehörigkeit ein immer wieder zu überprüfender und gegebenenfalls zu korrigierender Sachverhalt. Ist die Zusammengehörigkeit auf beiden Seiten grundsätzlich festgestellt, geht es darum, politisches Handeln zu synchronisieren. Das ist nicht immer ganz einfach, weil es natürlich Interessensunterschiede gibt; so können im Heimatland andere Politikziele in den Vordergrund treten, wodurch die Rolle der ethnischen Gruppe im Ausland an Bedeutung verliert. Kern der ethnischen Kommunikation zwischen ethnischer Gruppe und externem Heimatland ist es zu klären, wie die ethnische Gruppe unterstützt werden kann, ob sie nicht vernachlässigt wird und inwieweit es zu einer effektiven Interessenvertretung kommt. Hier tauchen oft sehr große Unterschiede in der Bewertung dieser Aspekte auf; die ethnische Gruppe sieht sich vernachlässigt, während das Heimatland sich von einer unselbständigen Bevölkerungsgruppe andauernd zu überflüssigen und außenpolitisch nachteiligen Unterstützungsleistungen genötigt sieht. Es kann aber auch anders herum sein: dass eine ethnische Gruppe gerne auf die Interessenvertretung durch das Heimatland verzichten könnte. Ein letzter Teilpunkt in diesem Themenfeld ist die Gewährung von Einwanderungsprivilegien, bei denen es darum geht, die ethnische Gruppe nicht (nur) als Bürger eines anderen Staates zu verstehen, sondern als potentielle und gewisserweise auch tatsächliche Bürger des eigenen Staates; dieses Verhältnis zwischen ethnischer Gruppe und externem Heimatland hat Konstruktionen wie das deutsche Aussiedlerrecht oder das ungarische Statusgesetz nach sich gezogen.

Selbstverständlich darf nicht vergessen werden, dass innerhalb der ethnischen Kommunikation auch die beiden beteiligten Staaten ein besonderes Verhältnis zueinander ha-

ben. Das Grundmotiv dieses Verhältnisses kreist um die Frage nach der Einmischung in die Angelegenheiten des anderen Staates. Je mehr der Nationalstaat sich gegen die ausländischen Aktivitäten wehrt, desto argwöhnischer beobachtet das Heimatland, was denn da passiert, und je intensiver letzteres die Vorgänge beobachtet, kommentiert, ja vielleicht sogar in offizielle Papiere gießt, desto stärker wird sich ersterer jede Einmischung verbeten. Die Frage der Einmischung kann sich radikalieren und letztlich als Angriff auf die staatliche Integrität und Existenz des Nationalstaats verstanden werden. Ein letzter Punkt in diesem Verhältnis, der oft nicht wahrgenommen wird, aber große Bedeutung haben kann, ist der Umstand, dass das Verhalten gegenüber der ethnischen Gruppe vielleicht gar nicht ernst gemeint ist, und zwar insofern nicht, als es lediglich ein taktisches Element der Außenpolitik ist. So kann etwa das Engagement des Heimatlands für die ethnische Gruppe in erster Linie zum Ziel haben, vom Nationalstaat gewisse Zugeständnisse etwa wirtschaftspolitischer Art zu erhalten; auch der Nationalstaat kann sein Verhalten gegenüber der ethnischen Gruppe danach ausrichten, was vom externen Heimatland als Kompensation zu erhalten ist.

In dieses „Dreiecksverhältnis“ von ethnischer Gruppe, Nationalstaat und externem Heimatland greift nun ein vierter Akteur ein; dies sind die globalen Organisationen der Weltgesellschaft. Das Verhältnis zwischen letzteren und der ethnischen Gruppe kreist um drei Aspekte. Die erste ist die simple Wahrnehmung, zunächst dass es die ethnische Gruppe überhaupt gibt, und dann selbstverständlich in welcher Situation sie sich befindet. Aktivistinnen der ethnischen Gruppe versuchen daher, direkt oder über die Medien die globalen Institutionen von ihrer Sicht der Dinge zu überzeugen; die UNO, die EU oder NGOs senden Beobachter, welche die regionale Situation eruieren sollen. An die jeweilige Situationsbeschreibung schließt sich die Frage nach Art und Umfang der politischen Unterstützung an. NGOs können Kampagnen starten, die UNO eine Sitzung des Welt Sicherheitsrates einberufen und die EU Vorgaben etwa im Verlauf von Beitrittsverhandlungen machen. Oder aber man greift militärisch ein, wie z. B. im Fall des Kosovo. Neben der politischen gibt es auch die finanzielle Unterstützung; die Institutionen der Weltgesellschaft können Geld- und Sachmittel zur Verfügung stellen, um die von ihnen beobachtete Situation der ethnischen Gruppe zu verbessern.

Im Verhältnis zwischen globalen Organisationen und dem Nationalstaat geht es zunächst ebenfalls um die Situationsbeschreibung, also darum, wer über die zutreffende Wahrnehmung verfügt. Beide Seiten versuchen sich hierbei zu beeinflussen; der Nationalstaat trägt seine Sicht der Dinge etwa in der UNO vor, oder eine NGO versucht politische Akteure im Nationalstaat davon zu überzeugen, wie es wirklich im Lande zugeht. Auch hier geht es schließlich um politische Einflussnahme; auf europäischer Ebene sind vor allem die Aktivitäten der EU zu nennen, wenn sie etwa Berichte über Minderheiten in Ostmitteleuropa verfasst und daraus konkrete Forderungen ableitet, die von den Ländern umgesetzt werden müssen, wollen sie erfolgreiche Beitrittsverhandlungen führen oder zumindest Wirtschaftsförderung erhalten. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen wurde

und wird noch eine weitere Ebene der ethnischen Kommunikation deutlich; es geht nicht nur darum, einen bestimmten Aspekt der Politik zu verändern, sondern auch darum, ein ganzes Paket an Rechtsnormen zu übernehmen. So definiert die EU ethnische Minderheiten und Minderheitenpolitik und erwartet, dass Definition und Politik vom Nationalstaat übernommen werden. Die Politik des Nationalstaats kreist daher meist darum, die Erfüllung dieser Vorgaben zu belegen oder gar sich als Musterschüler oder Vorreiter zu gerieren, oder aber jede Einmischung zurückzuweisen.

Das Verhältnis zwischen den globalen Organisationen und dem externem Mutterland ist oft von deutlich geringerer Intensität als die bisher beschriebenen Kommunikationen; zwischen beiden geht es ebenfalls um die (richtige) Situationsbeschreibung, auch versucht das Mutterland zuweilen, die globalen Institutionen zugunsten der ethnischen Gruppe zu mobilisieren, und in relativ seltenen Fällen wirkt z. B. die EU auf Staaten ein, wenn deren Aktivitäten zugunsten einer ethnischen Gruppe im Nachbarland zu sehr die internationalen Beziehungen belasten.

Ein genauerer Blick auf die einzelnen Teilkommunikationen zeigt, dass mindestens zwei wichtige Differenzierungen des Umfangs ethnischer Kommunikation vorzunehmen sind. Zum einen kann nicht von fest gefügten Positionen und Akteuren gesprochen werden. Im allgemeinen sind weder die Organisationen der ethnischen Gruppe eine einheitliche Größe, noch der Nationalstaat oder das externe Heimatland, von den globalen Organisationen erst gar nicht zu sprechen. In der ethnischen Gruppe gibt es Fraktionen, in den beteiligten Staaten unterschiedliche Politikebenen und unterschiedliche Politikformen, und alle sind Elemente von jeweils unterschiedlichen Teilkommunikationen. Zum anderen beteiligen sich die einzelnen Organisationen an Kommunikationen in mehreren Funktionssystemen, so dass etwa politische Einigungen dadurch konterkariert werden können, dass im Bildungssystem weiterhin differierende Geschichtsbilder konstruiert und verbreitet werden. Dies sind jedoch nur für die Empirie, nicht aber theoretisch relevante Modifikationen, die hier nicht weiter vertieft werden sollen.

Fazit

Abschließend kann folgendes festgehalten werden: Forschungen zu ethnischen Gruppen haben sich bisher zumeist nur mit einer der Teilkommunikationen beschäftigt, überwiegend mit dem Verhältnis zwischen Organisationen der ethnischen Gruppe und dem Nationalstaat. Gerade die globalen Organisationen der Weltgesellschaft wurden bisher überwiegend vernachlässigt. Die vorliegende Untersuchung versuchte zu zeigen, dass die Bedeutung ethnischer Kommunikation und damit die Existenz ethnischer Gruppen nur dann adäquat erfasst werden kann, wenn alle Teilkommunikationen berücksichtigt werden, da sie voneinander abhängig sind und eine einzige Kommunikation bilden. Diese ethnische Kommunikation ist Element der (teilweisen oder beginnenden, manchmal aber auch weit fortgeschrittenen) Ausdifferenzierung eines neuen Funktionssystems: eben der ethnischen Gruppe.

Insbesondere in den neuen Nationalstaaten Ost- und Ostmitteleuropas ist der aktuelle Nationsbildungsprozess ohne die gleichzeitige Betrachtung der dortigen ethnischen Organisationen, der Beziehungen zu den Nachbarländern und zu den globalen Organisationen der Weltgesellschaft nicht zu verstehen. Aber auch in allen anderen Fällen scheint eine tatsächliche Erklärung von gesellschaftlichen Prozessen wie der Ethnienbildung oder allgemein von ethnopolitischen Auseinandersetzungen nur dann möglich zu sein, wenn ethnische Kommunikation als ein Gesamtprozess unter Einbeziehung der ethnischen Gruppe, der beteiligten Staaten und der globalen Organisationen betrachtet wird. Globalisierung und regionale ethnische Gruppen sind Bestandteile *eines* Prozesses, *einer* gesellschaftlichen Kommunikation. Ethnische Kommunikation sollte daher als *ein*, regionaler *wie* globaler Vorgang verstanden und als ebensolcher untersucht werden.

Anmerkungen

- ¹ Er entspricht weitgehend dem Titel der Fachsitzung auf dem Geographentag 2005, in welcher das diesem Beitrag zugrunde liegende Referat gehalten wurde. Im Sitzungstitel war abweichend von „ethnischen Minderheiten“ die Rede, im folgenden werden „ethnische Gruppen“ behandelt; es ergibt sich aus dem Sinnzusammenhang, dass beide Begriffe als identisch anzusehen sind.
- ² „Kommunikationen“ sind die Grundeinheiten sozialer Beziehungen. Dieser Begriff beschränkt sich nicht auf sprachliche Informationsvermittlung, sondern umfasst als Einheit von Mitteilung, Information und Verstehen jede Art sozialer Beziehung, wobei auf jede Kommunikation eine weitere antwortet. Insofern kommunizieren Kommunikationen mit anderen Kommunikationen und bilden dadurch ein gesellschaftliches Verhältnis (System) (Luhmann 1987:193-204; Luhmann 1997:81-91). Ob dies in Form von Interaktion (basierend auf der physischen Anwesenheit von Personen), von Organisation (definiert durch Organisationszweck und -mitgliedschaft) oder von Gesellschaft (als umfassendes sinngenerierendes Sozialsystem) geschieht, ist hierbei irrelevant.
- ³ Eng verbunden damit ist das Recht, für das entsprechendes gilt.
- ⁴ so etwa die Argumentation bei Esser 1988, für den aus dem Theorem der funktionalen Differenzierung das Verschwinden von ethnischen Bezügen resultiert. Ihre empirische Virulenz wird durch Brüche und Ungleichzeitigkeiten der gesellschaftlichen Modernisierung erklärt, eine dauerhafte Existenz ethnischer Gruppen kann es aufgrund der funktionalen Differenzierung jedoch nicht geben (vgl. a. Esser 2003).
- ⁵ in der Formulierung von Stichweh (1988:287-288).
- ⁶ Diese Rückführung ethnischer Gruppenbildung auf die Identitätsfrage korreliert auf eigentümliche Art und Weise mit der Argumentation ethnopolitischer Aktivisten, die den Verlust ethnischer Eindeutigkeit als Identitätsproblem mit entsprechenden Auswirkungen auf die Psyche der einzelnen Menschen begreifen, etwa mit der Konsequenz von – in dieser Reihenfolge – Niedergang der Literatur, „moralischen Erschlaffung“, Isolation, Alkoholismus, Prostitution und Selbstmord (Quellen in: Aschauer 1987:114).

- ⁷ Nicht zuletzt zeichnet sich Luhmanns Verständnis von sozialen Systemen gerade dadurch aus, dass „ganze Menschen“ darin überhaupt nicht vorkommen. Individuen sind für ihn psychische Systeme, die keine Elemente sozialer Systeme sind, sondern zu deren Umwelt gehören. Konsequenterweise kommunizieren ja auch Kommunikationen und nicht („ganze“) Menschen. Soziale Prozesse auf innerpsychische Vorgänge zurückzuführen, dürfte also kaum mit dem Luhmann'schen Verständnis von Gesellschaft vereinbar sein.
- ⁸ Die Betrachtungen Luhmanns beziehen sich auf marginalisierte Armutbevölkerung in der Dritten Welt, nicht auf ethnische Gruppen in Europa. Dennoch scheint eine Übertragung auf letztere nicht nur empirisch plausibel, sondern auch theoretisch abgesichert zu sein.
- ⁹ Stichweh (2002:12) spricht in diesem Zusammenhang von „Parasiten der Funktionssysteme“ (etwa Wohlfahrts- und Nichtregierungsorganisationen, aber auch Reporter, Kriminelle und Terroristen, Kredithaie, religiöse Sekten und Forscher), die an den Rändern der Funktionssysteme existieren und Inklusion herstellen.
- ¹⁰ Ähnliches gilt auch für die Funktionssysteme Bildung und Kultur, auf die hier aber nicht gesondert eingegangen wird.
- ¹¹ Zu beachten ist, dass hier nur die Teilkommunikationen innerhalb des politischen Funktionssystems betrachtet werden. Organisationen der ethnischen Gruppen nehmen auch an Teilkommunikationen anderer Funktionssysteme teil, wodurch sich die Auswahl der Organisationen, mit denen die Kommunikation stattfindet, verändern kann.
- ¹² Rogers Brubaker, auf dessen Darstellung (1996) diese Ausführungen sich teilweise beziehen, spricht hier von Politikfeldern.

Literatur

- Aschauer, Wolfgang 1987: Regionalbewegungen – Aspekte eines westeuropäischen Phänomens und ihre Diskussion am Beispiel Südtirol. Kassel 1987 (urbs et regio 45)
- Bahrenberg, Gerhard und Kuhm, Klaus 1999: Weltgesellschaft und Region – eine systemtheretische Perspektive. In: Geographische Zeitschrift 87(4). S. 193-209
- Brubaker, Rogers 1996: Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the Europe. Cambridge
- Esser, Hartmut 1988: Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie 17. S. 235-248
- Esser, Hartmut 2003: Ist das Konzept der Assimilation überholt? In: geographische revue 5(2). S. 5-22
- Kneer, Georg 2004: Differenzierung bei Luhmann und Bourdieu. Ein Theorienvergleich. In: Armin Nassehi und Gerd Nollmann (Hg.): Bourdieu und Luhmann. Ein Theorienvergleich. Frankfurt am Main (stw 1696). S. 25-56
- Luhmann, Niklas 1987: Soziale Systeme. Frankfurt am Main (stw 666)

- Luhmann, Niklas 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main (stw 1360)
- Nassehi, Armin 1990: Zum Funktionswandel von Ethnizität im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung: ein Beitrag zur Theorie funktionaler Differenzierung. In: Soziale Welt 41. S. 261-282
- Nassehi, Armin 1999: Globalisierung. Probleme eines Begriffs In: geographische revue 1(1), S. 21-33
- Nassehi, Armin und Weber, Georg 1990: Identität, Ethnizität und Gesellschaft. Über den Zusammenhang von ethnischer Selbstidentifikation und Gesellschaftsstruktur. In: Marilyn MacArthur: Zum Identitätswandel der Siebenbürger Sachsen. Eine kultur-anthropologische Studie. Köln/Wien (Studia Transylvanica 16). S. 249-338
- Stichweh, Rudolf 1988: Inklusion und Funktionssysteme der modernen Gesellschaft. In: Renate Mayntz (Hg.): Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Frankfurt am Main (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung 1) S. 261-293
- Stichweh, Rudolf 2000: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt/M. (stw 1500)

Petra Hössl und Karen Ziener ■

Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen zwischen Slowenen in Kärnten und Slowenien – Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung

1 Einleitung und Untersuchungsansatz

Der Prozess der Globalisierung ist mit einer zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung, einer Ausweitung des Welthandels sowie einer wachsenden Rolle transnationaler Konzerne und vielfältiger Formen von Unternehmenszusammenschlüssen und -netzwerken verbunden. In der Alpen-Adria-Region haben sich durch den Fall des Eisernen Vorhangs und den Erweiterungsprozess der Europäischen Union vielfältige neue Möglichkeiten für internationale Wirtschaftsverflechtungen eröffnet. Die grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten reichen von Zweigbetrieben und Niederlassungen über Groß- und Einzelhandels-einrichtungen bis zu vielfältigen Formen der Kooperation und informellen Zusammenarbeit. Einige der international agierenden Unternehmen werden von Kärntner Slowenen geführt, beispielsweise Elan Sportartikelerzeugungs- u. HandelsgesmbH (Fürnitz/Brnca), Rutar-Markt GesmbH (St. Kanzian/Škocijan) und Drava Trading GmbH (Klagenfurt/Celovec)¹. Anders als im steirisch-slowenischen Grenzraum stellt sich die Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Slowenien allerdings oft als schwierig dar, was unter anderem der langwierige Diskussionsprozess um eine Euregio zeigt.

Motiviert durch die Tatsache, dass grenzüberschreitende Kooperationen in Kärnten zwar vielfach thematisiert werden, es andererseits aber kaum Informationen über derartige Kooperationen gibt, haben die beiden Autorinnen im Frühjahr 2005 eine erste Studie über grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen zwischen Kärnten, Slowenien und Friaul-Julisch Venetien begonnen, die eine Basis für weitere Projekte bilden soll. Dabei wurden ausschließlich Wirtschaftskooperationen zwischen rechtlich selbstständigen Unternehmen betrachtet, die auf freiwilliger Basis geschlossen worden sind und bei denen die Unternehmen als gleichberechtigte Partner bestimmte Ziele anstreben (vgl. Balling 1997). Der Kooperationsbegriff wird dabei sehr weit gefasst, so dass zum einen auch Organisationen

und Institutionen einbezogen werden und zum anderen neben vertraglichen Vereinbarungen auch regelmäßige Kontakte oder ein Know-How-Transfer erfasst werden. Anders als bei befristeten grenzüberschreitenden Projekten (z. B. Interreg III A) fokussiert die Untersuchung auf eine dauerhafte Zusammenarbeit. Ziel ist auch nicht eine externe Evaluation, sondern eine Beurteilung und Reflexion durch die Kooperationspartner selbst in Bezug auf ihre Ziele und Erwartungen. Entsprechend dem qualitativen Ansatz der Untersuchung bestand die Zielstellung nicht in einer repräsentativen Aussage zu grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperationen in der Alpen-Adria-Kernregion, es sollten vielmehr Erfolgsgeschichten nachgezeichnet und Probleme in ihren Wirkungszusammenhängen erläutert werden. In einer ersten Runde wurden qualitative Interviews mit den Kärntner Kooperationspartnern sowie einige ergänzende Expertengespräche geführt.

In einem bisherigen Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass die Kooperationen mehrheitlich von den Akteuren selbst ausgehen und häufig auf der Grundlage langjähriger Kontakte entstanden sind. Die Motivation besteht einerseits im Einstieg in einen neuen Markt, sowohl von Kärnten nach Slowenien und in den südosteuropäischen Raum als auch von Slowenien aus nach Österreich oder Deutschland, und andererseits im Austausch von Informationen und Know-How. Während bei einem Teil der Kooperationen die Zusammenarbeit intensiviert wurde, blieben andere auf einer niedrigen Kooperationsstufe stehen oder scheiterten sogar. Der Erfolg der Kooperationen wird in der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gesehen (vor allem im produzierenden Bereich), aber auch in dauerhaften informellen Kontakten. Daneben gibt es auch Beispiele, wo die Kooperation gut funktioniert, aber dennoch nur einen geringen Stellenwert für das Unternehmen hat. Als Schwierigkeiten wurden zum einen allgemeine Probleme von Kooperationen genannt, wie ungleiche Interessenlagen und ungleiches Engagement, und zum anderen auf die unterschiedlichen Standards und Rahmenbedingungen in den drei Staaten (z. B. bei Projektanträgen, in Eigentumsfragen) sowie eine unterschiedliche Mentalität der Partner verwiesen. Auf die Frage „Was würden Sie heute anders machen?“ gaben die Kooperationspartner mehrheitlich Maßnahmen an, die über das ökonomische Denken hinaus geeignet sind, Vertrauen zwischen den Partnern zu schaffen, beispielsweise „sich mehr Zeit nehmen“ oder „besser auf die Mentalität des anderen eingehen“.

In diese übergreifende Untersuchung ordnen sich die grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperationen Kärntner Slowenen als ein Spezialfall ein. Durch einen Vergleich soll insbesondere festgestellt werden, ob und inwieweit sich grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen Kärntner Slowenen aus der Gesamtheit der grenzüberschreitenden Kooperationen in der Alpen-Adria-Kernregion herausheben. Die grundlegende Hypothese besteht darin, dass Kärntner Slowenen leichter Kontakte nach Slowenien knüpfen können und ihre Kooperationen intensiver und beständiger sind. Dahinter steht die Überlegung sprachlicher, kultureller und mentaler Gemeinsamkeiten. Ein zweiter Fragekomplex galt den Wechselwirkungen zwischen den grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperationen und der ethnischen Gruppe der Kärntner Slowenen:

- Welche Rolle spielen die Kärntner Slowenen für die grenzüberschreitenden Kooperationen sowie bei der Schaffung eines gemeinsamen Alpen-Adria-Wirtschaftsraumes? Sehen sich die Kärntner Slowenen in einer Art Brückenfunktion?
- Welche Bedeutung haben die grenzüberschreitenden Kooperationen für die Kärntner Slowenen als ethnische Gruppe in Südkärnten? Wirkt die Schaffung eines gemeinsamen Alpen-Adria-Wirtschaftsraumes positiv auf das Spannungsverhältnis Kärnten-Slowenien?

Im folgenden werden drei der qualitativen Interviews in ihren zentralen Aussagen vorgestellt, Sie wurden mit Kärntner Slowenen geführt, die über die eigenen Kooperationen hinaus die wirtschaftliche und politische Situation der Kärntner Slowenen sehr gut kennen, so dass die Interviews teilweise den Charakter von Expertengesprächen annehmen.

2 Die Kärntner Slowenen im Spannungsverhältnis Kärnten-Slowenien

Bei der Volkszählung von 2001 haben im Bundesland Kärnten ca. 12.600 Einwohner slowenisch als Umgangssprache angegeben, 1991 waren es ca. 13.970 und 1981 ca. 14.200 (vgl. Wonka 2002). Traditioneller Siedlungsraum der Kärntner Slowenen ist die Südkärntner Grenzregion, in der es bis heute eine Reihe zweisprachiger Gemeinden gibt. Kärntner Slowenen leben aber auch in den Städten und insbesondere in der Landeshauptstadt Klagenfurt/Celovec. Ihre Rechte sind im Staatsvertrag von 1955 und der österreichischen Verfassung verankert. Die Kärntner Slowenen sind überdurchschnittlich qualifiziert und wirtschaftlich sehr aktiv, z. B. als Unternehmer, im mittleren und höheren Management von Großunternehmen, in der Wirtschaftskammer Kärnten oder dem Slowenischen Wirtschaftsverband. Herausragende Künstler und Literaten, slowenische Verlage, Radio- und Fernsehsendungen sind Ausdruck einer entwickelten slowenischsprachigen Kultur in Kärnten. Die politische Vertretung erfolgt durch drei Organisationen mit zum Teil stark divergierenden Interessen und Zielvorstellungen: den Zentralverband Slowenischer Organisationen (ZSO), den Rat der Kärntner Slowenen (NSKS) und die Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen (SKS). Die Kärntner Slowenen können damit sowohl in der Selbst- als auch in der Fremdzuschreibung als ethnische Gruppe angesehen werden (vgl. Definition in Heller 2004).

Sowohl das Thema „Kärntner Slowenen“ als auch die Beziehungen Kärntens zu Slowenien sind bis heute äußerst konfliktrichtig. In den Beziehungen zwischen Österreich bzw. Kärnten und Slowenien (früher Jugoslawien) spielten die Kärntner Slowenen immer eine wichtige Rolle. Und umgekehrt wirkten sich gute nachbarschaftliche Beziehungen auch positiv auf die Situation der Kärntner Slowenen aus (vgl. z. B. Valentin 2005). Die Auseinandersetzungen zwischen Kärnten und Slowenien reichen in die Zeit des Ersten Weltkriegs zurück, als nach der Auflösung der Habsburgermonarchie in ihre Nachfolgestaaten einerseits die auf dem Territorium Kärntens lebenden Slowenen zu einer ethnischen

Minderheit wurden und andererseits das neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gerade diese zweisprachigen Gebiete Kärntens beanspruchte. Der nach der jugoslawischen Besetzung Südkärntens im Dezember 1918 einsetzende sog. Kärntner Abwehrkampf ist bis heute im Bewusstsein vieler Kärntner präsent. Die Geschichte ist auch deshalb nicht vergessen, weil es nach dem Zweiten Weltkrieg, unterstützt durch die Sowjetunion, erneut jugoslawische Forderungen nach einer Abtretung Südkärntens gab. Die Grenzfrage blieb bis 1949 ungelöst und wurde erst im Staatsvertrag von 1955 endgültig entschieden.

Der 10. Oktober ist in Kärnten Landesfeiertag. Er erinnert an die Volksabstimmung in Südkärnten am 10. Oktober 1920, bei der sich eine Mehrheit für den Verbleib bei Österreich ausgesprochen hat (59,01 % für Österreich und 40,96 % für Slowenien, vgl. Valentin 2005), sowie die damit erreichte Erhaltung der Kärntner Einheit.² Obwohl auch ein großer Teil der Kärntner Slowenen für Österreich votiert hatte, waren die folgenden Jahre durch vielfältige Konflikte geprägt, beispielsweise um die Kulturautonomie der Kärntner Slowenen oder die Entfernung zweisprachiger Ortstafeln. Der Artikel 7 des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 über die Rechte der slowenischen Minderheiten in Kärnten und der Steiermark sowie der kroatischen Minderheit im Burgenland stellt einen Meilenstein für die Gleichberechtigung der Kärntner Slowenen dar. Seine Umsetzung war jedoch weiterhin von Konflikten begleitet (z. B. zweisprachige Schulbildung und Kindergärten, Ortstafelstreit). Gleichzeitig wurden und werden auch die Spannungen zwischen Kärnten und Slowenien von verschiedenen politischen Kräften beider Seiten immer wieder geschürt, ohne dass die Konflikte wirklich ausgetragen werden.

3 Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen der Kärntner Slowenen aus der Sicht der Kärntner Kooperationspartner

Wie sich in diesem politischen Spannungsverhältnis die Beziehungen auf der ökonomischen Ebene gestalten und welche Rolle die ethnische Gruppe der Kärntner Slowenen dabei spielt, soll im folgenden auf der Grundlage qualitativer Interviews dargestellt werden.

3.1 Am Schnittpunkt der Kulturen, der Ökonomie und des Erfolgs

Die grenzüberschreitende Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Österreich und Slowenien reicht bereits in die 1950er und 1960er Jahre zurück. Mit der Unabhängigkeit Sloweniens 1991 wurde sie wesentlich intensiviert. Die grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperationen beruhen jedoch hauptsächlich auf Aktivitäten einzelner Unternehmer, die einerseits großes Engagement mitbringen und andererseits auf bereits bestehende Kontakte in dieser Region zurückgreifen. Das Unternehmen „Drava Trading“, welches von einem Kärntner Slowenen geleitet wird, hat das Potenzial des Alpen-Adria-Raumes als Kom-

munikationsraum für Wirtschaft und Verkehr erkannt. Das innovative Unternehmen (ca. 15 Mitarbeiter) betätigt sich in unterschiedlichen Bereichen wie beispielsweise der Herstellung von Verpackungen, Etiketten und Drucksorten oder im Projektmanagement und Consulting im Bereich Energie, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, insbesondere im Alpen-Adria-Raum. Aufgrund seines langjährigen Bestehens und der gesammelten Erfahrung; konnte das Unternehmen ein System von überregionalen Kooperationen mit rund 40 bis 50 Betrieben in Slowenien sowie weiteren in Kroatien, Serbien, Bosnien und Südösterreich aufbauen. Drava Trading begreift sich daher als „Kompetenzzentrum“ in dieser Region und präsentiert sich auch auf seiner Homepage in sechs Sprachen als Unternehmen „im Schnittpunkt der wichtigsten Kulturen im erweiterten Alpen-Adria-Raum“ (Homepage der Firma Drava Trading Handelsgesellschaft m.b.H).

In dem Interview mit Herrn Dipl. Ing. Felix Wieser, dem geschäftsführenden Gesellschafter, sind eine Reihe grundlegender Vorstellungen zur Alpen-Adria-Region, zu grenzüberschreitenden Kooperationen und der Rolle der Kärntner Slowenen zum Ausdruck gekommen. Die Basis für den Erfolg der vielfältigen Kooperationen des Unternehmens bilden die sprachliche Kompetenz der Mitarbeiter und ihre Kenntnis der Region – Kultur, Mentalität und Kulinarik. Beispielsweise sprechen alle Mitarbeiter slowenisch, serbisch, kroatisch sowie mazedonisch und können, wenn es Probleme gibt, direkt nachfragen. Kenntnis der Region ist nicht nur etwas Gelerntes, sondern etwas Erlebtes. Dazu gehört unter anderem, Exkursionen zu Firmen in Slowenien durchzuführen, gemeinsam ins Gasthaus zu gehen, sich mit der Kultur und Mentalität des Anderen zu beschäftigen und sich dafür zu interessieren, wie man selbst wahrgenommen wird. „Am Schnittpunkt der Kulturen, der Ökonomie und des Erfolgs“ (so das Motto auf der Homepage des Unternehmens) bedeutet aus dieser Sicht die Kultur im positiven Sinn für den Wirtschaftsbereich nutzbar zu machen.

Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen haben eine große Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Alpen-Adria-Region, bei der es gilt, sowohl reale als auch mentale Grenzen zu überwinden: „Desto mehr konkrete Kooperationen aufgebaut werden, desto weniger Chancen haben Kräfte, die dagegen sind.“ Dieser Satz des Kärntner Unternehmers weist nachdrücklich darauf hin, dass es in der Region nach wie vor einige ungelöste Konflikte gibt. Der Vorteil der Kärntner Slowenen in grenzüberschreitenden Kooperationen nach Slowenien besteht für Herrn Dipl. Ing. Wieser vor allem in der Sprache. Die Sprache ist der entscheidende Faktor für grenzüberschreitende Kooperationen, egal wer sie spricht, Kärntner Slowene oder deutschsprachiger Kärntner. In diesem Zusammenhang betont er auch wie wichtig es ist, bei Zusammenkünften und gemeinsamen Veranstaltungen die Bereitschaft zum Gebrauch der slowenischen Sprache zu signalisieren (z. B. Begrüßung in Slowenisch).

Obwohl die Kärntner Slowenen seiner Ansicht nach grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen bejahen, ist ein Bewusstsein, dass diese ihnen auch einen realen Nutzen bringen könnten, noch zu wenig entwickelt. Daraus resultiert, dass sich die Kärntner Slo-

wenen zwar in einer gewissen Brückenfunktion sehen, diese aber nur teilweise wahrgenommen haben. Andere Kärntner oder steirische Wirtschaftstreibende waren häufig früher in Slowenien präsent und etabliert. Bei der Bedeutung grenzüberschreitender Kooperationen für die ethnische Gruppe der Kärntner Slowenen spielt wiederum die Sprache eine zentrale Rolle. Nach Ansicht des Interviewpartners muss die slowenische Sprache eine Funktion in Wirtschaft und Verwaltung erhalten, um in Kärnten weiterhin Bestand zu haben.

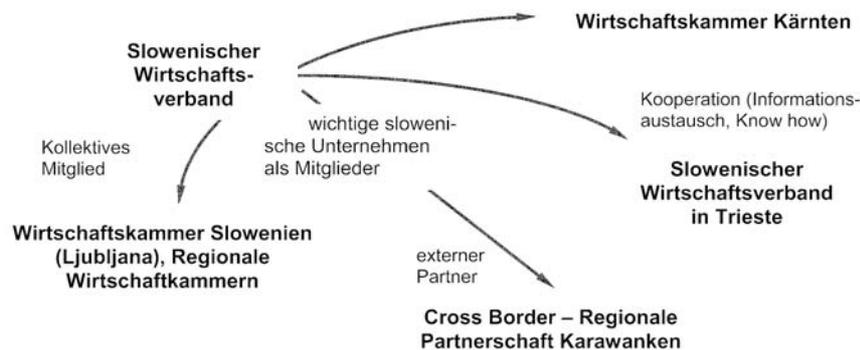
3.2 Slovenska gospodarska zveza (SGZ) – der Slowenische Wirtschaftsverband

Slowenische Wirtschaftsorganisationen haben im zweisprachigen Gebiet Südkärntens eine lange Tradition. Bereits 1872 wurde in St. Jakob im Rosental/Št. Jakob v Ro•u die slowenische Kreditgenossenschaft gegründet. Der Zveza Bank in Klagenfurt/Celovec als dem Landesverband der slowenischen Kredit- und Warengenossenschaften im zweisprachigen Gebiet Kärntens sind 2004 sieben Posojilnica-Banken, fünf Zadruga-Market-Genossenschaften, eine Viehzuchtgenossenschaft und eine Genossenschaft für BIO-Heizung sowie weitere juristische und physische Personen angeschlossen (vgl. Homepage der Zveza Bank). Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Kärntner Slowenen wurden dabei immer auch unter dem Aspekt der Erhaltung der slowenischen Sprache und Kultur und der slowenischen Volksgruppe gesehen. Im Jahre 1988 gründeten slowenische Wirtschaftstreibende in Südkärnten den Slowenischen Wirtschaftsverband (SGZ), dem heute etwa 80 Firmen angehören. Seine Aufgaben, die zunächst in der Zusammenarbeit slowenischer Wirtschaftstreibender mit Wirtschaftsexperten und einem Lobbying für die Südkärntner Wirtschaft bestanden, haben sich rasch erweitert. Der SGZ berät bei EU-Projekten und ist selbst Projektträger. Zu seiner Tätigkeit gehört die Beratung der Mitglieder in wirtschaftlichen und steuerlichen Belangen und bei grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Tätigkeiten zwischen Österreich und Slowenien (z. B. rechtliche Fragen), die Vermittlung von grenzüberschreitenden Wirtschaftskontakten sowie Seminare, Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen und Exkursionen. Darüber hinaus unterstützt der SGZ aktiv die Schaffung eines gemeinsamen Alpen-Adria-Wirtschaftsraumes (Homepage des SGZ und Aussagen im Interview).

Aus dem Interview mit dem Geschäftsführer des Slowenischen Wirtschaftsverbands, Herrn Dr. Karel Hren, sollen im Folgenden zwei zentrale Aussagen herausgegriffen und interpretiert werden. „Unser Vorteil ist, dass wir zweisprachig sind.“ Dieser Satz aus dem Interview bestätigt die große Bedeutung der Sprache, die in allen Interviews mit Kärntner Slowenen hervorgehoben wurde. Sie versetzt den Slowenischen Wirtschaftsverband in die Lage, sowohl mit Kärntner und österreichischen als auch mit slowenischen Behörden und Institutionen, insbesondere den beiden Wirtschaftskammern, problemlos kommunizieren zu können. Aufgrund der Tatsache, dass sich österreichische Interessenten direkt an die Außenstelle der Kärntner Wirtschaftskammer in Ljubljana wenden können, kommen Anfragen an den SGZ zur Zeit häufiger aus Slowenien als aus Österreich. Die zweite zentrale

Aussage ist, dass der Slowenische Wirtschaftsverband sich auch als „Tor nach Österreich“ begreift, wemgleich er vor allem Kontakte knüpft.

Abb. 1 Der Slowenische Wirtschaftsverband in einem grenzüberschreitenden Netzwerk



Quelle: Eigener Entwurf

Die Rolle des Slowenischen Wirtschaftsverbandes in Kärnten wird in einem grenzüberschreitenden Netzwerk deutlich, das hier nur auszugsweise wiedergegeben werden kann (vgl. Abb. 1). Der SGZ selbst stellt ein Netzwerk der slowenischen Wirtschaft in Südkärnten dar. Er fungiert als Mittler zwischen den Wirtschaftskammern Kärnten und Slowenien sowie den Regionalen Wirtschaftskammern in Slowenien, und ist kollektives Mitglied der Wirtschaftskammer Sloweniens (Kooperationsvertrag 2000). Er ist beispielsweise Projektpartner bei dem Intereg-III-A-Projekt „Business Network Carinthia - Slovenia“ der Wirtschaftskammer Kärnten, das sehr engagiert von Frau Mag. Almira Gasser – ebenfalls eine Kärntner Slowenin – geleitet wird, und externer Partner der „Cross Border Regionale Partnerschaft Karawanken“, einer grenzüberschreitenden Regionalentwicklungsarbeitsgemeinschaft von Kärnten und Slowenien. Eine langjährige Zusammenarbeit besteht mit dem Slowenischen Wirtschaftsverband in Trieste (SDGZ – Slovensko de•elno gospodarsko zdru•enje). In der Region Friaul-Julisch Venetien besteht für die dort lebenden Slowenen eine vergleichbare Situation. Der Slowenische Wirtschaftsverband in Trieste hat jedoch aufgrund seines längeren Bestehens sehr viel mehr Erfahrungen gesammelt. Zu den Aktivitäten gehören unter anderem ein gemeinsames Auftreten in Slowenien und gemeinsame Projekte. Der Slowenische Wirtschaftsverband stellt somit eine wichtige Plattform für den Informationsaustausch zwischen den slowenisch-sprachigen Kärntner Unternehmern sowie in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Slowenien dar.

3.3 Kärntner Slowenen sind Kärntner, die slowenisch sprechen

Das dritte Interview wurde mit dem Steuer- und Unternehmensberater Herrn Mag. Hermann Klokar, der in Kühnsdorf (Bezirk Völkermarkt) ansässig ist, geführt (vgl. Homepage Mag. Hermann Klokar). Nach der Eröffnung seiner Kanzlei (1993) profitierte der Kärntner Slowene stark von seiner Sprachkompetenz, obwohl dieser Aspekt ursprünglich nicht intendiert war. Heute, so schätzt er ein, konnte er etwa ein Drittel seiner Klienten deshalb gewinnen, weil er slowenisch spricht. Mitte der 1990er Jahre hatte der Südkärntner Unternehmensberater gemeinsam mit einem Grazer Kollegen auch ein Büro in Ljubljana, das er jedoch aus verschiedenen Gründen wieder aufgegeben hat (z. B. räumliche Distanz, Verlässlichkeit der Mitarbeiter vor Ort, Doppelbelastung). Aus dieser Zeit stammen auch eine Reihe negativer Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit slowenischen Partnern. Initiiert durch die Tätigkeit für eine Bank entstand eine lose Partnerschaft zur Firma Ultra d.o.o. in Maribor, die vor allem aus einem Informationsaustausch und informellen Kontakten besteht. Im Rahmen des „Business Network Carinthia – Slovenia“ haben Herr Mag. Hermann Klokar und Frau Petra Zavec, Geschäftsführerin der Ultra d.o.o., gemeinsame Beratungstage durchgeführt (vgl. Homepage der Wirtschaftskammer Kärnten). Darüber hinaus besitzt er zahlreiche Kontakte nach Slowenien, die seine Arbeit wesentlich erleichtern – Anfragen bei Bedarf, aber keine feste Zusammenarbeit. Seine Erwartungen an grenzüberschreitende Kooperationen sind vergleichsweise gering. Der Arbeitsorganisation in Slowenien (z. B. Einhaltung von Terminen) steht er noch immer kritisch gegenüber: Eine Kooperation kann nur funktionieren, wenn man die Firma vor Ort genauso leiten kann wie in Österreich.

In dem Interview hat Herr Mag. Klokar immer wieder die Bedeutung der Sprache in den Kooperationen hervorgehoben. Kärntner, die slowenisch sprechen, haben dadurch einen großen Vorteil. Den Begriff „Kärntner Slowene“ versteht er eher politisch. Die Aussagen von Herrn Mag. Klokar decken sich hier mit einigen anderen Interviews, in denen deutlich wurde, dass die slowenischsprachigen Wirtschaftstreibenden die politischen Organisationen der Kärntner Slowenen bewusst meiden, weil eine zu große Nähe zur Politik ihre Wirtschaftsaktivitäten beeinträchtigen könnte. Das ist zum einen in den Divergenzen und Konflikten der drei politischen Organisationen begründet, zeigt aber andererseits, dass trotz der fortdauernden Auseinandersetzungen um die zweisprachigen Ortstafeln in Südkärnten die Gleichstellung der Kärntner Slowenen weit fortgeschritten ist. Er begreift sich vielmehr als einen „Kärntner, der slowenisch spricht“. Diese Identifikation verdeutlicht zugleich eine klare Positionierung als Kärntner, die auf die große Mehrheit der Kärntner Slowenen zutrifft. Parallel dazu hat sich gezeigt, dass der Begriff der Volksgruppe praktisch keine Rolle mehr spielt. Es gibt vielfältige verwandtschaftliche und kulturelle Beziehungen der Kärntner Slowenen nach Slowenien und durchaus Sympathien, aber keine wirklichen Bindungen.

Einem gemeinsamen Alpen-Adria-Wirtschaftsraum steht Herr Mag. Klokar nicht nur selbst positiv gegenüber, er sieht auch die positiven Auswirkungen einer Alpen-Adria-Region auf das Verhältnis Kärnten-Slowenien und die Situation der Kärntner Slowenen.

Während zweisprachige Kindergärten bis in die Gegenwart problematisch sein können, wird eine mehrsprachige Ausbildung meist sofort akzeptiert. Alpen-Adria liegt im Trend und ist positiv besetzt. Das zeigen die vielfältigen Aktivitäten in diese Richtung, z. B. Alpen-Adria Märkte, Agrarmesse Alpen-Adria der Kärntner Messen oder die Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt.

4 Erste Antworten auf die Fragekomplexe anhand der geführten Interviews

Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen Kärntner Slowenen nach Slowenien unterscheiden sich nicht grundlegend von anderen Wirtschaftskooperationen in der Alpen-Adria-Kernregion. Der Erfolg grenzüberschreitender Wirtschaftskooperationen hängt entscheidend von engagierten und initiativen Personen ab (egal ob Kärntner Slowene oder deutschsprachige Kärntner). In den Interviews wurde eingeschätzt, dass die Kärntner Slowenen die Chancen in diesem Bereich nicht genügend genutzt haben. Die insgesamt relativ geringe Kooperationstätigkeit zwischen Kärnten und Slowenien lässt aber auch vermuten, dass funktionierende Wirtschaftskooperationen schwieriger zu entwickeln sind als eine kulturelle Zusammenarbeit. Die Grenzregion Südkärnten-Gorenjska/Koroška ist bis heute ländlich geprägt, so dass eine wirtschaftliche Zusammenarbeit vor allem zwischen den größeren Städten wie Klagenfurt, Villach, Ljubljana, Maribor oder Kranj erfolgt. In den Interviews ist zugleich deutlich geworden, dass die kulturellen und mentalen Beziehungen der Kärntner Slowenen nach Slowenien trotz verwandtschaftlicher Beziehungen und gemeinsamer kultureller Aktivitäten nicht so stark sind, als dass hieraus ein besonderes Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgeleitet werden könnte.

Auf der anderen Seite zeigen Beispiele wie Drava Trading, welche Potenziale grenzüberschreitende Kooperationen nicht nur für die Wirtschaftskraft eines Unternehmens, sondern auch für die Regionalentwicklung besitzen. Der slowenischsprachige Kärntner Unternehmer hat seine Kontakte längst über Slowenien hinaus in den südosteuropäischen Raum ausgeweitet und ein ganzes System vielfältiger Kooperationen aufgebaut. Mit ihren Wirtschaftsaktivitäten, aber auch durch die Identifikation mit zwei Kulturen, leisten solche Unternehmer einen wichtigen Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen Alpen-Adria-Wirtschaftsraumes. Mehr noch: Unter dem Blickwinkel zunehmender Globalisierung gehört die Mehrsprachigkeit ihrer Bewohner und das Zusammentreffen dreier Kulturkreise zu den Stärken der Alpen-Adria-Kernregion: „Am Schnittpunkt der Kulturen, der Ökonomie und des Erfolges“ (siehe oben).

Von allen Interviewpartnern wurde die Zweisprachigkeit der Kärntner Slowenen als bedeutender Kommunikationsvorteil in grenzüberschreitenden Kooperationen hervorgehoben. Sie betonten aber zugleich, dass diese Vorteile nicht auf Kärntner Slowenen beschränkt sind bzw. sein müssen. Eine derartige Kenntnis der Sprache, der Kultur und der Mentalität kann jeder Interessierte erlangen. In ähnlicher Weise wurde auch die Frage nach der Brückenfunktion der Kärntner Slowenen beantwortet. Demnach sehen sich die Kärnt-

ner Slowenen in einer Brückenfunktion, aber nicht als alleinige Träger dieser Brücke.

Deutlich positiv wurde von den Interviewpartnern die Entwicklung eines gemeinsamen Alpen-Adria-Wirtschaftsraumes mit Kärnten, Slowenien und Friaul-Julisch Venetien beurteilt. Sowohl die zunehmenden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen den drei Staaten als auch die vermehrte Dreisprachigkeit der Region wirken sich positiv auf das Spannungsverhältnis Kärnten-Slowenien und damit auch auf die Kärntner Slowenen aus. So werden beispielsweise dreisprachige Beschriftungen und Aktivitäten in Kärnten sehr viel eher akzeptiert als zweisprachige.

Die Auswirkungen dieses ökonomischen Internationalisierungsprozesses auf die ethnische Gruppe der Kärntner Slowenen werden von den Gesprächspartnern ambivalent gesehen. Einerseits wird die Funktion der slowenischen Sprache gestärkt und die Zweisprachigkeit als Vorteil erlebt, vor allem auch in beruflicher Hinsicht. Die zunehmende Bedeutung ihrer sprachlichen und kulturellen Kompetenzen führt zu einer Stärkung des Selbstbewusstseins. Unsere Gesprächspartner positionierten sich klar als Kärntner Slowenen. Andererseits erhöht sich durch die internationalen Kontakte und Netzwerke die räumliche und soziale Mobilität der Kärntner Slowenen, was durchaus auch negative Auswirkungen auf den sozialen und räumlichen Zusammenhalt dieser recht kleinen ethnischen Gruppe hat. Inwieweit diese Einschätzungen der Gesprächspartner im Hinblick auf die Rolle ethnischer Minderheiten bei der Internationalisierung der Wirtschaft verallgemeinert werden können, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden und ist weiteren Forschungen vorbehalten.

Anmerkungen

- ¹ jeweils deutsche und slowenische Bezeichnung der Gemeinde
- ² Nach dem Friedensvertrag von St. Germain 1919 hatte Österreich einige Gebiete unmittelbar an Italien bzw. Slowenien abzutreten; für Südkärnten wurde eine Volksabstimmung festgelegt.

Literatur und Quellen

- Balling, Richard 1997: Kooperation: strategische Allianzen, Netzwerke, Joint Ventures und andere Organisationsformen zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit in Theorie und Praxis. Frankfurt am Main.
- Drava-Trading Handelsgesellschaft m.b.H.: <http://www.drava-trading.at>, 18.12.2005.
- Heller, Wilfried 2004: Ethnizität und Globalisierung. Zum Bedeutungswandel ethnischer Kategorien in Transformationsländern. In: Geographische Zeitschrift, Band 92, Heft 1/2. Stuttgart. S. 21 – 38.
- Interview mit Herrn Dipl. Ing. Wieser, Geschäftsführender Gesellschafter der Drava Trading Handelsgesellschaft m.b.H. am 05.05.2005.
- Interview mit Herrn Mag. Hermann Klokar, Steuer- und Unternehmensberater in Kühnsdorf

am 19.07.2005.

Interviews mit Herrn Dr. Karel Hren, Geschäftsführer des Slowenischen Wirtschaftsverbandes am 22.02.2005 und 16.06.2005.

Slowenischer Wirtschaftsverband (SGZ): http://www.sgz.at/info_de.php, 18.12.2005.

Steuer- und Unternehmensberater Mag. Hermann Klokár: <http://www.klokar.at>, 18.12.2005.

Valentin, Hellwig 2005: Der Sonderfall. Kärntner Zeitgeschichte 1918 – 2004. Klagenfurt/Celovec - Ljubljana/Laibach - Wien/Dunaj.

Wirtschaftskammer Kärnten (WKO): http://portal.wko.at/wk/sn_detail.wk?AngID=1&DocID=332879, 30.01.2006.

Wonka, Erich 2002: Die räumliche Verteilung der Österreicher mit slowenischer Umgangssprache in Kärnten auf der Grundlage einer detaillierteren Statistik als der auf Gemeindebasis. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft (Hrsg.). Wien. Band 144. S. 101 – 124.

Zveza Bank Klagenfurt Celovec: http://www.zvezabank.at/_links/de/ueberuns.html, 18.12.2005.

geographische hochschulmanuskripte

geographische *revue* • Beihefte

Zuschriften und Bestellungen an:

Geographische Hochschulmanuskripte
c/o Prof. Dr. Günther Beck
Lotzstraße 20 A
D-37083 Göttingen

Jan Christian Bonse

Die russische Minderheit im Baltikum

Die gesellschaftlichen und kulturellen
Neuorientierungen in Folge des politischen
Wandels in einer 'Übergangsregion' zwischen
Ost und West

N.F. 1 | 2005

Corina Anderl und Josef Sallanz ■

Nationale Minderheiten in der Globalisierung: Die serbische und die ukrainische Minorität in den rumänischen Grenzregionen Banat und Dobrudscha nach der Wende von 1989

1 Einleitung

Die Transformationsprozesse in Rumänien haben nach der politischen Wende 1989 in besonderem Maße die *nationalen Minderheiten* erfasst.¹ In Bezug auf die formalen Rechte dieser Minderheiten hat das Land seither beachtliche Fortschritte erzielt. Die wichtigsten Bestimmungen der Verfassung von 1991, die nationale Minderheiten betreffen, waren das Recht auf Identität, der Schulunterricht in der Muttersprache und die politische Vertretung im Parlament. In der Abgeordnetenkammer sind aktuell zwanzig nationale Minderheiten vertreten.²

Betrachtet man die rechtliche und kulturelle Situation sowie die politische Integration und Partizipation nationaler Minderheiten in Rumänien, so stellt man fest, dass die Schutzmaßnahmen des Staates für Wahrung, Entwicklung und Äußerung der Identität aller Angehörigen nationaler Minderheiten formal nach den Prinzipien der Gleichheit getroffen werden. Unter dem sozioökonomischen Aspekt lassen sich hingegen erhebliche Unterschiede zwischen den Minderheitengruppen feststellen, wobei dem geographisch-räumlichen Faktor eine wichtige Bedeutung zukommt. Denn die relativ dynamische wirtschaftsräumliche Entwicklung in den westlichen Grenzregionen Rumäniens bedeutet auch für die dortigen nationalen Minderheiten einen gewissen Aufstieg, während die in den östlichen Regionen dokumentierten kleinen Minderheiten der russischen Lipowaner, Tataren, Türken und Ukrainer negativ von der geringen wirtschaftlichen Dynamik ihrer Siedlungsgebiete betroffen sind.

Diese Beobachtungen werfen im Bereich der Ethnizitäts- und Grenzraumforschung eine Reihe von Fragen und Problemstellungen auf, die im Folgenden skizzenhaft beschrieben werden. Grundlage dafür sind Ergebnisse eines Forschungsprojektes³ über „Nationale Minderheiten in der Globalisierung. Ethnizität als Element von Ausdifferenzierungsprozessen der Lebenslagen von Minderheitengruppen im ländlichen Raum Rumäniens“. Anhand unterschiedlich strukturierter Regionstypen – der durch eine relativ günstige ökonomische Entwicklung charakterisierten Landesteile Banat und Siebenbürgen und der räumlich, wirtschaftlich und sozial peripheren Dobrudscha, die nach offiziellen Angaben eine hohe Anzahl von nationalen Minderheiten aufweisen – wurde eine Reihe von Bestimmungsfaktoren wie Ökonomie und Globalisierung, neue Minderheitenpolitik und internationale Beziehungen untersucht. Diese Faktoren, so die Ausgangsthese, bewirken einen Bedeutungswandel von Ethnizität. Während der dreijährigen Forschung stellte sich heraus, dass Ethnizität bei den untersuchten Minderheiten auf verschiedenen Maßstabsebenen und in unterschiedlichen regionalen Teilräumen eine ungleiche Rolle in alltagsweltlichen Zusammenhängen, aber auch als politischer und soziökonomischer Faktor spielt.

Am Beispiel der serbischen und der ukrainischen Minderheit in den rumänischen Grenzregionen Banat und Dobrudscha wird versucht zu erläutern, wie die sozioökonomischen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen den Spielraum formen, innerhalb dessen ethnische Kategorien eine konkrete Bedeutung für die Lebenswirklichkeit einzelner Menschen vor Ort erhalten. Der Beitrag ist wie folgt untergliedert: Nach der Präzisierung der Fragestellung und einem Überblick über die Serben im rumänischen Banat nach 1989 und die Ukrainer in der heutigen Dobrudscha (Kap. 2) sollen im darauf folgenden Abschnitt die im Rahmen des oben genannten Projektes gewonnenen Befunde über nationale Minderheiten unter dem Einfluss von Globalisierung anhand der Fallbeispiele *serbische und ukrainische Minderheiten in den rumänischen Grenzregionen Banat und Dobrudscha* diskutiert werden (Kap. 3). Danach wird auf die Problematik des Bedeutungswandels von Ethnizität im Transformationsprozess eingegangen (Kap. 4). Zum Abschluss wird ein Fazit gezogen (Kap. 5).

2 Präzisierung der Fragestellung

Es handelt sich hier um Bestandsaufnahmen zweier Grenzminoritäten und Grenzregionen (vgl. Abb. 1). Sowohl die serbische als auch die ukrainische Minorität gehört zu den kleinen nationalen Minoritäten in Rumänien. Auf der jeweils anderen Seite der Staatsgrenze befinden sich die so genannten Patronagestaaten: Serbien-Montenegro im Westen des Landes und die Ukraine im Norden und Südosten Rumäniens. Hinsichtlich der Ukrainer beschränkt sich die vorliegende Untersuchung auf diejenigen, die im Südosten Rumäniens leben, d.h. in der Dobrudscha. Welche Akteure auf welchen Maßstabsebenen zu welchen Veränderungen der grenzüberschreitenden Interaktionen führen können, wird in den beiden Untersuchungsregionen erkennbar. Drei Aspekte sind dabei relevant:

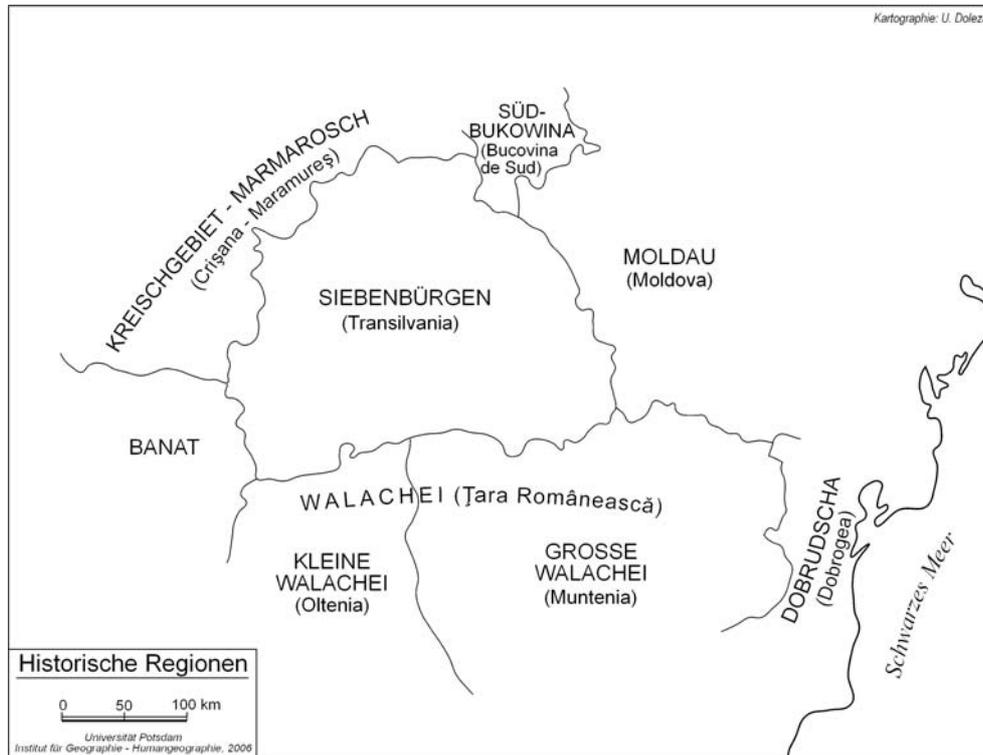
- a. die Präsenz der Titularnation als Nachbarstaat in ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rolle,
- b. die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Serbien-Montenegro bzw. der Ukraine sowie
- c. die Bedeutung der EU-Osterweiterung⁴ in der Gestaltung der Außenpolitik der betroffenen Staaten.

Hieraus leiten sich mehrere Fragen ab, die vor allem den sozioökonomischen und kulturellen Kontext räumlich differenziert zu charakterisieren versuchen, ohne aber die politischen Rahmenbedingungen zu vernachlässigen:

1. Wie sind die Lebenswelten und Chancen der beiden nationalen Minderheitengruppen von den unterschiedlichen Entwicklungen in den angrenzenden Nachbarstaaten Serbien-Montenegro bzw. der Ukraine betroffen? Stimmen die Lebensverhältnisse von Minderheitenangehörigen weitgehend überein mit den durchschnittlichen Lebensverhältnissen der Mehrheitsbevölkerung auf den Ebenen der Grenzregionen und des Gesamtstaates oder kommt es zu sozioökonomischen Differenzen bzw. deren Wahrnehmung nach ethnischer Zugehörigkeit auf regionaler und lokaler Ebene?
2. Bestehen präferenzielle Beziehungen des so genannten Patronagestaates zur ethnischen Minderheit auf der anderen Seite der Staatsgrenze?
3. Wird durch Pendelwanderungen, Handelsverflechtungen und Investitionen die regionale Wirtschaftsentwicklung besonders beeinflusst?
4. Kommt es zu privilegierten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Angehörigen gleicher Ethnizität?
5. Inwieweit haben sozioökonomische, politische und kulturelle Veränderungen, die im Zusammenhang mit dem bevorstehenden EU-Beitritt Rumäniens, aber auch mit Globalisierungsprozessen stehen, spezifische Auswirkungen auf ethnische Minderheiten?

Zentral für die Fragestellung ist der Vergleich der beiden rumänischen Grenzregionen Banat und Dobrukscha, für die deutlich divergierende Qualitäten der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und auch der Bedeutung von Ethnizität festgestellt wurden. Die zwei betrachteten Regionen unterscheiden sich: 1. durch die Präsenz verschiedener nationaler Minderheiten – von Deutschen, Kroaten, Roma, Serben, Slowaken, Slowenen und Ungarn im Banat und von Aromunen, Roma, russischen Lipowanern, Tataren, Türken und Ukrainern in der Dobrukscha –, 2. durch die Wahl verschiedener ökonomischer Entwicklungspfade, und 3. hinsichtlich ihrer geographischen Lage.

Abb. 1: Historische Regionen Rumäniens



Der Vergleich der beiden Untersuchungsregionen soll daher ein Urteil darüber erlauben, welche Beziehungen zwischen wirtschaftsräumlicher Lage und Ethnizität bestehen.

Die Serben im rumänischen Banat nach 1989

Bis zum Ersten Weltkrieg war das Banat Teil der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Die historische Landschaft erstreckt sich im südlichen Pannonischen Becken zwischen den Flüssen Marosch, Theiß, Donau und den Westkarpaten. Sie umfasst ca. 28.500 km². Infolge des Vertrags von Trianon 1920 wurde das ehemals einheitliche Gebiet dreigeteilt. Etwa zwei Drittel wurden Großrumänien zugesprochen, und zwar der größere östliche Teil mit Temeswar und dem Arader Komitat (66,5%). Der südliche Teil (32,5%) kam zum Königreich Serbien und der nordwestliche Marosch-Theißwinkel (1%) zu Ungarn (ausführlich dazu in Schmidt-Rösler 1994).

Das rumänische Banat, das an Serbien-Montenegro und Ungarn grenzt, zeichnet sich heute wie früher durch eine außerordentlich große ethnische, sprachliche und religiöse

Tab. 1: Ethnische Struktur der Bevölkerung Rumäniens (1992 und 2002)

Rumänien						
Bevölkerung nach Ethnien	1992		2002		Veränderungen 1992-2002	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gesamtbevölkerung	22.810.035	100,00	21.680.974	100,00	-1.129.061	-4,95
Rumänen	20.408.542	89,47	19.399.597	89,48	-1.008.945	-4,94
Ungarn	1.624.959	7,12	1.431.807	6,60	-193.152	-11,89
Roma	401.087	1,76	535.140	2,47	134.053	33,42
Ukrainer	65.472	0,29	61.098	0,28	-4.374	-6,68
Deutsche	119.462	0,52	59.764	0,28	-59.698	-49,97
Russische Lipowaner	38.606	0,17	35.791	0,17	-2.815	-7,29
Türken	29.832	0,13	32.098	0,15	2.266	7,60
Tataren	24.596	0,11	23.935	0,11	-661	-2,69
Serben/Kroaten/Slowenen	33.769	0,15	29.570	0,14	-4.199	-12,43
Slowaken	19.594	0,09	17.226	0,08	-2.368	-12,09
Bulgaren	9.851	0,04	8.025	0,04	-1.826	-18,54
Griechen	3.940	0,02	6.472	0,03	2.532	64,26
Juden	8.955	0,04	5.785	0,03	-3.170	-35,40
Tschechen	5.797	0,03	3.941	0,02	-1.856	-32,02
Polen	4.232	0,02	3.559	0,02	-673	-15,90
Armenier	1.957	0,01	1.780	0,01	-177	-9,04
andere Ethnien	8.618	0,04	23.445	0,11	14.827	172,05
keine Angaben	766	< 0,01	1.941	0,01	1.175	153,39

Quelle: INS 2003

Vielfalt aus. Laut der letzten Volkszählung von 2002 leben in Rumänien 22.518 Serben (INS 2002), die Mehrheit von ihnen im Banat. Auf Landesebene beträgt ihr Anteil 0,1% der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 1992 waren es noch 29.408 (CNS 1992), was einen Verlust von 23,4% bis 2002 bedeutet. Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung von 2002 wurden in INS 2003 veröffentlicht. Hier wurden allerdings die Serben gemeinsam mit den Kroaten und Slowenen aufgeführt und nicht getrennt wie noch bei der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse in INS 2002. Eine mögliche Ursache für den Rückgang der An-

zahl der Serben in Rumänien kann in der negativen demographischen Entwicklung gesehen werden. Allerdings ist von einer Überalterung der Bevölkerung nicht nur die serbische Minderheit betroffen, sondern auf der Makroebene das ganze Land. Eine Ausnahme bildet hier die Roma-Minderheit, die eine positive demographische Entwicklung verzeichnet (vgl. Tab.1). Ein weiterer Grund für den zahlenmäßigen Rückgang der Gesamtbevölkerung stellt das Phänomen der Auswanderung dar (vgl. Heller 2006). Es fehlen jedoch statistische Informationen über die räumliche Differenzierung der Auswanderungsprozesse, was eine konkrete Aussage über die Bedeutung der Migration im Fall der serbischen und ukrainischen Minderheit erschwert.

Der serbische Minderheitenvertreter im rumänischen Parlament formulierte folgende Hypothese, nach der der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien indirekt zu der drastischen Abnahme der Anzahl der serbischen Minderheitsbevölkerung in Rumänien – wie sie durch die Selbstzuschreibung in der Volkszählung definiert wird – beigetragen haben könnte:

„Seit der Volkszählung 1992 hat die serbische Minderheit ca. 27% ihrer Angehörigen verloren – nach den letzten vorläufigen Daten. Es ist zweifellos ein natürlicher Prozess. Ich weiß nicht, ob wir ihn aufhalten können. (...) Meiner Ansicht nach sind nicht nur der natürliche Prozess oder die Mischehen der Grund dafür; ich glaube, dass auch dieses Drama im ehemaligen Jugoslawien indirekt eine große Rolle gespielt hat.“ (Interview mit Slavomir Gvozdenovici, Bukarest, 01.10.2003)

Nicht nur diese Ansicht, sondern auch die gemeinsame Aufführung der Serben, Kroaten und Slowenen bei den Volkszählungsergebnissen von 2002 führen zwangsläufig zu der Annahme, dass es innerhalb dieses „Groß-Gebildes“ der Serben / Kroaten / Slowenen verschiedene Bevölkerungsbewegungen gegeben haben muss. Das deutet darauf hin, dass Re- bzw. Neudefinierungsprozesse des ethnisch *Eigenen* und *Fremden* stattgefunden haben: Während die serbische Minderheit zahlenmäßig deutlich verloren hat, stieg die Anzahl der Kroaten von 4.085 im Jahr 1992 (CNS 1992) auf 6.786 im Jahr 2002 (INS 2002), was eine Zunahme von 66,1% bedeutet. Hinzu kommt, dass der Anteil der Karaschowaner, eine slawische Bevölkerungsgruppe römisch-katholischen Glaubens, die sich als Teil der serbischen Minderheit betrachteten, zurückging. Hingegen wuchs die Anzahl der Karaschowaner, die sich den Kroaten zugehörig fühlten, vermutlich auch aufgrund der bevorzugten Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für diese Bevölkerungsgruppe in Kroatien. Bei der Volkszählung von 2002 haben allerdings auch 206 Personen sich als Karaschowaner erklärt (INS 2003).

Der Krieg hat demnach nicht nur die Serben, sondern auch die Kroaten und Karaschowaner in Rumänien unvermeidlich mit ihrer Identität konfrontiert. Diese Aspekte werden im Verlauf der folgenden Analyse berücksichtigt.

Die Ukrainer in der heutigen Dobrudscha

Die Dobrudscha, das Gebiet zwischen Donau und Schwarzem Meer, gehörte bis 1878 zum Osmanischen Reich. Auf dem Berliner Kongress wurde von den Großmächten eine Teilung verfügt: Die Nord-Dobrudscha kam zu Rumänien, die Süd-Dobrudscha wurde Bulgarien zugesprochen. Nach dem Balkan-Krieg von 1913 wurde die Süd-Dobrudscha ebenfalls Rumänien angegliedert. Nach dem Vertrag von Craiova 1940 folgte die endgültige Teilung der Region zwischen Rumänien und Bulgarien (ausführlich dazu Schmidt-Rösler 1994).

Die Dobrudscha, die im Süden an Bulgarien und im Norden an die Ukraine grenzt, einst ebenfalls eine Vielvölkerregion, verzeichnet heute noch eine große Anzahl an nationalen Minderheiten, die sich allerdings nach der Angliederung der Region an Rumänien stark veränderte. Als Gründe dafür sind zu nennen: die Bevölkerungstransfers, wie die der Tataren und Türken in die Türkei, die Umsiedlung der Dobrudscha-Deutschen in den Warthegau sowie in das Protektorat Böhmen und Mähren, der „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Bulgarien und Rumänien sowie die Ansiedlung der Aromunen.

Die Anzahl der rumänischen Staatsbürger in der Dobrudscha, die bei der Volkszählung von 2002 ihre ethnische Zugehörigkeit mit ukrainisch angegeben haben, liegt nur noch bei 1.465 Personen; bei der Volkszählung von 1992 waren es 4.101 Bürger. Dies bedeutet einen Rückgang der ukrainischen Minderheit in der Region um 64,3%, ohne dass bedeutende Wanderungsbewegungen in den Orten mit ukrainischer Bevölkerung festgestellt werden können, wie auch Experten und Betroffene in den Interviews betonten (vgl. Sallanz 2006 sowie die Berichte über Orte mit ukrainischer Bevölkerung im Donaudelta, dem Hauptsiedlungsgebiet der Dobrudscha-Ukrainer, in: Sallanz 2005a, S. 40-51). Die Anzahl der ukrainischen Minderheit in Rumänien insgesamt ging von 65.472 Personen (Volkszählung von 1992) auf 61.098 (2002) zurück (vgl. Tab. 1). Daraus lässt sich schließen, dass bei der Volkszählung von 2002 ein großer Teil der Dobrudscha-Ukrainer ihre Nationalität mit rumänisch angegeben hat. Welche Gründe hierzu geführt haben, soll im folgenden zu analysieren versucht werden.

3 Nationale Minderheiten in Rumänien unter dem Einfluss der Globalisierung

Unsere Studie bezieht sich auf Daten und Materialien, die während verschiedener Forschungsaufenthalte in den Untersuchungsregionen gewonnen wurden. Zusammen mit rumänischen Kooperationspartnern konnten zwischen 2003 und 2004 mehrere Erhebungen durchgeführt werden. Den wichtigsten Untersuchungsabschnitt dabei bildete eine Befragung. Für die Alltagsrelevanz ethnischer Kategorien ist die Anwendung qualitativer Verfahren unerlässlich. Leitfadeninterviews wurden daher sowohl mit der Bevölkerung selbst als auch mit wichtigen Definitoren ethnischer Zuordnungen und Eigenschaften geführt.⁵

Dabei wurde es als wichtig erachtet, die Bedeutung der zunehmenden Globalisierung für die serbische und ukrainische Minderheit zu hinterfragen. Unter Globalisierung kann – entsprechend der in der Literatur am weitesten verbreiteten Auffassung – die Zunahme übernationaler Einflüsse auf eine nationale Gesellschaft verstanden werden. Neben der ökonomischen Seite enthält der Globalisierungsbegriff auch politisch-soziale Aspekte. Hierzu zählt die regionale/nationale Politik, die ihr Handeln im Wesentlichen an Vorgaben der EU und des Europarates, z. B. an der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarates sowie der Kopenhagener Schlussklärung von 1993 der Europäischen Union, orientiert. Der ökonomische Einfluss von außen zeigt sich im Banat in Form von ausländischen Investitionen deutlich, dagegen viel weniger in der Dobrudscha. Im Unterschied zum ökonomischen Einfluss gilt der politisch-soziale im Land allenthalben und stellt sich räumlich relativ wenig differenziert dar.

Nach einer vorläufigen Auswertung der Interviews lässt sich für die serbische und ukrainische Minderheit im Vergleich Folgendes festhalten:

a. Zur Präsenz Serbien-Montenegros als Nachbarstaat und zur wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedeutung dieses Staates für die serbische Minderheit im Banat

Wie bereits erwähnt, war die serbische Minderheit in Rumänien von endogen und exogen hervorgerufenen Faktoren gleichermaßen betroffen: Sowohl der politische Umbruch 1989 als auch der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die in Verbindung damit beschlossenen strengen wirtschaftlichen Sanktionen einschließlich des Embargos führten zu großen Veränderungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens wie auch im Privatleben jedes Einzelnen. Vor der Auflösung des benachbarten föderalistischen Staates Jugoslawien gab es zwischen den rumänischen und jugoslawischen Staatsbürgern einen regen Handelsaustausch; noch während der Ceau^oescu-Regierung zählte Jugoslawien zu den bedeutendsten Handelspartnern Rumäniens in der Region. Die starke Präsenz der serbischen Minderheit auf rumänischer Seite und der rumänischen Minderheit auf serbischer Seite war zweifelsohne einer der wichtigsten Einflussfaktoren in dieser ökonomischen Entwicklungsdynamik, die heute jedoch deutlich nachgelassen hat. Dennoch wird die Region Banat im nationalen Vergleich – hinsichtlich des Internationalisierungsgrades und der internationalen Verflechtungen – weiterhin durch ein beachtliches wirtschaftliches Wachstum charakterisiert. Dank der Lage an der Westgrenze zieht das Banat seit der Wende kontinuierlich einen hohen Anteil ausländischer Direktinvestitionen auf sich.

Darüber hinaus kann gesagt werden, dass sprachliche und ethnische Gemeinsamkeiten über internationale Grenzen hinweg präferenzielle Wirtschaftsbeziehungen entstehen lassen. Die Anwesenheit ethnischer Minderheiten in Grenzregionen kann sich positiv auf Investitionen aus den Patronagestaaten dieser Gruppen auswirken, und somit zur Handels-

verflechtungen führen, die die regionale wirtschaftliche Entwicklung fördern. Einer der Hauptgründe dafür ist eine gewisse Form ungarischen, deutschen oder serbischen Kulturlebens, das dort schon immer existierte: So gibt es im Banat ungarischsprachige und deutschsprachige Schulen und Abteilungen in serbischer Sprache sowie die katholische, die evangelische und die serbisch-orthodoxe Kirche. In diesem Zusammenhang wurden informelle Netzwerke auf der Basis von Ethnizität gebildet, deren Kontinuität und heutige Relevanz als Ressource für die ökonomische, politische und kulturelle Entwicklung der Region nicht zu unterschätzen sind. So wurden beispielsweise Hilfsvereine und Stiftungen mit finanzieller Unterstützung der Patronagestaaten gegründet, die sich in diesen Bereichen verstärkt engagieren. Die aktuellen Wirtschaftsbeziehungen von Minderheiten zu den Patronagestaaten zeichnen sich allerdings durch unterschiedliche Intensität aus: So sind etwa die Beziehungen der ungarischen Minderheit zu Ungarn, das gegenüber Rumänien einen deutlichen Entwicklungsvorsprung aufweist, potenziell in der Lage, die wirtschaftliche Situation der Minderheit durch präferenzielle soziale Kontakte sowie Kapital- und Warenströme zu dynamisieren. Aus Deutschland und Österreich fließen ebenfalls verstärkt Investitionen in das Banat. Die serbische Minderheit erhält dagegen vergleichsweise sehr wenig Unterstützung von ihrer „Titularnation“ Serbien-Montenegro. Dieser Sachverhalt geht auf die immer noch schwierige und instabile wirtschaftliche und politische Lage des benachbarten Staates zurück. Dennoch verspricht die offizielle Aufnahme der Verhandlungen seitens der EU über ein Assoziierungsabkommen mit Serbien-Montenegro heute, sechs Jahre nach dem Sturz von Milošević, auch eine positive wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Der erfolgreiche Verlauf wird jedoch von vielen Faktoren abhängen – die Minderheitenfrage ist einer von ihnen.

Auf regionaler Ebene stimmen allerdings, wie unsere Untersuchungen zeigen, die Lebensverhältnisse von Angehörigen der serbischen Minderheit mit dem Durchschnitt der Lebensverhältnisse der rumänischen Mehrheitsbevölkerung wie auch der anderen nationalen Minderheiten weitgehend überein. Das heißt: Die Umwälzungen der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse im Allgemeinen betreffen in gleichem Maße die nationalen Minderheiten und die Mehrheitsbevölkerung, so dass es hier weder auf regionaler noch auf lokaler Ebene zu gravierenden sozioökonomischen Differenzen bzw. deren Wahrnehmung nach ethnischer Zugehörigkeit kommt.

b. Zur Präsenz der Ukraine als Nachbarstaat und die wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung dieses Staates für die ukrainische Minderheit in der Dobrudscha

Die ökonomische Situation der Ukrainer im Donaudelta ist nicht besser, aber auch nicht schlechter als die der dort siedelnden Rumänen und russischen Lipowaner, was in den Interviews immer wieder betont wurde. So wurden die Deltabewohner unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit durch die Schließung der Fisch verarbeitenden Industrie wie

auch durch die erhebliche Begrenzung der Fischfangquoten und die Verkleinerung der Fischfanggebiete gleichermaßen betroffen. Zudem wurden die Fanggebiete nach 1989 hauptsächlich an Personen und Organisationen verpachtet, die nicht aus dem Delta stammen. Dadurch wurden die Ukrainer um ihre Haupterwerbsquellen gebracht. Denn die meisten Ukrainer im Delta sind bzw. waren Fischer. Erst allmählich beginnt sich der Agrartourismus in einigen Orten des Donaudeltas zu etablieren. Der Beitritt Rumäniens zur EU wurde von den interviewten Personen allgemein begrüßt, wenn auch bei den meisten doch zum Ausdruck kam, dass sie für ihre ökonomische Situation dadurch keine Verbesserung erwarten.

Auf Nachfrage wurde in den Interviews auch deutlich, dass sich die Ukraine weder im ökonomischen noch im kulturellen Bereich in der Dobrudscha besonders engagiert. Eine Unterstützung der ukrainischen Minderheit im Delta durch den ukrainischen Staat findet eigentlich nicht statt. Selbst die rumänisch-ukrainische Staatsgrenze ist kaum passierbar. Eine Ausnahme bildet eine Fährverbindung zwischen der rumänischen Kreishauptstadt Tulcea und dem ukrainischen Verwaltungszentrum Izmajil, deren Benutzung aber selbst für die Deltabewohner des Grenzgebietes mit Auflagen verbunden ist (vgl. Dobraca 2006). Deshalb kann auch nicht von einer Pendelwanderung der ukrainischen Minderheit zwischen Rumänien und der Ukraine gesprochen werden; grenzüberschreitende Kooperationen gibt es genauso wenig. Die Arbeitsmigration ins Ausland scheint außerdem bei den Dobrudscha-Ukrainern eine weitaus geringere Rolle zu spielen als beispielsweise bei den russischen Lipowanern (vgl. Sallanz 2005b). Allerdings hat die Binnenmigration im Leben der Ukrainer einen herausragenden Platz eingenommen, besonders in den abgelegenen Deltaorten. Denn eine relativ hohe Anzahl von jüngeren (ehemaligen) Dorfbewohnern wohnt im nächsten städtischen Zentrum außerhalb des eigentlichen Deltas, und zwar hauptsächlich in der Kreishauptstadt Tulcea. Dieses Phänomen kann zum einen damit erklärt werden, dass diese Personen nach dem Besuch einer höheren Schule nicht mehr in ihren Heimatort zurückkehren, weil sie dort keine Arbeit finden; zum anderen stellt der Weggang die Flucht aus der extremen Isolation dar. Ähnliches kann auch für die Ukrainer in den untersuchten Deltadörfern festgestellt werden. Wie die Interviews mit den Ukrainern zeigen, legen diese einen besonders großen Wert darauf, dass ihre Kinder eine gute Ausbildung erhalten und möglichst auch ein Studium absolvieren. Beides ist im Donaudelta nicht möglich, denn in den Deltaorten sind in fast allen Schulen mehrheitlich nur Aushilfslehrer tätig; qualifiziertes Lehrpersonal lässt sich nicht freiwillig in das Delta versetzen. Dies führt zum Teil auch dazu, dass Eltern ihre Kinder bereits nach der vierten Klasse in ein Internat in die Kreishauptstadt schicken, damit die Kinder eine Ausbildung erhalten, die sie später zu einer Aufnahmeprüfung an einer Universität befähigt. Die Eltern handeln so, obwohl den meisten von ihnen bewusst ist, dass die Kinder dann in der Regel, außer in den Ferien, nicht mehr ins Donaudelta zurückkehren. Besonders drastisch hat eine Mutter von drei Kindern auf die Frage geantwortet, ob es den Eltern klar sei, dass die Kinder nach einem abgeschlossenen Hochschulstudium nicht wieder ins Delta kämen, schon allein weil

sie keine qualifizierte Arbeit in der Region finden: „Ja, und es ist auch unser Wunsch, dass die Kinder nicht mehr zurückkehren. Denn die Fischer haben hier ein schwieriges Leben. Sie sterben früh, und so werden viele Frauen in jungen Jahren zu Witwen.“ (Interview mit Clementina Malcovici, Sfântu Gheorghe, 19.09.2003).

4 Zur Bedeutung ethnischer Identität im Transformationsprozess

Die Frage nach dem Stellenwert der ethnischen Identität nach fast sechzehn Jahren Transformation wird ohne die Einbeziehung der Auswirkungen von regionaler, nationaler und übernationaler Vernetzung auf die lokale Wirklichkeit nicht beantwortet werden können. Für viele Angehörige nationaler Minderheiten, speziell aber der kleineren, ist die Akzentuierung der eigenen Kultur eminent wichtig für die Wiedergewinnung ihrer Selbstachtung und für die Anerkennung seitens der Mehrheitsgesellschaft sowie der anderen Minderheiten (vgl. Anderl 2006). Und doch nimmt die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit besonders bei jüngeren Angehörigen etwa der Dobrudscha-Ukrainer ab.

Auf der Suche nach einer Erklärung wird erkennbar, dass in der Dobrudscha Veränderungen in der regionalen Lebenssituation als Folge von Veränderungen auf regionaler, aber vor allem nationaler Ebene wahrgenommen werden; daher wird auch die Bedeutung von Ethnizität in diesen Rahmen eingeordnet und zum Element sozialer Beziehungen geformt. In der Vergleichsregion Banat hingegen wurden sowohl Tendenzen einer eigenständigen Regionalentwicklung als auch des direkten Kontaktaufbaus mit dem Ausland festgestellt. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass hier die regionale Lebenswirklichkeit im Allgemeinen und die Bedeutung von Ethnizität im Besonderen wesentlich stärker als in der Dobrudscha als selbst steuerbares Element sozialer Beziehungen und andererseits als Aspekt überregionaler und sogar internationaler Beziehungen verstanden wird.

Für die serbische Minderheit im rumänischen Banat ist Ethnizität nach wie vor ein Schlüsselbegriff. Trotz einer sinkenden Zahl ihrer Angehörigen bilden Sprache, Kirche und die Gewissheit einer stolzen Vergangenheit, die unzertrennlich mit der Banater Geschichte verflochten ist, jene konstitutiven Elemente einer ethnischen und regionalen Identität, die weiter bewahrt und tradiert werden. Heute werden Anstrengungen unternommen, die Muttersprache im schulischen und allgemein im kulturellen Bereich – auch dann, wenn sie nicht mehr primärsprachlich erworben wird – wieder stärker zu verbreiten. Der Verband der Serben in Rumänien nimmt außerdem nicht nur kulturpolitisch, sondern auch sozioökonomisch eine Mittler- und Vermittlerrolle zwischen Rumänien und dem Nachbarland Serbien-Montenegro ein.

Dies trifft zwar auch auf den Verband der Ukrainer in Rumänien zu, doch bei den Ukrainern in der Dobrudscha ist ein Identitätswechsel festzustellen. Selbst im ländlichen Bereich hat sich die Mehrheit der befragten Betroffenen ukrainischer Herkunft zur rumänischen Nationalität bekannt. Auf Nachfrage wurde das Ukrainische als Muttersprache ange-

geben. Fast alle jüngeren Befragten ukrainischer Herkunft sprechen in der Regel im Alltag mit den Eltern ukrainisch und mit den Kindern und Ehepartnern rumänisch. Auch die ukrainischen Traditionen und Bräuche werden kaum mehr weitergereicht, die Kinder sprechen nur noch schlecht oder gar nicht mehr ukrainisch.

Der Verlust der ukrainischen Identität dieser Minderheit im Donaudelta wird nicht zuletzt durch den Einfluss der rumänisch-orthodoxen Kirche hervorgerufen. Die orthodoxen Dobrudscha-Ukrainer sind dem rumänisch-orthodoxen Patriarchen unterstellt. Die Gottesdienste in Orten mit ukrainischer Bevölkerung finden ausschließlich in rumänischer Sprache statt. Obwohl sich die Dobrudscha-Ukrainer der Orthodoxie alten Stils verpflichtet fühlen, begehen die meist sehr jungen rumänischen Popen, die in der Regel in diesen abgelegenen Dörfern ihre erste Stelle antreten, die Feiertage (mit Ausnahme des Kirchweihfestes) und Gottesdienste streng nach den Vorgaben der rumänisch-orthodoxen Kirche, die keine Ausnahmen duldet. Laut Aussagen des vor kurzem verstorbenen Parlamentsabgeordneten und Vorsitzenden des Verbandes der Ukrainer in Rumänien wurde von der rumänisch-orthodoxen Metropole den Eingaben des Verbandes für ein orthodoxes Vikariat der Dobrudscha-Ukrainer, ähnlich wie es die ukrainischen Minderheiten in der Maramure^o und dem Banat sowie die serbische Minorität im Banat besitzen, bisher nicht statt gegeben (Interview mit Stefan Tcaciuc, 29.09.2004).

Die Führung der ukrainischen Minderheit versucht durch kulturelle Veranstaltungen die Erinnerung der Ukrainer in der Dobrudscha an ihre Wurzeln wach zu halten, wie in einem Interview gesagt wurde. Aber jährlich wird um die Finanzierung dieser Veranstaltungen gekämpft. Dies führte dazu, dass sie nicht regelmäßig stattfinden können. Auch sind sie nicht als Großveranstaltungen geplant, sondern eher als kleine Zusammenkünfte auf lokaler Ebene. Allerdings ist zu bedenken, dass die Ukrainer in Rumänien in verschiedenen, weit voneinander entfernt liegenden Regionen beheimatet sind. Dadurch ist der Besuch gemeinsamer Treffen erschwert. Die Kosten, die für die Reisen aufzubringen sind, sind für viele zu hoch. Nicht nur mit ihrer räumlichen Isolation waren viele ukrainische Befragte unzufrieden, sondern auch mit der Führung ihres Verbandes in Bukarest, weil diese sich kaum für die Interessen der Ukrainer im Donaudelta einsetzen würde.

Zusammenfassend zeigen die Untersuchungen, dass aktuell die serbische und die ukrainische Minderheit in den westlichen und östlichen Grenzregionen Rumäniens sich kulturell wie sprachlich sowohl der eigenen ethnischen Gruppe als auch der rumänischen Mehrheitskultur zugehörig fühlen. Während aber das Eigenbewusstsein der Serben – trotz des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien – einer *ausgeglichenen komplexen Identität* entspricht, in der serbische, rumänische und nicht zuletzt regionale Züge vereint sind, wird am Beispiel des immer deutlicher wahrnehmbaren *Verlustes der ethnischen Identität* bei den Dobrudscha-Ukrainern offensichtlich, dass eine bikulturelle, bilinguale und regionale Identität nicht unter jeder Bedingung möglich ist.

Zwar sichert der rumänische Staat den formalen Rahmen bezüglich der Rechte der nationalen Minderheiten. Es geht aber nicht darum, diese Minderheiten künstlich am Leben

zu erhalten; eine ethnische Minderheit muss sich auch selbst dazu bekennen. Dazu sind eine stabile ethnische und kulturelle Identität, die wesentlich durch eine eigene Sprache gekennzeichnet ist, und eine starke regionale Identifizierung, die als endogenes Entwicklungspotential zum wirtschaftlichen Wachstum der Region beitragen kann, die wichtigsten Faktoren für die soziokulturelle Überlebenschance kleiner Minderheitengruppen in einem multiethnischen Staat. Diese Faktoren fungieren zugleich als Indikatoren für den räumlich unterschiedlichen Bedeutungswandel von Ethnizität im Transformationsprozess.

5 Fazit

Nach der vergleichenden Darstellung der beiden ausgewählten Minderheitengruppen der Serben und Ukrainer in den Grenzregionen Banat und Dobrudscha, also in zwei verschiedenen Typen lokaler und regionaler Kontexte, lässt sich schlussfolgern: Die Diskrepanzen zwischen den nationalen Minderheitengruppen in Rumänien hinsichtlich ihrer wirtschaftsräumlichen Lage sind zwar real und sichtbar, aber nur indirekt auf die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit zurückzuführen. Vielmehr spielen die lokalen und regionalen Spezifika sowie die nationalen und internationalen Prozesse eine bedeutende Rolle. Vor diesem Hintergrund hat die regional differenzierte ökonomische Entwicklung in Rumänien Auswirkungen auf die Lebenswelten und -chancen dieser Gruppen, da auch diese räumlich ungleich verteilt sind (Heller 2001). Dies bedeutet: Die nationalen Minderheiten in Rumänien traten in den Transformationsprozess unter teilweise unterschiedlichen Voraussetzungen ein.

Betrachtet man die Differenzen zwischen dynamischen und stagnierenden Regionen in Rumänien geographisch, so zeigt sich in der Tat – ähnlich wie bei anderen Transformationsländern wie Tschechien und Slowenien – , dass sich die westlichen Regionen sowie die Ballungsgebiete progressiv entwickeln, während die östlichen und die ländlichen Gebiete zum Teil zurückgeblieben sind oder ein langsames Tempo aufweisen (vgl. Hector 2000). Einen Grund für das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle sieht Hector darin, dass Betriebe mit starker Handelsverflechtung mit der Europäischen Union sich tendenziell eher in den westlichen Gebieten niederlassen, nahe der Grenze zur EU, also in größerer Nähe zum Kapital, oder sich in den städtischen Ballungszentren ansiedeln.

Im Zuge der EU-Osterweiterung bekommt das Banat die Chance, als Kooperationsraum ausgebaut zu werden, den engeren Rahmen der Grenzgebiete zu überschreiten und somit mehrere bedeutende regionale Entwicklungszentren in Rumänien und den benachbarten Staaten, Serbien-Montenegro wie auch Ungarn, einzuschließen. Die dadurch eröffneten Entwicklungsperspektiven einer „europäischen Kompetenz-Region“ sind dennoch von konkreten politischen und wirtschaftsräumlichen Bezugsbedingungen in den jeweiligen angrenzenden Staaten abhängig. Dies trifft indes nur bedingt auf die periphere Dobrudscha zu, wo die Ukraine und Russland kaum Investitionen tätigen. In der Region

weisen nur die Hafenstadt Constanța und ihr Umland ein wirtschaftliches Wachstum auf.

Vertreter der nationalen Minderheiten begrüßen ausdrücklich den EU-Beitritt Rumäniens, weil sie vermuten, dass dadurch die politischen und kulturellen Bedürfnisse der Minderheiten von der Bukarester Regierung stärker berücksichtigt werden. Die Verbesserungen für die Minderheiten wurden allerdings erst durch Druck seitens der EU und des Europarates eingeführt. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union erhofft sich Rumänien allgemeine Verbesserungen wie z. B. die Steigerung des Lebensstandards sowie die Modernisierung der ländlichen Räume und damit den Abbau der regionalen, wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten, wodurch auch die nationalen Minderheiten Vorteile erhielten.

Insgesamt lässt sich die Bedeutung von Ethnizität im Rahmen der Globalisierung am Beispiel Rumäniens folgendermaßen resümieren: Die aktuelle Entwicklung unter den nationalen Minderheiten des Landes ist als postsozialistisches Phänomen zu verstehen, wobei die Einbeziehung der Auswirkungen von globaler Vernetzung auf die regionalen Wirklichkeiten für das Verständnis des zeitgenössischen Wandels unabdingbar ist.

Anmerkungen

- ¹ Die rumänische Verfassung differenziert nicht zwischen nationalen und ethnischen Minderheiten, sondern verwendet nur den Begriff *nationale Minderheit*, der dort nicht definiert ist (zu den Definitionsfragen nationale/ethnische Minderheit und Ethnizität vgl. Heller 2004; Anderl 2006).
- ² Im rumänischen Parlament sind Organisationen folgender nationaler Minderheiten durch jeweils einen Abgeordneten vertreten und in einer gemeinsamen Fraktion der nationalen Minderheiten organisiert: Albaner, Armenier, Bulgaren, Deutsche, Griechen, Italiener, Juden, Kroaten, Mazedonier, Polen, Roma, russische Lipowaner, Ruthenen, Serben, Tataren, Türken und Ukrainer. Slowaken und Tschechen verfügen über einen gemeinsamen Vertreter im Abgeordnetenhaus, weil sich beide Minderheiten in einem Verband zusammengeschlossen haben. Dagegen hat der Ungarische Demokratische Verband in Rumänien (UDMR) bisher bei allen Wahlen die Fünf-Prozent-Klausel übersprungen. Daher verfügt die Organisation der ungarischen Minderheit über eine eigene Fraktion im rumänischen Abgeordnetenhaus.
- ³ Das Projekt wird seit November 2002 am Lehrstuhl für Sozial- und Kulturgeographie der Universität Potsdam unter Leitung von Prof. Dr. Dr. h.c. Wilfried Heller in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Soziologie der Babe^o-Bolyai-Universität, Cluj-Napoca und dem Lehrstuhl für Human- und Wirtschaftsgeographie der Universität Bukarest durchgeführt; finanziert wird das Forschungsprojekt von der VolkswagenStiftung, Hannover.
- ⁴ Als voraussichtlicher Zeitpunkt für den EU-Beitritt Rumäniens wird das Jahr 2007 angesehen.
- ⁵ Als *Experten/Eliten* wurden befragt: Bürgermeister, Beamte, Lehrer, Pfarrer, Unterneh-

mer sowie Politiker und Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen (insgesamt 145 Befragte); als *Betroffene* wurden interviewt: Angehörige sowohl nationaler Minderheiten als auch der Mehrheitsbevölkerung. In jeder der ausgewählten Gemeinden wurden zwei Angehörige der rumänischen Nationalität zu interethnischen Beziehungen und zur Wahrnehmung der nationalen Minderheiten befragt (insgesamt 128 Befragte).

Literatur

- Anderl, Corina 2006: Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben und Landler als Deutsche in Rumänien. Zur Ambivalenz der kulturellen Funktion von Ethnizität in multiethnischen Regionen. In: Wilfried Heller, Peter Jordan, Thede Kahl, Josef Sallanz (Hg.): Ethnizität in der Transformation. Zur Situation nationaler Minderheiten in Rumänien. (= Wiener Osteuropa Studien) Münster. (In Druck).
- CNS/Comisia Națională pentru Statistică 1992: Anuarul statistic al României 1992 [Statistisches Jahrbuch für Rumänien 1992]. București.
- Deutsche Welle vom 12.09.2002: Interview mit dem kroatischen Minderheitenvertreter im rumänischen Parlament.
- Dobraca, Lucian 2006: Zu den Lebensbedingungen der Bewohner des Donaudeltas – Geographische Aspekte. In: Wilfried Heller, Peter Jordan, Thede Kahl, Josef Sallanz (Hg.): Ethnizität in der Transformation. Zur Situation nationaler Minderheiten in Rumänien. (= Wiener Osteuropa Studien) Münster. (In Druck).
- Hector, Pascal 2000: Prioritäten der Kohäsions- und Strukturpolitik der Union gegenüber den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas. Überarbeitete Online-Fassung des Beitrags für die Tagung „Wirtschaftsräumliche Disparitäten in Ostmitteleuropa: Entwicklung, Struktur und Auswirkungen“ der Fachkommission Zeitgeschichte des Herder-Instituts Marburg, 1. bis 3. Dez. 2000 in Eschwege (www.pascal-hector.de/Regionalpolitik.htm, 27.02.2004).
- Heller, Wilfried 2001: Wirtschaftsräumliche Entwicklung und Migration im postsozialistischen Rumänien. In: IMIS-Beiträge, Heft 17. S. 91-124.
- Heller, Wilfried 2004: Ethnizität und Globalisierung. Zum Bedeutungswandel ethnischer Kategorien in Transformationsländern. In: Geographische Zeitschrift 92 (1+2). S. 21-38.
- Heller, Wilfried 2006: Demographie, Migration und räumliche Entwicklung – Rumänien, quo vadis? In: Thede Kahl, Michael Metzeltin, Max Demeter Peyfuss, Mihai-Răzvan Ungureanu (Hg.): Rumänien. Raum und Bevölkerung – Geschichte und Geschichtsbilder – Kultur – Gesellschaft und Politik heute – Wirtschaft – Recht – Historische Regionen. Wien. (in Druckvorbereitung).
- INS/Institutul Național de Statistică. Comisia Centrală pentru Recensământul Populației și al Locuințelor 2002: Recensământul 2002. Date preliminare [Die Volkszählung von 2002. Vorläufige Ergebnisse]. București

- INS/Institutul Național de Statistică 2003: Recensământul populației și al locuințelor 18 martie 2002. Vol. IV – Populație – structura etnică și confesională [Volks- und Wohnungszählung – 8. März 2002. Band 4 – Bevölkerung – ethnische Struktur und Konfession]. București.
- Sallanz, Josef (Hg.) 2005a: Die Dobrușcha: Ethnische Minderheiten – Kulturlandschaft – Transformation. Ergebnisse eines Geländekurses des Instituts für Geographie der Universität Potsdam im Südosten Rumäniens. (= Praxis Kultur- und Sozialgeographie; 35) Potsdam.
- Sallanz, Josef 2005b: „De ce să se întorcă?“ Despre migrarea forței de muncă la rușii lipoveni din Dobrogea [„Warum sollen sie zurückkehren?“ Zur Arbeitsmigration bei den russischen Lipowaner aus der Dobrușcha]. In: *Țișă – Zorile*, 10 (158)/2005, S. 18-20.
- Sallanz, Josef 2006: Bedeutungswandel von Ethnizität im ländlichen Raum Rumäniens: Fallbeispiel Dobrușcha. In: Wilfried Heller, Peter Jordan, Thede Kahl, Josef Sallanz (Hg.): Ethnizität in der Transformation. Zur Situation nationaler Minderheiten in Rumänien. (= Wiener Osteuropa Studien) Münster. (In Druck).
- Schmidt-Rösler, Andrea 1994: Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg: Die Grenzziehung in der Dobrușcha und im Banat und die Folgeprobleme. (= Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 622) Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien.

Einzelrezensionen

Britta Klagge: *Armut in westdeutschen Städten. Strukturen und Trends aus stadtteilorientierter Perspektive – eine vergleichende Langzeitstudie der Städte Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover und Stuttgart.* Wiesbaden 2005. 310 S.

Armut, in den meisten Regionen der („Dritten“ und „Vierten“) Welt gesellschaftliche Normalität, hält gegenwärtig auch in hoch entwickelten Wohlfahrtsstaaten wie der Bundesrepublik verstärkt Einzug. Obgleich die Armut hier andere Formen und Ausmaße hat, beispielsweise eher subtil als spektakulär in Erscheinung tritt, wirkt sie kaum weniger bedrückend als dort. Zwar gibt es hierzulande weder die Armengettos am Rande der Großstädte – wie in den USA – noch das Phänomen der Straßenkinder nach südamerikanischem Muster. Gleichwohl machen sich die berufliche Perspektivlosigkeit und die soziale Exklusion vieler Menschen immer deutlicher bemerkbar. Jüngere sind deshalb besonders stark von Armut betroffen, weil der „Um-“ bzw. Abbau des Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die längst nicht mehr das Maß an Sicherheit haben wie die Nachkriegsgeneration: Von der Aushöhlung des „Normalarbeitsverhältnisses“ (erzwungene Leih- und Teilzeit-

arbeit, befristete und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbstständigkeit, Werkverträge etc.) über den durch die erhöhten Mobilitäts- und Flexibilitätserwartungen der globalisierten Wirtschaft noch beschleunigten Zerfall der „Normalfamilie“ bis zur „regressiven Modernisierung“ des Sozialstaates verschlechtern sich heute die Arbeits- und Lebensbedingungen der Erwerbstätigen wie nachfolgender Generationen.

Richard Hauser sprach 1989 zuerst von einer „Infantilisierung der Armut“, weil die Hauptbetroffenen immer jünger wurden, während die Anzahl bedürftiger Rentnerinnen und Rentner nach der 1957 unter Konrad Adenauer durchgeführten Großen Rentenreform spürbar zurückging. Seit der Vereinigung von BRD und DDR hat kein Thema der Armutsforschung so viel Beachtung gefunden wie die zunehmende Kinder-, Mütter- bzw. Familienarmut. Umso mehr verwundert, dass Britta Klagge in ihrer Arbeit keine der zahlreichen Untersuchungen zu diesem Thema berücksichtigt. Lieber stützt sie sich auf Konzepte und Methoden der „dynamischen Armutsforschung“, die ins Kreuzfeuer der fachwissenschaftlichen Kritik geraten ist, weil sie mit dem Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) einen wenig aussagekräftigen Armutsindikator benutzt, die Bedeutung der Lang-

zeit- bzw. Dauerarmut unterschätzt und die Entwicklung zur Verfestigung prekärer Lebenslagen weder quantitativ noch qualitativ erfasst hat.

Längst hat die Armut mit vielen (Voll-)Erwerbstätigen das Gravitationszentrum der Gesellschaft und auch die Dörfer erreicht. Trotzdem ist sie im Grunde ein urbanes Phänomen geblieben, das durch die räumliche Polarisierung der (Groß-)Städte fortwirkt und mittlerweile selbst die multiethnischen Metropolen spaltet. Armut konzentriert sich in einzelnen Stadtteilen, die euphemistisch als „Stadtteile mit besonderem Erneuerungs-“ bzw. „Entwicklungsbedarf“ bezeichnet oder als „soziale Brennpunkte“ gebrandmarkt werden. Sozial deprivierte Familien leben häufig in Plattenbausiedlungen am Rande der Metropolen, Einzelpersonen dagegen eher in mehrgeschossigen Mietshäusern des Stadtzentrums, wo die Wohnungen auch für sie noch bezahlbar sind und ihren Bedürfnissen entgegenkommen.

Wie sich die Armut sozialräumlich verteilt und in welchen Stadtteilen sie sich massiert, stellt ein auch politisch umstrittenes, aber für die Erfolgchancen der Gegenstrategien zentrales Problem dar. Mittels sehr detaillierter Einzelstadtanalysen prüft Britta Klagge ihre einleuchtenden Hypothesen, die sich am Bild der sozial und räumlich „gespaltenen Stadt“ orientieren. Da Klagge keine eigenen Daten erhoben hat, beschränkt sie sich auf eine Sekundärdatenanalyse, die wiederum darunter leidet, dass der Bezug von Sozialhilfe als zentraler Armutsindikator dient, obwohl sich Klagge der konzeptionellen Probleme, die damit verbunden sind, bewusst ist (vgl. S. 49 ff.).

Sehr viel mehr überzeugt die Auswahl der fünf westdeutschen Städte mit jeweils ca. 500.000 Einwohnern (vgl. S. 54 ff.).

Gut lesbar und logisch gegliedert, hätte die als Habilitationsschrift angenommene Studie von Britta Klagge ein Standardwerk der Armuts- wie der Stadtforschung werden können. Denn das Buch enthält viele interessante Gedanken und gibt zahlreiche Denkanstöße, bleibt jedoch eine schlüssige Antwort auf die Frage nach den strukturellen Zusammenhängen zwischen Armuts- und Stadtteilentwicklung schuldig. Von den acht Untersuchungshypothesen, die Britta Klagge ihrer Datenauswertung zugrunde legt (S. 48), bestätigt diese nur wenige, und das auch nur mit bedeutsamen Einschränkungen. Klagge hält das Konzept der „gespaltenen Stadt“ für zu undifferenziert, um die Potenziale einer sozialen Stadt(teil-)entwicklung zu erschließen, und zieht ein Resümee, das ihren Ausgangsüberlegungen im Grunde diametral widerspricht: „Sich selbst verstärkende räumliche Polarisierungsprozesse durch kapitalistische Marktmechanismen und politisches Handeln, wie sie im pessimistischen Szenario der sozial und räumlich gespaltenen Stadt postuliert werden, finden in den Untersuchungsstädten nur in jeweils sehr spezifischer Weise statt und werden durch Einflüsse unterschiedlicher Art gebrochen.“ (S. 245)

Leser/innen, die auf ein Alternativkonzept zu dem empirisch gescheiterten Erklärungsmodell hoffen, werden jedoch enttäuscht. Auf den wenigen verbleibenden Seiten erwarten sie nur vage Andeutungen, während sich die großen, theoriegeleiteten Argumentationslinien der Arbeit immer mehr verflüchtigen. Wenn die soziale Pola-

risierung im Zuge der Globalisierung, Ökonomisierung und Kommerzialisierung vieler Gesellschaftsbereiche keine räumliche Segmentierung nach sich zieht, wie Britta Klage meint, müsste die Segregation von Armut (und Reichtum) anders erklärt werden. Der unter Stichworten wie „Pfadabhängigkeit“, „Interdependenz“ und „Kontingenzen“ skizzierte, akteursorientierte Ansatz trägt zum Verständnis sich wandelnder

„Wohnstandortmuster“ der Armen freilich wenig bei. Gegenwärtig stellen sich im selben Problemzusammenhang schon wieder neue Fragen, etwa die, wie sich aufgrund für Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen „unangemessen“ hoher Mieten erzwungene Umzüge vieler „Hartz-IV-Haushalte“ in deutschen Großstädten sozialräumlich auswirken.

Christoph Butterwegge

Ludger Basten: Postmoderner Urbanismus. Gestaltung in der städtischen Peripherie. Münster 2005. 363 S.

Gerald Wood: Die Wahrnehmung städtischen Wandels in der Postmoderne. untersucht am Beispiel der Stadt Oberhausen. Opladen 2003. 328 S.

Es ist über ein viertel Jahrhundert her, da konstatierten Beobachter gesellschaftlicher Entwicklungen, dass postmodernes Denken als „affektive Strömung“ „in die Poren aller intellektueller Bereiche“ eingedrungen sei (Habermas 1981). Für ihren Siegeszug durch die universitären Diskurse und die Feuilletons hatte diese intellektuelle Strömung 10 Jahre gebraucht, folgt man dem Architekturkritiker Jencks (1978), der die Postmoderne 1972 recht spektakulär mit der Sprengung eines modernen Wohnblocks datiert. Inzwischen hat sich der aufgewirbelte Staub wieder gelegt und um die Postmoderne ist es ruhig geworden. In

den Gesellschaftswissenschaften ist sie von Begriffen wie „Kultur“ und „Globalisierung“ von der Hitliste der Themen verdrängt worden, und in der gesellschaftlichen Realität sind eher Fragen des ökonomischen Ausbaus von Standorten, die sich in der internationalen Konkurrenz zu bewähren haben, auf der Tagesordnung. Da verwundert es schon, wenn zwei Bücher vorgelegt werden, die die momentan zu beobachtenden Stadtentwicklungsprozesse wieder explizit mit dem Gedankengebäude des Postmodernismus in Verbindung bringen.

Gerald Wood stellt in den Mittelpunkt seiner Arbeit die Untersuchung der „Wahrnehmung, Bewertung und Bewältigung“ des ökonomischen Strukturwandels und dessen Auswirkungen auf Stadtumbau und Stadtbild am Beispiel der Ruhrgebietsstadt Oberhausen durch die „hier ansässige Bevölkerung“ (99). Der Darstellung dieser eher handlungs- und wahrnehmungstheoretisch orientierten Untersuchungsergebnisse

geht ein Rekonstruktionsversuch des Zusammenhangs von Postmoderne (sowohl als Epochenbegriff wie als methodologischer Ansatz) und Stadtentwicklung sowie die Beschreibung und Analyse älterer und jüngerer Stadtentwicklungsgeschichte und -prozesse in Oberhausen voraus.

Eine ähnliche Aufgabe stellt sich auch Ludger Basten. Er nimmt dabei allerdings nicht die ganze Stadt in den Blick; sondern er schenkt seine wissenschaftliche Aufmerksamkeit der städtischen Peripherie als wesentlichem Entwicklungsfokus urbaner Prozesse. Auch ihn interessiert, wie die Bewohner mit ihren Alltagserfahrungen auf die neuen peripheren Stadtquartiere reagieren, wie sie von ihnen gesehen, erlebt und angenommen werden (Klappentext). Dieser Fragestellung geht er empirisch in zwei Fallstudien nach. Untersucht werden ein städtisches Neubaugebiet am Stadtrand von Potsdam und eine Wohnsiedlung in Surrey im Großraum Vancouvers.

Der empirischen Arbeit stellt der Autor eine Rekonstruktion postmodernen Gedankengutes voran und gelangt auf diese Weise zu einer postmodernen Urbanistik, die ästhetische und alltagsweltliche Perspektiven auf den Untersuchungsgegenstand eröffnen soll: „Hier wird bewusst in den Mittelpunkt gerückt, dass die Stadtgestaltung in der Postmoderne geprägt ist von einer Vielfalt der Bilder, und dass für die Stadtgestaltung auch ästhetische Bilder und Alltagsbilder der Stadtbewohner in ihren jeweiligen Kontexten bedeutsam sind.“ (68) Neben der Untersuchung der Wahrnehmungsmuster alltagsweltlicher Nutzer – also der Bewohner und von Professionellen, die im Untersuchungsgebiet arbeiten wie Schullei-

ter, Pastoren etc. – wird auch danach gefragt, welche Rolle die Produzenten – also Bauherren, Architekten usw. – im Entwurfs- und Bauprozess übernehmen und welche Interessen und Gestaltungsvorstellungen sich gegen bestimmte andere durchsetzen und welche nicht.

Wenig befriedigend ist allerdings die Art und Weise, wie das empirische Vorgehen begründet wird. Unklar bleibt dabei, warum Untersuchungs-Gegenstand und Untersuchungs-Perspektive erst in der Postmoderne diesen zwingenden Zusammenhang gewinnen, wie er vom Autor unterstellt wird. Warum sind ästhetische Betrachtungen und die Berücksichtigung von Alltagserfahrung in vor-postmodernen Zeiten kein geeigneter Zugang zu Phänomenen der Realität, so könnte man fragen. Obwohl der Autor es vermeiden will, fällt er auf das herein, was ich an anderer Stelle (Becker 1996) als ontologischen Trick bezeichnet habe: Die Wirklichkeit selber ist die entscheidende Referenzgröße, die zu einem sie entsprechenden Ansatz, einer angemessenen Perspektive, einer adäquaten Methodologie etc. führt.

Von Wood wird dieses methodologische Vorgehen noch einmal postmodern überholt, wenn er davon ausgeht, dass „eine durch Menschen interpretierte Welt ... nur von dem verstanden (werden kann), der sie in ähnlicher Weise interpretiert“, und „dass eine von den Gesellschaftsmitgliedern konstruierte Realität nur durch den Einsatz entsprechender Methoden angemessen erfasst werden kann“. Auch hier sollen sich Erkenntnisgegenstand und Erkenntnismethode unmittelbar entsprechen (102).

Basten fasst in seinem Fazit die Erkenntnisse der Arbeit folgendermaßen zusammen: „Ist die postmoderne Urbanisierung der Peripherie das ‘Ende der Stadt’? Ja und nein. Ist historische Stadtgestaltung (in ‘Zentrum’ und ‘Peripherie’) postmodernistisch? Ja und nein. Ist Kommerzialisierung der Ästhetik und der Stadtgestaltung politisch? Ja und nein. Ist das Streben nach Identität, Identifikation und ‘Community’ konservativ? Ja und nein. Ist Entpolitisierung ein Kennzeichen der Postmoderne? Ja und nein. Sind Kontextualisierungen (als Relativierung) und damit auch der postmoderne Urbanismus entpolitisiert? Ja und nein. Ist Postmodernismus reaktionär oder progressiv? Sowohl als auch oder weder noch.“ (342/343, Hervorhebungen im Original). Nach 340 Seiten dürfte dieses Fazit nicht gerade ein befriedigendes Ergebnis sein (zumindest für jemanden, der an einem „modernen“ Wissenschaftsverständnis festhält). Dieses „sowohl-als-auch“ und „weder noch“ scheint denn auch direktes Ergebnis postmoderner Methodologie zu sein. „Auf der theoretischen Ebene betont der postmoderne Urbanismus das Prinzip, alle Epistemologien und Methodologien zu hinterfragen, weil diese stets *bestimmte* Darstellungen von Realität hervorbringen. Das gilt zunächst für alle ‘Ergebnisse’ wissenschaftlicher Arbeit, also auch für die hier konstruierten Darstellungen und Kontextualisierungen selbst. Es gilt aber ebenso für die Mechanismen ihrer Produktion.“ (340, Hervorhebungen im Original)

Der wissenschaftsskeptische Blick, der hier beim postmodernen Methodologisieren zum Ausdruck kommt, hätte es verdient,

auch auf das eigene methodische Vorgehen angewandt zu werden. Im übrigen ist dieser Skeptizismus ja auch kein Privileg des Postmodernismus. Selbstverständlich bringen bestimmte Methodologien bestimmte Ergebnisse hervor – wie sollte es auch anders sein? Ist das nicht der übliche Selbstbezüglichkeitszirkel, der in jeder Form von Forschung steckt? Hängt es denn nicht von der theoretischen Perspektive ab, welche realen Phänomene in welcher Weise gesehen und analysiert werden können, und ist nicht umgekehrt die Art und Weise, in der spezifische Gegenstände beschrieben werden, eine Prüfung des Problemlösungspotentials von Theorie? Sind Wirklichkeitsbeschreibungen und Tatsachenfeststellungen nicht immer abhängig von der Beobachtungsweise und den Unterscheidungen, die in sozialwissenschaftlicher Forschung Verwendung finden? Wenn man diesem Sachverhalt Rechnung tragen will, sollte man dann nicht eigentlich versuchen, die theoretischen Vorannahmen und Voraussetzungen so offen und transparent wie möglich zu gestalten und Begriffe und Entscheidungen auszuweisen, die mit entsprechenden Folgen auch geändert werden können? Und genau das scheint mir im Hinblick auf die methodischen Entscheidungen bei beiden hier besprochenen Arbeiten problematisch zu sein.

Im Mittelpunkt der Arbeiten von Wood und Basten steht die Frage, wie postmoderner Stadtumbau von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Beide Autoren bedienen sich bei der Bearbeitung dieser Fragestellung qualitativer Interviews mit Bewohnern der Untersuchungsgebiete. Die als narrative Interviews angelegten Gespräche wurden

transkribiert und in einem „mehrstufigen Interpretationsverfahren“ (Basten, 76) ausgewertet. Dem Leser werden die Ergebnisse präsentiert, indem beide Autoren ihre jeweils an bestimmten inhaltlichen Themen orientierten Interpretationen mit den entsprechenden Zitaten aus den Transkriptionstexten bebildern. Eine Begründung der Auswahlentscheidungen, warum die jeweiligen Textstellen abgedruckt werden und andere nicht, wird nicht gegeben. Vielmehr wird unterstellt, dass die wiedergegebenen Texte für sich selber sprechen und vom Wissenschaftler nur noch interpretiert werden müssen. Dabei ist ein begründbarer Selektionsmechanismus eigentlich nur in der Ambition der beiden Autoren zu erkennen, ihre Interpretationen von Wahrnehmungsweisen und Wirklichkeitserfahrungen bei den Probanden mit Textstellen aus den Interviews zu belegen. Die Interviewtexte, zumindest diejenigen, die dem Leser zugänglich gemacht werden, bekommen dadurch eine geradezu merkwürdig anmutende Sterilität und schrecken auch vor dem Aufgreifen gängiger Klischees nicht zurück (etwa wenn Wood Eigenarten der Ruhrgebietsprache wie das bekannte „dat“ und „wat“ thematisiert). Es ist schwer vorstellbar, dass wirkliche Menschen in Gesprächen Meinungen und Auffassungen zu ihrem Lebensumfeld in der in den Interviewausschnitten dargebotenen Form vertreten, noch schwieriger ist es, sich vorzustellen, dass hier ihre tatsächlichen Ansichten zum Ausdruck kommen. Man könnte hingehen und einmal ausprobieren, welche Ergebnisse man erzielen würde, montierte man die einzelnen Belegstellen in einer anderen Reihenfolge oder in

einen anderen thematischen Zusammenhang. Es wäre nicht überraschend, käme man zu Ergebnissen, die den vorliegenden genau entgegengesetzt wären (ein solches Ergebnis würde dann allerdings Bastens „sowohl als auch“ und „weder noch“ entsprechen).

Seltsamerweise kommen beide Autoren nicht auf die Idee – trotz aller Beteuerungen, die unterschiedlichsten Methoden und Ansätze zu berücksichtigen, also einen relativistischen, pluralen Erkenntnisstil betreiben zu wollen –, das methodische Design ihrer Untersuchungen einmal selbst unter die Lupe zu nehmen. Mit keiner Silbe ziehen sie in Betracht, dass das, was sie als Ergebnisse ihrer Untersuchungen präsentieren und als mögliche Interpretationen von Ausschnitten der Wirklichkeit gelesen haben wollen, wirklich nichts anderes ist als ein Ergebnis ihres wissenschaftlichen Tuns. Dass sie nämlich nicht die Wirklichkeit untersuchen, sondern durch ihre Interviews lauter Artefakte schaffen; und diese Artefakte werden dann über ihre Interpretationen als Wirklichkeitsbeschreibungen ausgegeben.

Demgegenüber wäre es angebracht, ernsthaft die Frage zu diskutieren, ob die von den Autoren formulierten Erkenntnisziele durch den Einsatz narrativer Interviews überhaupt zu erreichen sind. Wenn es darum gehen soll, gesellschaftliche Auswirkungen von (Post-)Modernisierungsprozessen zu analysieren, sollte man dann nicht (auch) die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um eben diese Modernisierungsprozesse in den Blick nehmen, anstatt sie auf der Ebene befragter Individuen festzumachen? Haben wir es bei einer solchen

Methodenauswahl und den getroffenen methodischen Entscheidungen nicht eher mit Psychogeographie als mit Sozialgeographie zu tun? Aber selbst wenn man Psychogeographie betreiben wolle, ist der gewählte Ansatz verfehlt, weil die persönlichen Ansichten von Individuen zu etwas Gesellschaftlichem montiert werden und die Rekonstruktion individueller Meinungen nicht ernsthaft angestrebt wird. Müssten nicht bei einer wissenschaftlich ambitionierten Darstellung von Sichtweisen und Meinungen die Beeinflussungen, Überformungen, Verklärungen, Bewältigungen, Verluste usw. zur Sprache kommen, die erst die Anschauungen, Wahrnehmungen, Denkformen und Denkweisen der befragten Gesprächspartner zum Ausdruck bringen und historisch/gesellschaftlich erklären könnten?

Trotz aller Kritik an theoretischer Fundierung und empirischer Umsetzung

lassen sich die Arbeiten – insbesondere die von Basten – mit einigem Gewinn lesen. Ignoriert man einfach das postmoderne Methodologisieren und folgt nicht den Schlussfolgerungen, die aus den narrativen Interviews gezogen werden, erfährt man viel Wissenswertes über Stadtumbau in den letzten Jahren.

Literatur

Becker, Jörg 1996: Geographie in der Postmoderne? Zur Kritik postmodernen Denkens in Stadtforschung und Geographie. Potsdam (= Potsdamer Geographische Forschungen 12).

Habermas, Jürgen 1981: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. In: Jürgen Habermas: Kleine politische Schriften I - IV. Frankfurt a.M. S. 444-464.

Jencks, Charles 1978: Die Sprache der postmodernen Architektur. Stuttgart.

Jörg Becker

Interaktiv durch Europa. Das große Geografielernspiel für Schülerinnen von 10 bis 15 Jahren. CD-ROM. Linz 2005.

„Spielend lernen“ – die im Titel der CD-ROM „Interaktiv durch Europa“ anklingende Formel lässt Pädagogen stets aufhorchen, sieht man darin doch nicht nur ein probates Mittel zur abwechslungsreichen und kreativen Unterrichtsgestaltung, sondern auch zur effektiven

Initiierung von Lernprozessen. Die Hoffnung auf Letzteres wird durch das mitgeführte Prädikat „interaktiv“ zusätzlich genährt. Grund genug also zu fragen, welche didaktischen Ziele speziell des Erdkundeunterrichts sich mithilfe der Software verwirklichen lassen.

„Interaktiv durch Europa“ wurde für die Altersgruppe der 10-15jährigen konzipiert und stellt damit einen konkreten Bezug zum Lernfeld Europa, das z. T. spiralcurricular

in den Lehrplänen dieser Schülerinnen und Schüler an unterschiedlichen Schulformen angesiedelt ist, her.

Der spielerische Rahmen der Software wird durch eine Brettspielähnliche Konzeption abgesteckt, bei der es gilt, sich mit der Beantwortung von Wissensfragen zu Gesamteuropa oder zu einzelnen Ländern zu bewachten Burgtoren vorzuarbeiten, an denen der Einlass entweder durch die Entrichtung eines Wegezolls in Form bisher angehäufter „Wissenstaler“ oder durch die Beantwortung von „Expertenfragen“ erwirkt werden kann. Gelingt dies, so wird der Spieler – bis dahin einfacher „Schatzsucher“ – in die „Schatzmeisterordnung“ der Burg aufgenommen und hat die Wettbewerbschance aufgrund seines im Laufe des Spiels erworbenen Punktestands den Schatzmeisterposten zu bekommen. Gelingt dies nicht, so wird der Spieler disqualifiziert: Seine Punkte verfallen und die Runde ist für ihn ohne Ergebnis beendet.

Dieser Spielcharakter verleiht der Lernumgebung phantasieorientierte Motivationsimpulse, lässt allerdings den inhaltlichen Bezug zu den Gegenständen des Themas vermissen, denn die Schatzsuchertätigkeit assoziiert in erster Linie Abhängigkeit von Zufall und Glück und nicht von systematisch zu erwerbendem Wissen. Dieser Charakter wird dadurch verstärkt, dass der Einzug in die Burg letztlich nicht ausschließlich vom erarbeiteten Wissensstand abhängig gemacht wird, sondern – sofern sich der Spieler risikofreudig zeigt – von der Beantwortung der Expertenfragen. Damit kann die Verwirklichung des angestrebten Spielziels an einer einzigen falschen Antwort scheitern. Das übergeordnete Ziel,

einen „äußerst fähigen und intelligenten Schatzmeister“ im Dienste von „hocherlauteten Regenten“ für die „Verwaltung unseres Kontinents“ abzugeben, bleibt zudem sehr abstrakt sowie unverbindlich im Hinblick auf lebensweltliche Bezüge.

Inhaltlich gesehen wird die räumliche Ebene der europäischen Länder einheitlich durch sechs verschiedene Themen strukturiert: Orientierung, Basisdaten, Geographie, Politik und Bevölkerung, Wirtschaft sowie übergreifend ein Expertenquiz. Lediglich der Arbeitsbereich Gesamteuropa ist etwas anders aufgebaut; in der Hauptsache geht es hier um Topographie und um den Schwerpunkt EU. Die Aufzählung der Themen zeigt schon, dass es bei „Interaktiv durch Europa“ nicht ausschließlich um topographische Kenntnisse geht. Vielmehr – und das ist eine klare Stärke des Spiels – handelt es sich um eine kleine Datenbank mit den wichtigsten Strukturdaten zu Europa und seinen Ländern. Prinzipiell ist sie auch für Recherchen zu weiteren Geographiethemata einsetzbar, allerdings ist die Abrufbarkeit von Informationen nicht ohne ein Eintreten in den Spielablauf möglich, sodass ein diesbezügliches Arbeiten nur mit einer methodischen Akzentverschiebung gelingen kann und die Stringenz der Aufgabenstellung durch diese Zweigleisigkeit nicht mehr unbedingt gegeben wäre.

Wie ist es nun um die Gestaltung von Lernprozessen bestellt? Am Beispiel des Arbeitsbereiches „Orientierung“ auf der Länderebene wird dazu der Spielablauf verfolgt: Der Spieler bekommt zunächst bei automatischen Einblendungen der Ländernamen einer europäischen Teilregion einen

Beobachtungsauftrag. In den nächsten Schritten müssen der entsprechende Ländername, in dessen Arbeitsbereich man sich befindet, in die Karte eingetragen und die Nachbarstaaten benannt werden. In ähnlicher Weise werden im Spielverlauf Städte, Flüsse und Gebirge thematisiert, wobei es zu Wiederholungen dieser Schwerpunkte im Laufe einer Spielrunde kommt. Dazwischengeschaltet sind (ohne Bezug zum aktuellen Thema) kleine Memoryspiele oder einfache Kopfrechenaufgaben, mit deren Hilfe man den Punktestand aufbessern kann. Bevor es dann auf die Schlüsselfelder zum Eintritt in die Burg geht, lässt sich der Punktestand ein weiteres Mal durch gesamteuropäisch ausgerichtete Fragen auf sog. Hoffnungsfeldern verbessern.

Der Spielablauf verfolgt damit ein einfaches und gängiges lernmethodisches Prinzip: Das zu erarbeitende Wissen kann zunächst selbständig recherchiert werden, dann erfolgt die Überprüfung des Lernerfolgs. Abgesehen davon, dass damit nur bestimmte Lernertypen angesprochen werden, setzt auch das Tempo der Abfolge dieser beiden Schritte eine enorme Merkfähigkeit voraus – oder aber gewisse Vorkenntnisse. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, so steht zu befürchten, dass Misserfolgslebnisse dominieren und dazu füh-

ren, dass Motivation abgebaut wird. Durch die Geschlossenheit der Spielschrittfolge (es gibt generell und vor allem in der Lernphase keine Wiederholungsfunktionen!) und die relativ lange Dauer einer Spielrunde ist der inhaltliche Vermittlungs- und Übungscharakter des Spiels nur bedingt gegeben.

Als Fazit lässt sich festhalten:

„Interaktiv durch Europa“ bietet in ansprechend gestalteter Weise eine Menge geographisches Fachwissen an und ist durch seine raum- und themenbezogene Differenzierung dieses Wissens kompatibel zu Unterrichtseinheiten zum Thema Europa für die angesprochene Altersgruppe.

Der Schwerpunkt eines gezielten Einsatzes im Rahmen solcher Unterrichtseinheiten dürfte allerdings eher im Bereich der Wissenskontrolle liegen. Lernprogramm-ähnliche Elemente, mit deren Hilfe neues Wissen erzeugt und geübt werden kann, oder informationssystemähnliche Elemente, mit deren Hilfe lernzielindividualisiertes selbstständiges Arbeiten möglich ist, sind zwar vorhanden, können aber wegen des strukturgebenden Wettbewerb- und Spielcharakters nicht genügend zielgerichtet für den Unterricht genutzt werden.

Hans-Jürgen Hofmann

Michael Flitner und Julia Lossau (Hg.): Themenorte. Münster 2005 (Geographie 17). 200 S.

Form follows function – diese wohl eleganteste Lüge moderner Gestaltungstheorie liegt zahlreichen Produkten in Design und Architektur zugrunde. Die postmoderne Kritik hat zurecht darauf hingewiesen, dass dieser Satz weder als Zustandsbeschreibung noch als Programm sinnvoll ist, da alle Objekte sozialer Wahrnehmung erst durch Bedeutungszuschreibung real werden und die daraus sich ergebenden Funktionen prinzipiell offen und vielfältig sind, d. h. eine Form ergibt sich nicht aus *der* Funktion eines Gegenstandes, weil er über sehr viele Funktionen verfügen kann. Was bereits bei simplen Gerätschaften aus dem Werkzeugkasten eines gut sortierten Heimwerkers augenfällig ist – so ergibt sich die Ausführung eines Schraubenziehers nicht nur aus seinem technischen Zweck, sondern auch aus dem Preis, den ein Kunde dafür zu bezahlen bereit oder fähig ist (zwei Funktionen: Gebrauchsnutzen, Marktfähigkeit) –, weitet sich bei komplexeren Produkten sozialen Handelns wie etwa einem Haus oder einer Stadt ins prinzipiell Unendliche aus: Zu den dinglichen Gebrauchs-Funktionen treten die ökonomischen und in zunehmendem Ausmaß die symbolischen Bedeutungen. So zeigt ein alt-mitteuropäisches Rathaus nicht nur an, wo man Akteure städtischen Verwaltungshandelns antreffen kann, es repräsentiert auch die zentrale Rolle der bürgerlichen Selbstverwaltung innerhalb des Staates, weist auf den Reichtum der Stadt zur Zeit seiner Erbauung hin und demonstriert

z. B. Geschmack, Baukunst, Geschichte, Selbstwahrnehmung und – oft in scherzhaften Bezeichnungen – politische Einstellungen der Einwohnerschaft.

Die Konsequenz postmoderner Gestaltungstheorie war, diese Erkenntnis realer Prozesse zum eigenen Programm zu deklarieren, d. h. in eigene Produkte mehrfache Deutungsmöglichkeiten, mithin diskursive Funktionen, bereits im Vorwege einzuplanen. Inwieweit das Vorhaben, von alleine ablaufende Prozesse der kulturellen Mehrfachkodierung gestalterisch zu präjudizieren und dies als Befreiung von der Zwangsjacke moderner Gestaltung zu feiern, seinem – auch ästhetischen – Stellenwert zugute kommt, mag an dieser Stelle dahingestellt sein. Interessanter ist hier der Umstand, dass nach dem Durchsetzen der Erkenntnis, dass Gestaltungsformen multiple Funktionen haben können, die Qualität der damit verbundenen Formen heute überwiegend oder ausschließlich an den symbolisch-diskursiven Funktionen festgemacht wird, kaum oder nicht hingegen am Gebrauchs- oder ökonomischen Nutzen.

Der vorliegende Band kann konzeptionell als (geographisches) Musterbeispiel eines solchen Zugangs und der daraus abgeleiteten Kritik an (bestimmten Ausschnitten der) Realität betrachtet werden. Als „Themenorte“ (aus dem englischsprachigen „themed places“) werden solche baulichen Produkte verstanden, deren Gestaltung eine einheitliche symbolisch-diskursive Bedeutung, die sich nicht – im oben zitierten modernen Sinn – aus seiner Funktion ergibt, vorzugeben versucht. Die Herausgeber untergliedern Themenorte in den kommerziellen Typ (etwa Freizeitparks), den politi-

schen (etwa Gedenkstätten) und den funktionalen Typ (Krankenhaus, Bahnhof, Raststätte usw., sofern sie einen „fiktionalen Mehrwert“ aufweisen) (S. 15).

Diese Untergliederung wird zwar nicht weiter begründet, verdeutlicht aber gerade dadurch den Kern der Konzeption von „Themenorten“. Es kann nämlich kaum davon ausgegangen werden, dass kommerzielle oder politische Themenorte keine „Funktion“ hätten, mithin nicht funktional wären. Die sprachliche Differenzierung verrät daher die prinzipielle Perspektive: Die „funktionalen Themenorte“ verweisen durch ihre Gestaltung zwar auf etwas, das sie gar nicht sind, sind aber immer noch in erster Linie durch ihre „eigentliche“ Funktion – Bahnhof, Raststätte usw. zu sein – charakterisiert. Die politischen Themenorte sind hingegen ausschließlich symbolhafter Art, während in der kommerziellen Variante die formale Aufladung offensichtlich derart überwältigend ist, dass die kommerzielle Funktion dahinter unsichtbar wird.

Diese Gegenüberstellung von Form und Funktion impliziert konsequenterweise die Frage nach der Adäquatheit der Form, wobei die „reine“ Funktion die unausgesprochene Messlatte bildet. Das entsprechende Qualitätsmerkmal heißt „Authentizität“: „Insofern Themenorte meist erkennbar versuchen, Bedeutung zu erzeugen, markieren sie zudem von vornherein einen Bruch mit dem ‘Echten’, dem ‘Authentischen’.“ (S. 13) Zwar distanzieren sich die Herausgeber von einem „Gutteil der kulturpessimistischen Diagnosen ..., die in jedem gelifteten Shopping-Center eine Manipulationsmaschine sieht und in Disneyland eine perfide Geschmacklosigkeit mit quasi-

totalitären Zügen“. (S. 13) Sie gestehen dem Durchschnittsbürger auch generös zu, nicht so naiv sein zu glauben, „seine Zeit in einer brandenburgischen Montagehalle tatsächlich im asiatischen Tropenwald zu verbringen oder während einer Frankfurter Themenparty in der Karibik zu weilen“. (S. 12)

Was bleibt dann aber noch an theoretischer Perspektive? Die Messlatte der Authentizität lässt gerade keine andere Möglichkeit zu, als gestalterische Formen auf eine vom Betrachter festgelegte Funktion zu beziehen und über die Dichotomien echt-unecht, natürlich-künstlich oder eigenständig-abgekupfert zu qualifizieren.

Ein solcher kultur- oder ideologiekritischer Ansatz kommt besonders in denjenigen Beiträgen des Bandes zum Tragen, die sehr eng am Konzept der Themenorte entlang argumentieren. So kritisiert etwa C. Wucherpfennig an den aktuellen Umgestaltungsprozessen deutscher Bahnhöfe, dass die „‘Grundbedeutung’ des Bahnhofs als Verkehrs- und Betriebsanlage, in der der Zugverkehr gebündelt und Mobilität koordiniert wird, ... diskursiv ... mit ‘Konsum und Komfort’, ‘Erlebnis’ und ‘Sicherheit’ (verknüpft wird).“ (S. 41) Kultur in Form der Gestaltung von Bahnhöfen dient nicht mehr (nur), so die Kritik, der „eigentlichen Funktion“ des Bahnhofs, seiner „Grundbedeutung“, evtl. ergänzt um die Funktion des Aufenthaltsorts von Obdachlosen und Junkies, deren Verschwinden von der Autorin beklagt wird, sondern erhält politische und ökonomische Funktionen: „Mit Identifikationsankern bestückt, dient ‘(Bahnhofs) Kultur’ dazu, gesellschaftliche Missstände erträglich zu machen, sozialpolitische Pro-

bleme auf staatlicher und kommunaler Ebene in *sicherheits-* und *ordnungspolitische* zu transformieren und ökonomische Verwertungsinteressen zu verschleiern.“ (S. 41)

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten von Kultur- und Ideologiekritik, unsichtbar gewordene Tatsachen erkennbar machen und Formen des Verdeckens von Realität entlarven zu wollen. Gerade im vorliegenden Beispiel ist jedoch unklar, was es da zu entschleiern gibt. Es kann ja nicht darum gehen, der Bahn AG vorzuwerfen, dass sie in ihrem Werbematerial nicht die „Wahrheit“ sagt. Denn dass ein gewinnorientiertes Unternehmen wie die Bahn AG alles unternimmt, um seine Immobilien rentabel zu machen und gerade zu diesem Zweck es ablehnt, Bahnhöfe als Verwahrrorte „gesellschaftlicher Missstände“ vorzuhalten, kann nur überraschen, wenn man zu wissen glaubt, was die „eigentliche Grundbedeutung“ von Bahnhöfen ist. Sieht man als Grundfunktion eines Bahnhofs hingegen das Erwirtschaften von Gewinnen an, kann man höchstens erstaunt sein, dass es immer noch Lücken innerhalb der Verwertungsorientierung gibt.

Der Entlarvungsakt hängt also vom vorgeblichen Wissen um die eigentliche Funktion etwa eines Gebäudes ab; nur dann kann den neuen Gestaltungsformen vorgeworfen werden, diese Funktion zu „verraten“ und geheime neue Funktionen zu verschleiern, die es dann wissenschaftlich aufzudecken gilt. Aus der Sicht einer anderen Funktion ist hingegen eine bestimmte Gestaltung völlig funktional und bedarf keiner Erklärung. Es bietet sich also an, bei der Betrachtung von Formen von Anfang an

die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass es mehrere und vor allem mehr als die auf Vorwegfestlegungen des Beobachters basierenden Funktionen gibt.

Mit einem ganz ähnlichen Problem hat der Beitrag von Julia Lossau über ein großmaßstäbliches Stück Kunst am Bau, das im Rahmen von Stadterneuerungsmaßnahmen in einem heruntergekommenen Stadtteil von Glasgow errichtet wurde, zu kämpfen. Die Autorin reflektiert über die Aussage(n) des Kunstwerks und referiert das Erstaunen der Künstler, dass das Kunstwerk nicht nur oder vielleicht gar nicht die Verbindung der Bewohner mit ihrem Stadtteil symbolisiert (intendierte „eigentliche“ Funktion), sondern vielmehr die Attraktivität des Wohnquartiers gesteigert und zur Verdopplung der dortigen Immobilienpreise geführt hat. Auch hier scheinen die in den Debatten um den künstlerischen Wert des Kunstwerks kursierenden Aussagen über seine symbolische Funktion(en) den tatsächlichen sozialen und ökonomischen Funktionen Hohn zu sprechen.

An jeweils ganz unterschiedlichen Beispielen thematisieren auch andere Beiträge des Bandes die Herstellung von Symbolhaftigkeit, ohne aber direkt auf dem Konzept der Themenorte aufzubauen. Dies trifft v. a. für die Beiträge von Th. Jekel und F. Huber über die Gestaltungsvorschriften für die Salzburger Innenstadt, von A. Prosek über die Versuche der Regionalförderung via gebaute Kunst im Ruhrgebiet, von S. Richter über Bauschildmalerei und Objektmarketing in der Berliner Mitte sowie von M. Flitner über Grzimeks filmische Serengeti-Darstellung zu. Weniger mit bewusster Symbolproduktion denn mit Symbolwer-

dung und den daraus erwachsenen Konsequenzen beschäftigen sich die Beiträge von S. Hafner (über den Ruf eines Münchner Stadtteils, der zum Stigma für seine Bewohner wurde) und M. Hoyle/H. Jöns (über die Zerstörung symbolhafter Rauminhalte).

Zwei weitere Beiträge thematisieren die Einbeziehung von „Landschaft“ in ökonomische Aktivitäten. H. Egner zeigt auf, wie das Canyon Country im Südwesten der USA je nach touristischer Nutzung ganz unterschiedliche Beschreibungen naturräumlicher Qualitäten erhält (ein Vorgang, der für die Alpen schon sehr gut erforscht

ist). E. Gelinsky schließlich zeigt die Rolle, die „Landschaft“ in der Vermarktung vor allem von „alternativ“ gefertigtem und als „Slow Food“ vermarktetem Käse erhält.

Insgesamt bietet der Band Gedanken und Informationen zu einigen interessanten Gegenständen, aber auch zu manch marginalem Thema. Das titelgebende Grundkonzept kann hingegen weder theoretisch noch in seiner empirischen Umsetzung (zumindest in den wenigen Beispielen, in denen es überhaupt zu bemerken ist) überzeugen.

Wolfgang Aschauer

Antje Schlottmann: RaumSprache. Ost-West-Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie. Stuttgart 2005. 343 S.

Der Titel des Buches von Antje Schlottmann verheißt zunächst die Verbindung von zwei unterschiedlichen geografischen Themenfeldern – regionalspezifische Differenzen in der medialen Berichterstattung zur deutschen Einheit und ihre Bearbeitung in einer sozialgeografischen Theorie. Schnell könnte man auf die Idee kommen, das Werk in den Kanon poststrukturalistischer oder diskursanalytischer Arbeiten einzuordnen, die nach den vielen *turns* der letzten Zeit, genannt seien hier als Beispiele *cultural*, *linguistic*, *iconic* oder *spatial turn*, die Humangeografie zu dominieren scheinen. Und tatsächlich ermög-

licht erst die augenblickliche „wissenschaftliche ‘Wendementalität’“ (S. 22) eine solche Problemstellung im Schnittpunkt von Sozialgeografie, Linguistik und Soziologie. Den spezifischen Beitrag, den die Sozialgeografie in diesem Kontext zu leisten imstande ist, erkennt die Autorin in dem kritischen Hinterfragen einiger traditionaler Zuschreibungen von Kultur und Raum, die dem geographischen Weltbild zugrunde liegen. Das Buch bearbeitet die medial verbreitete Semantik von Ostdeutschland und ihre denkbaren Implikationen.

Schlottmann gelingt es, durch einen einfachen rhetorischen Kunstgriff zunächst die eigene Sichtweise des Lesers auf Ost- respektive Westdeutschland zu aktivieren. Sie stellt ihrer Abhandlung einen Prolog aus Versatzstücken ausgewählter Zeitschrif-

ten- und Zeitungsbeiträge über Ost- und Westdeutschland zehn Jahre nach der Einheit voran, der gleichzeitig die textuelle Grundlage ihrer Empirie bildet. Das Buch ruft so direkt zu Beginn die eigenen Assoziationen des Lesers implizit auf, um diese dann auf den folgenden ca. 300 Seiten Schritt für Schritt zu dekonstruieren. Die eingangs der Abhandlung zitierten räumlichen Selbstverständlichkeiten in der Sprache des publizistischen Diskurses erfahren anschließend eine Befragung bezüglich ihrer Notwendigkeit oder Verzichtbarkeit, um auf dieser Basis die gesellschaftliche Wirksamkeit der Raumsemantiken zu eruieren. Die Autorin greift somit eines der klassischen geografischen Themen auf – die Regionalisierung – und schränkt diese „auf Sprechergemeinschaften ohne konkreten Ortsbezug“ (S. 210) ein. Die Problemstellung verbindet mithin in innovativer Weise die alte Warnung Alfred North Whiteheads vor der vorschnellen sowie ungerechtfertigten Konkretisierung abstrakter und mitunter rein sprachlicher Tatbestände mit der Regionalisierungsproblematik, indem das Buch fragt, auf welche Art und Weise die Sprache nach wie vor für die „Mauer in den Köpfen“ (S. 90) verantwortlich ist.

Die Fragestellung ist somit traditionell geografisch, darüber hinaus aber von gesellschaftspolitischem Interesse, denn wer möchte 16 Jahre nach der Einheit nicht wissen, was die Rede von Ost und West tatsächlich impliziert? Aus der Komplexität dieser gewählten Aufgabe zieht Schlottmann die Konsequenz eines triadischen Aufbaus ihrer Untersuchung. Sie entwickelt zunächst eine sozialgeografische Perspektive „zur wissenschaftlichen Be-

trachtung sprachlichen Geographiemachens“ (S. 27) auf der Grundlage des handlungszentrierten Ansatzes von Benno Werlen. Diesen erweitert sie sprachanalytisch mit Hilfe der Sprachphilosophie von John Searle, um zu einer „Analyse einzelner Elemente sprachlichen Geographiemachens“ (ebd.) zu gelangen. Das entstehende theoretische Konstrukt wird wiederum sozialtheoretisch mit Hilfe der Strukturierungstheorie von Anthony Giddens an die gesellschaftliche Dimension der Sprache rückgebunden. Der letzte Schritt erst garantiert die Evaluationsmöglichkeit der gesellschaftlichen Bedeutung der räumlichen Semantiken in Bezug auf Ost- und Westdeutschland.

Schlottmann entscheidet sich also für eine theoretische Triangulation dreier distinkter Theorien, um auf dieser Basis die von ihr angestrebte Ausweitung der Werlen'schen 'Sozialgeografie alltäglicher Regionalisierungen' hin zu einer „Theorie signifikativer Regionalisierung“ (S. 241) zu erreichen. Dieses Vorhaben ist insofern bemerkenswert, da die Autorin Theorie ernst nimmt und die handlungszentrierte Sozialgeografie dahingehend erweitern will, dass diese die basale Forderung an eine jede Sozialtheorie erfüllt, namentlich ihre selbstreferenzielle Anwendungsmöglichkeit. Der Rekurs auf Searle und Giddens hingegen verwundert, existieren doch bereits Theorien, die sowohl Sprache als auch Gesellschaft beschreiben und folglich den zweiten Triangulationsschritt obsoleszieren würden. Bourdieus Sozialtheorie bietet sich als eine denkbare Kandidatin an, welche die soziale Bedeutung der Sprache als 'sprachlichen Markt' konzipiert und ihre

gesellschaftliche Rückbindung gleich mitliefert. Schlottmann registriert Bourdieus Theorieentwurf, dies geschieht jedoch nur mit dem Hinweis, dass auch physische Eigenschaften gedankliche Abstraktionen sein können (S. 132). Sie diskutiert dieses Argument dann aber nicht weiter. Die Sozialtheorie Bourdieus mit ihren sozialtheoretisch verorteten Begriffen des Diskurses, des *kairos*, des sprachlichen Marktes und des sprachlichen Kapitals nähme der Autorin weitgehend die schwierige Aufgabe der Amalgamierung Searl'scher Sprachphilosophie und Giddens'scher Strukturierung ab, was in der Abhandlung dann auch nicht bis ins Letzte zu überzeugen weiß. Die Autorin nutzt mit ihrer theoretischen Wahl zwar die Affinität der Ansätze von Werlen und Giddens, importiert aber gleichzeitig das Problem des Verhältnisses von Sprache und Gesellschaft in ihr Theoriegebäude. Schlottmann postuliert in diesem Kontext, „daß die Bezüge zur gesellschaftlichen Einbindung signifikativer Regionalisierungsweisen dort als Verweise (...) auffindbar sind, wo auch die sprachlichen Verortungsprinzipien erkennbar sind“ (S. 228). Dies ist nicht überraschend und erinnert an Luhmanns Überlegungen, der immer dort einen gesellschaftlichen Wandel diagnostiziert, wo sich die betreffende Semantik des zugeordneten Begriffes ändert. Semantik und soziale Realität stehen folglich in einer Linie.

Intentionalistische Handlungstheorien und somit auch die 'Theorie signifikativer Regionalisierung' sehen sich seit langem dem Vorwurf ausgesetzt, Handlungen auf die Motive und Intentionen der einzelnen Handelnden zurück zu führen, dabei aber

die soziale Genese dieser Intentionen außer Acht zu lassen. Handlungsmotive und Programme orientieren sich mit Referenz zu den Handlungen und Sprechakten der anderen und entstehen nicht autistisch im handelnden Subjekt. Schlottmann antizipiert diesen erwartbaren Einwand, indem sie mit Searle Institutionen „als etablierte, formierte Handlungsweise“ (S. 71) begreift und die Zwänge und Beschränkungen, die aus den Handlungen der anderen resultieren, in ihren Theorieentwurf mit einbezieht. Sie ist so in der Lage, Sprache als Institution zu behandeln und den mit der ursprünglichen Wahl der Ausgangstheorie angelegten subjektzentrierten Blick auf raumbezogene Semantiken sinnvoll zu erweitern. Diese theoretische Setzung beantwortet aber noch nicht die Frage nach der Performativität der Sprache „in Bezug auf die Herstellung von selbstverständlicher Wirklichkeit“ (S. 127), die Schlottmann berechtigterweise aufwirft. Erst das Konzept der Performativität überbrückt den Graben zwischen der Sphäre des Symbolischen und der Sphäre des Tatsächlichen. Performativität bezeichnet die Tatsache, dass Zeichen und Zeichengebrauch die Welt nicht allein beschreiben – ihre referentielle Dimension –, sondern auch tatsächlich verändern. Die Autorin konzipiert diesen Sachverhalt konsequent als indexikalische Regionalisierung und verdeutlicht ihn exemplarisch anhand der Subsumtion *Afrika*. Den auch in geografischen Diskursen häufig anzutreffenden Allgemeinplatz „Die Globalisierung ist an Afrika vorbeigegangen“ (S. 153) nimmt die Jenaer Geografin zum Anlass, die hierin verborgene Paradoxie zu dekonstruieren, da der Begriff Globalisierung in seiner Be-

deutung die Auflösung eben jener räumlich-kulturellen Kategorie *Afrika* mitführt. Schlottmann erkennt so in jeder Container-Metapher eine Metonymie, d.h. eine Personalisierung ausgewählter Aspekte eines Begriffs. Die wichtige Erkenntnis hieraus ist, dass sowohl *Afrika* wie *Ostdeutschland* ungerechtfertigte sprachliche Verkürzungen sind, deren Funktionsweise nun offen vor dem Leser liegt.

Mit Bourdieu lässt sich leicht zeigen, dass der performative Charakter der Sprache mit dem performativen Charakter sozialer Gegebenheiten verschränkt ist. Diese Macht, die der Sprache innewohnt, liegt im Glauben der sozialen Akteure begründet, aufgrund dessen sie die Legitimität der autorisierten Sprache, ob metonymisiert oder nicht, und die Kompetenz der Sprechenden anerkennen. Die performative Kraft der Sprache und folglich auch der indexikalischen Regionalisierungen liegt genau genommen in der Macht der Sprechenden. Leider enden Schlottmanns Untersuchungen zu den Wirkungsarten sprachlicher Regionalisierungsweisen mit der Offenlegung ihrer Funktionsprinzipien. Hier wünscht man sich weiterführende Überlegungen, die diese ausgeführten wichtigen Erkenntnisse auch in Bezug auf die Macht, die diese Regionalisierungen erst wirksam werden lassen, vertieft untersuchen. Eine solch komplexe Analyse dürfte allerdings kaum im Rahmen einer einzigen Dissertation zu bewältigen sein, wie sie das Buch von Schlottmann darstellt, und ließe sich als Aufgabe für zukünftige weitere Arbeiten vorstellen.

Der Titel des Buches verweist bereits mit dem Wort „Berichterstattung“ auf eine

basale Funktion im Kontext einer sprachphilosophisch gesicherten Regionalisierungstheorie – die gesellschaftsinterne Kommunikation über den Raum. Schlottmann weist den Medien diese Schlüsselposition zu und beobachtet sie mit der speziellen Fokussierung auf die Konstruktion Ostdeutschlands im massenmedialen Diskurs. Diese theoretische Setzung ist zentral, will die Weiterentwicklung der ‘Sozialgeografie alltäglicher Regionalisierungen’ hin zu einer selbstreferenziell anwendbaren Theorie der signifikativen Regionalisierung gelingen. Umso mehr verwundert es an dieser Stelle, dass Schlottmann keinen expliziten Medienbegriff entwickelt. Sie lässt an diesem zentralen Punkt die sonst gezeigte Klarheit vermissen, die ihre Definitionen der weiteren Schlüsselbegriffe wie Region, Institution, Sprache oder Identität auszeichnen. Dabei verlangt gerade der Medienbegriff eine Klärung bezüglich seines Inhalts. Medien stellen von sich aus lediglich eine unbegrenzte Reihe von Unterschieden oder Abstufungen einer bestimmten Art bereit, wie sie unterschiedliche Helligkeiten im Medium des Lichts oder unterschiedliche Worte im Medium der Sprache bilden. Alle Dinge in der Welt, so könnte man formulieren, zu denen der Mensch ein intentionales Verhältnis besitzt, sind vollkommen medial. Medien sind theoretisch gefasst Unterschiede, die einen Unterschied machen, d.h. das Medium stellt Unterschiede bereit und in dieser Bereitstellung liegt die unersetzliche Leistung des Mediums. Aus diesem Kaleidoskop möglicher Formen die für eine Theorieentwicklung passende auszuwählen und anzuwenden wäre wünschenswert gewesen. Dieses Versäum-

nis wiegt umso schwerer, da Schlottmann zu einem sehr überraschenden und verblüffenden Ergebnis gelangt, indem sie postuliert, dass „grundsätzlich von keiner strukturellen Wirkungsweise ‘der Medien’ ausgegangen werden kann“ (S. 145). Dieses Postulat stellt eine Irritation der allgemeinen Erwartungshaltung gegenüber den Massenmedien dar, das weit über die engen Grenzen der Sozialgeografie hinaus Resonanz verdient. Eine gesicherte theoretische Basis wäre von daher anzustreben gewesen.

Die von der Autorin erarbeitete „Beziehung zwischen Raum, Sprache und Gesellschaft“ (S. 21) zeigt die Alltäglichkeit von Verortungen in praxi in aller Deutlichkeit auf. Wenn einem Ding ein Ort zugewiesen werden kann, dann ist es erst in der Welt. „Die Verortungsprinzipien sind verführerisch, weil sie Eindeutigkeit und organisatorische Praktikabilität gewährleisten und noch dazu ‘plausibel’ und selbstverständlich und beobachterunabhängig gültig erscheinen“ (S. 300), warnt die Autorin. Am Ende ihrer Abhandlung diskutiert Schlottmann die praktischen Implikationen, die sich aus ihren theoretischen Überlegungen ergeben. Sie wählt hierfür die Felder der Integrationspolitik, Migration und Mobilität, Heimatschutz und Wohnortwahl, Personalpraxis, Finanz- und Warenströme sowie Wissenschaft und Forschung aus. Dieser Schritt von der reinen theoretischen Reflexion hin zu den Konsequenzen im prakti-

schen Handeln ist zum einen mutig und zum anderen wichtig, um nicht zuletzt die gesellschaftliche Relevanz sozialgeografischer Theoriearbeit darzulegen. Die institutionalisierte Wirklichkeit lässt sich auf diese Weise als ein wichtiger Grund für die Existenz der scheinbar omnipräsenten sprachlich-konventionellen Verortungsprinzipien sichtbar machen. Schlottmann kommt so am Ende ihrer Untersuchung zu dem ambivalenten Ergebnis, dass „die impliziten Verortungsmodi nicht nur eine einschränkende, vielleicht auch diskriminierende Seite, sondern auch eine ermöglichende, verständigungssichernde und koordinierende Seite haben“ (S. 323). Die besondere Rolle der Sprache im Prozess der Aneignung von Raum ist mit der Arbeit von Antje Schlottmann für die ‘Sozialgeografie alltäglicher Regionalisierungen’ erkannt. Es wäre mehr als verwunderlich, sollte die Dissertation nicht weitere Arbeiten initiieren, die detaillierte Aspekte sprachlichen ‘Geografie-Machens’ im handlungstheoretischen Kontext untersuchen, die Schlottmann in ihrer Grundlegung einer sprachphilosophisch gesicherten ‘Theorie signifikanter Regionalisierungen’ nur am Rande oder gar nicht bearbeiten konnte. Festzuhalten bleibt, dass die Sozialgeografie nunmehr eine weitere Option in ihrem theoretischen Arsenal zur Untersuchung von Regionalisierungen besitzt.

Peter Dirksmeier

Michael Hardt, Antonio Negri: *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*. Frankfurt, New York 2004. 432 S.

Als Untermauerung ihrer weltgesellschaftlichen, weltweit erfolgreichen und beeindruckenden Analyse „*Empire*“ wenden sich die Autoren dem neuen, von ihnen ganz spezifisch als *Multitude* definierten Subjekt der künftigen gesellschaftlich-politischen Entwicklung zu. Die nähere Untersuchung dieses Projekts halten sie deshalb für erforderlich, weil sich heute zum ersten Mal die Chance einer Demokratie im Weltmaßstab eröffne. Das Haupthindernis für deren Verwirklichung erblicken sie in dem derzeit herrschenden globalen Kriegszustand, wie er sich insbesondere nach dem 11. September 2001 herausgebildet hat. Der globalen Form von Souveränität, der Weltordnung des imperialen, aber nicht mehr imperialistischen *Empire*, der Netzwerkmacht, die kein eindeutig lokalisierbares Zentrum hat, wird ein offenes und breites Netzwerk der demokratischen Gegenmacht in den Weg gestellt, das dieses *Empire* irgendwann zum Einsturz bringen wird.

Wenn *Empire* mit anhaltendem Krieg, Asymmetrie und Dominanz, Verhinderung realer Demokratie, Apartheid und globaler Unterdrückung von Freiheit und Gleichheit einhergeht, so ist die *Multitude* dazu berufen, genau diese unerträglichen Strukturen zu bekämpfen und durch eine konstruktive und gemeinsame Alternative zu ersetzen. Wer aber ist die *Multitude*? Der Blick auf diese Frage erweist sich als sinnlos. Sie dürfte bestenfalls lauten: Wer kann, wer könnte die *Multitude* sein? Auch

dieser Fokus ist wohl noch viel zu präzise, denn das Buch lebt davon, ungenau zu bleiben, genau in diesem Punkt keine Definitionen anzubieten. Das ist die methodische Kontinuität zu „*Empire*“, zugleich aber auch eine Fixierung auf Vagheit für das Anliegen der Autoren. Wer diese Grundvoraussetzung akzeptiert, kann aus dem Werk einige Erkenntnisse gewinnen. Wem das zu wenig ist, der bleibt auch nach 430 Seiten so schlau wie zuvor – denn es wird etwas thematisiert, das es nicht gibt und vielleicht nie geben wird, die *Multitude* eben.

Dennoch wird eine äußerst differenzierte und anschauliche Annäherung daran geboten, wer oder was die neue demokratische, freie und gleiche Gesellschaft mit Leben erfüllen bzw. produzieren wird. Zunächst sind es alle Individuen und Gruppen, die durch Netzwerkkämpfe Aufstände organisieren und Widerstand leisten, alle, die am Gemeinsam-Werden der Arbeit teilhaben, die gegen globale Disparitäten stehen und die Demokratie verwirklichen wollen, als Herrschaft aller durch alle. Die *Multitude* ist das neue allgemeine Subjekt der Arbeit, sie steht gegen die imperial gewordene Macht des Kapitals und basiert auf einer Kritik der politischen Ökonomie der Globalisierung.

Damit wird der Begriff natürlich sehr weit und reichlich undeutlich. Geschuldet ist dieser analytische Schritt der Tatsache, dass die Industriearbeit ihre hegemoniale Stellung an die immaterielle Arbeit – Wissen, Information, Kommunikation, Emotionen usw. – verloren hat. Folge davon ist der Verlust herkömmlicher Unterscheidungen zwischen dem Ökonomischen, dem Politischen, dem Gesellschaftlichen und dem

Kulturellen schlechthin. Deshalb ist die Multitude z. B. vollkommen verschieden von der Arbeiterklasse, die grundsätzlich durch Begrenzungen definiert war; die Multitude ist noch nichts Empirisches, sondern eine Möglichkeit, eine Zusammenfassung aller, die unter der Dominanz des Kapitals arbeiten und leben. Diese Herrschaft ist im Begriff, total zu werden, sämtliche Bereiche der Gesellschaft zu durchdringen, vom Firmenportal bis zur Grundschule, von der Wasserversorgung bis zum Imbiss, vom Organhandel bis zur Vermarktung der Körperflächen, vom Mammutfilm bis zur kleinsten Tageszeitung. Aus dieser Perspektive wird nachvollziehbar, warum das neue Subjekt der Veränderung, die Multitude, so breit und gedehnt ist bis zur Verschwommenheit: Das Kapital ist jetzt soweit, dass es tatsächlich – wie vor 150 Jahren von Marx angekündigt – alles und alle durchdringt, aufsaugt und zu einem Teil seines mächtigen Stroms, seiner Ubiquität macht; es wird zur Hydra, gegen die nicht einmal ein ganzer Kontinent, geschweige denn eine Nation oder eine einzelne Klasse nur den Hauch einer Chance hat. Das Buch ist ein hier und da schon verzweifelter, in Sklavensprache und extrem publikumswirksam verfasster Appell quasi an die ganze Menschheit, dem globalisierten Kapitalismus, seiner Macht, seinen Kriegen und seiner profitbedingten Gier und Zerstörungsmaschinerie Einhalt zu gebieten und dazu alles zu mobilisieren, was noch an der Idee eines humanen Lebens und einer nicht vollkommen instrumentalisierten Lebensweise hängt.

Daher rührt auch der Verweis auf Gruppen, die sozialistische Bewegungen

lange rechts liegen ließen, wie die Armen, die ausgegrenzten und deklassierten Unterschichten der nationalen und internationalen Gesellschaften und Systeme. Aus dieser Sicht versteht sich, dass es zuerst um recht bescheidene Ziele geht, wenn der große Entwurf eines neuen Gemeinsamen, eines anderen Zusammenhangs mit menschlichem Umgang in allen Sphären später machbar werden soll. Der Einsatz für die Demokratie steht auf der Tagesordnung, wir sind so heruntergekommen, dass sie nur noch durch eine riesige Anstrengung der gesamten Humanwelt gesichert werden kann. Das Erinnern daran, dass auch zur Zeit der Klassentheorien und -kämpfe die Klassen nie in Reinheit auftraten, sondern immer große Bündnisse und Kooperationen darstellten, die weit über Sozialstrukturanalysen und begrenzte Denkweisen, über limitierte Revolutionsspektren hinausreichten, ist nicht mehr erforderlich. Demokratie ist Herrschaft aller durch alle, ihre radikale Erneuerung steht an, nicht als Repräsentationsmodell, sondern als direktes und autonomes politisches Projekt, getragen vom unbegrenzten Potenzial der Multitude.

Sie muss deshalb so umfassend und so konturlos sein, weil es das Kapital auch ist. Gegen das Empire als Herrscher der Welt ist keine Gruppe entbehrlich, so wie das Empire selbst und seine imperiale Souveränität niemand entbehren kann. Die potenzielle Macht der Multitude in ihrer Komplexheit und ihrer Verschwommenheit entspricht der Herrschaft des Empire, die so komplex wie ortlos ist; beide ergänzen sich, solange die Herrschaft besteht. Wenn die Dominanz aber durch die Demokratie, als Netzwerk der Kooperation, als Krieg

gegen den Krieg und gegen Korruption und Unordnung, als rebellisches Handeln und als radikaler politischer Akt der Liebe, überwunden werden soll, dann vergeht das Empire im Kontext der Erhebung fast der gesamten Menschheit, die sich durch Kommunikation und Zusammenarbeit aller überhaupt vorhandenen und vorstellbaren Aktivitäten und Bewegungen selbst in etwas ganz Neues verwandelt, dem Empire, Herrschaft und Klassen wesensfremd sind.

Das ist die Essenz eines Werkes, das durchaus zum Leitfaden grundlegender Veränderungen auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene werden könnte. Es muss nur immer wieder und von unterschiedlichen Motiven und Interessen her für eine greifbare Wirklichkeit, ein konkretes Problem, interpretiert werden, im Sinne einer Gebrauchsanweisung von Politik, in der viele Seiten und Themen noch fehlen.

Andrew Herod, Melissa W. Wright (eds.): *Geographies of Power. Placing Scale*. Oxford 2002. 315 S.

In diesem Sammelband werden zwar nicht die titelgebenden „Geographien der Macht“ diskutiert, doch die den Inhalt weit besser beschreibende, im Untertitel gestellte Frage nach der Bedeutung räumlicher Maßstabebenen (*scales*) ist nicht weniger aktuell oder diskutierenswert. Die zehn Beiträge befassen sich auf die eine oder an-

Aber es ist ausreichend Platz für diese reserviert, nichts und niemand muss außen vor bleiben. Die Multitude eröffnet einen intelligenten, offenen Rahmen für die erfolgreiche Auseinandersetzung mit Unterdrückung und Ausbeutung durch ein multiples und flexibilisiertes Kapital, dessen Popularität im Sinken begriffen ist.

Literatur

Deppe, Frank u.a. 2004: *Der neue Imperialismus*. Heilbronn.

Harvey, David 2005: *Der neue Imperialismus*. Hamburg.

Misik, Robert 2005: *Genial dagegen. Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore*. Berlin.

Zeller, Christian (Hg.) 2004: *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster.

Heinz Arnold

dere Weise mit der seit den 1990ern in der angloamerikanischen Geographie debattierten *scale question*, in der es um die Produktionen und Funktionsweisen der sozialen Realität räumlicher Maßstabebenen geht. Dies tun sie in so heterogener Weise, dass man, wohlwollend formuliert, von einer reichhaltigen Textsammlung mit vielen Denkanstößen sprechen könnte. Durch eine weniger rosa gefärbte Brille betrachtet handelt es sich um Texte, die sich weitgehend zufällig zwischen denselben Buchdeckeln

wiederfinden und für die *scale* sehr unterschiedliche – und m. E. sehr unterschiedlich sinnvolle – Dinge bedeutet. Exemplarisch seien zwei Texte prominenter (Wirtschafts-)Geograph/inn/en etwas ausführlicher diskutiert.

Kevin Cox kritisiert in seinem Beitrag die regulationstheoretische Debatte um die *politics of scale* in zwei Punkten. Am Beispiel der Arbeiten von Swyngedouw (*glocalization*) und Jessop (*hollowing out of the nation state*) bemängelt er erstens, dass hier Ökonomie und Staat als zwei getrennt voneinander existierende Entitäten charakterisiert werden, die „sich gegenseitig Dinge antun“ (90), anstatt ihr dialektisches Verhältnis zueinander zu bestimmen. Deshalb, so Cox, scheint es in vielen Beiträgen geradezu so, als müsse der „wohlwollende und weitsichtige“ (ebd.) Staat die Gemeinheiten der Ökonomie ausbaden. Dieser Sicht hält er zu Recht entgegen, dass es die Staaten selbst sind, die den ökonomischen Akteuren aus eigenem Interesse sowohl Schranken setzen als auch bei deren Überwindung unterstützen. Zweitens arbeiten regulationstheoretische Analysen laut Cox mit nur zwei räumlichen Maßstabsebenen, der nationalen und der internationalen. So verlieren sie die tatsächliche Vielfalt konkreter vorliegender und ausgekämpfter *scales* aus dem Blick. Als Alternative schlägt er vor, sich mit den *scales* der politischen Ökonomie des Kapitalismus ausgehend von zwei wirtschaftsgeographischen Ansätzen zu befassen. Erstens überträgt er Doreen Masseys Konzept der räumlichen Arbeitsteilung auf die Frage der *scales* (hier verstanden als räumliche Reichweite). Die *scale division of labor* des

Kapitals bezeichnet dann die unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen, auf denen verschiedene Kapitalfraktionen oder Unternehmen agieren. In dieser Hinsicht, so Cox, unterscheiden sich etwa lokal ausgerichtete Wirtschaftszweige fundamental von exportorientierten (93), was Konsequenzen für ihre ökonomischen und politischen Strategien und Allianzen hat. Zweitens knüpft Cox an Harveys grundsätzliche Arbeiten zum Widerspruch von räumlicher Fixierung und Mobilität in der Kapitalakkumulation an. In dieser Situation liefert das geteilte Interesse an räumlich fixierten Werten die materielle Basis für territorial definierte politische Allianzen. Angesichts der globalen Akkumulationskrise folgt daraus eine Politik, die anstehende Entwertung vor allem *anderswo* stattfinden lassen will. Als Synthese dieser beiden Argumentationen fordert Cox, den strategischen Einsatz von Politiken unterschiedlicher Reichweite (*scales*) durch unterschiedliche Wachstumskoalitionen zu untersuchen. Diese bringen stets neue *state scalar fixes* hervor, die er als immer neue Varianten versteht, politische und ökonomische Aktivitäten auf bestimmte räumliche Maßstabsebenen zu verlagern. Die Arbeitsteilung des Kapitals beschränkt sich dann nicht auf die politisch bestimmten *scales* national, international und subnational, sondern kann in vielfacher Weise skalar organisiert sein und muss deshalb *in concreto* untersucht werden (98). Dieser anspruchsvolle Vorschlag, sowohl Staat als auch Raum in den *scale*-Debatten präziser und dabei konsequent von sozialen (hier: politökonomischen) Prozessen ausgehend zu begreifen, scheint mir angesichts der zu-

nehmenden Verflachung der Debatte, in der auf einmal alles irgendwie *scale* zu sein scheint, sehr willkommen.

Ein Beispiel für die letztgenannte Tendenz liefert der Beitrag von *Graham-Gibson*, die (der Doppelname steht für Julie *Graham* und Katherine *Gibson*) darauf insistieren, dass lokale alternative Ökonomien im globalen Kapitalismus möglich und emanzipatorisch sind. Dies ist ihres Erachtens äußerst wichtig für ein „politisches Projekt der Resubjektivierung“ (36), das es Subjekten erlaube, „sich als frei von der kapitalistischen Globalisierung zu erfahren“ (ebd.). Ihr Bezug auf die *scale*-Debatte besteht darin, aus dieser Überzeugung zu folgern, dass das Lokale *besser* ist als das Globale, weil sich Opfer des globalen kapitalistischen Wahnsinns *besser fühlen*, wenn sie sich auf lokaler Ebene alternativ vergesellschaften. Diesen m. E. absurden Standpunkt wollen *Graham-Gibson* als anti-kapitalistisch und wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte anerkannt wissen.

Bezogen auf die *scale*-Debatte liegt der Kern der Absurdität m. E. in der abstrakten Gegeneinanderaufrechnung von „dem Lokalen“ und „dem Globalen“. Von der Sache her geht es *Graham-Gibson* um Vergesellschaftungen jenseits des kapitalistischen Marktes. Mit räumlicher Maßstabebene hat das nur sehr indirekt und nachgeordnet zu tun, insofern viele Alternativökonomien tatsächlich eher auf lokaler Ebene stattfinden, der Kapitalismus hingegen den Weltmarkt geschaffen hat. Indem *Graham-Gibson* die verschiedenen Formen der Ökonomie aber ausgehend von *scale*-Begriffen diskutieren, sehen sie notwendig vom *In-*

halt ihres eigentlichen Gegenstands, den Ökonomien, ab. Diese thematisieren sie überhaupt nicht als solche, also in ihrer (sozialen) Funktionsweise, sondern nur als Gegenstände des „ökonomischen Diskurses“. Denn diesen gälte es „als performativ und produzierend, und nicht als die Realität widerspiegelnd“ (36) zu verstehen. Folglich sei es das höchste der antikapitalistischen Gefühle, einen „Diskurs ökonomischer Differenz [zu etablieren], in dem die Ökonomie divers (und nicht nur kapitalistisch), in dem ökonomische Dynamiken multipel (und nicht nur auf die Suche nach Profit und auf das Gesetz des Marktes beschränkt) und überdeterminiert (anstatt natürlicherweise dominierend) sind“ (37). Nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit zu verändern ist dann das Ziel anti-kapitalistischer Theorie und Praxis, sondern die Etablierung eines alternativen ökonomischen Diskurses.

In einem kurz vorgestellten Projekt führen *Graham-Gibson* vor, wie dieser Antikapitalismus qua Resubjektivierung in der Praxis aussieht. Bewohner/innen einer von ökonomischem Niedergang betroffenen ländlichen Region in Australien, denen in Fokusgruppendifkussionen über ihre Ortschaften nur Negatives einfiel, wurden ermuntert, auch nach Positivem in ihrer kriegengeschüttelten Gegend zu suchen. Weil ein „greifbarer Stimmungsumschwung“ (42) festzustellen war, als die Beteiligten euphorisch von diversen alternativen (und fast durchgehend staatlich geförderten) Aktivitäten berichten, sehen *Graham-Gibson* in dieser Aufzählung von aus der Not geborenen Projekten einen positiv zu bewertenden und vor allem antikapitalistischen Dis-

kurs. Dabei interessiert es sie nicht, dass die dergestalt Resubjektivierten davon, dass sie anders über die Ökonomie reden und sich in Teilen ihres Alltags alternativ vergesellschaften, keine bessere Wohnung, Nahrung oder Kleidung haben und auch nach wie vor keinerlei Einfluss auf deren Preise, den Wert ihrer Lohnarbeit oder die Höhe ihrer staatlichen Zuwendungen. Indem sie das Thema in *scale*-Begrifflichkeiten verhandeln, gehen *Graham-Gibson* aber noch weiter als diese sozusagen „ganz normale“ und in verschiedenen Spielarten weit verbreitete idealistische Abstraktion von ökonomischen Realitäten. Nicht nur reden sie anstelle von ökonomischer Wirklichkeit von ökonomischen Diskursen, diese setzen sie auch noch mit bestimmten räumlichen Maßstabebenen gleich: kapitalistischer Diskurs = global, nicht-kapitalistischer Diskurs = lokal.

Durch diesen Übergang von der konkreten Organisation des Ökonomischen zu den Abstraktionen „das Globale“ und „das Lokale“ ordnen *Graham-Gibson* auch alles andere, was irgendwie mit diesen räumlichen Maßstabebenen zusammenhängt, diesem Gleichungssystem zu. So kann für sie auch anti-kapitalistische Theorie nur bezogen auf „das Lokale“ sinnvoll sein. Auf dieser Basis ergehen sie sich in Mutmaßungen über die diskursive Macht der *global scale*, der marxistische und andere Kritiker/innen des Weltmarkts ihres Erachtens erliegen. Den Grund für diese Verblendung sehen sie in dem Glauben daran, dass „größeren Umfang und größerer räumlicher Ausdehnung mehr Macht innewohnt“ (28). Zusätzlich setzen sie diese räumliche Bedeutung von *global scale* („den Erdball

umfassend“) mit der metaphorischen („allgemeine Ebene“) gleich, womit die Gleichung noch länger wird: kapitalistischer Diskurs = global = universalistisches Denken = schlecht. Dem setzten sie ihre Sicht der Dinge entgegen: alternativer ökonomischer Diskurs = lokal = Denken in Differenzen = gut.

Damit tun sie exakt das, was sie den vermeintlich durch das Denken der Aufklärung verdorbenen Kapitalismuskritiker/innen und deren Bevorzugung „des Globalen“ vorwerfen, nämlich „an sich ‘leeren’ *scales* der Analyse Bedeutungen zuzuschreiben“ (31). Die Rede von „dem Lokalen“ und „dem Globalen“ führt *Graham-Gibson* also noch weiter weg von einer Analyse des Verhältnisses von kapitalistischem zu nicht-kapitalistischem Wirtschaften. Das ist kein Zufall, sondern folgt aus dem zentralen Argument der *scale*-Debatte: Räumliche Maßstabebenen des Sozialen liegen nicht „an sich“ vor, sind aber auch nicht auf reine „Blickwinkel“ zu reduzieren, sondern werden in sozialen Prozessen als gesellschaftliche Wirklichkeiten produziert. Deshalb können *scales* nie ein sinnvoller Ausgangspunkt der Analyse sein. Sie sind vielmehr, so lässt sich die angloamerikanische *scale*-Debatte zusammenfassen, als soziale Konstrukte Ergebnis, Mittel und Voraussetzung sozialer Prozesse, die deshalb den Ausgangspunkt der Analyse bilden. Dazu gleich mehr.

Zuvor sei noch eine Vermutung zu der Frage formuliert, warum *Graham-Gibson* auf solch hanebüchene Konstruktionen kommen und damit in einem Beitrag zu ökonomischen Themen vom Ökonomischen komplett abstrahieren. Der von ihnen

vertretene Antikapitalismus qua Resubjektivierung kommt bei den Anhänger/inne/n der ersten Gleichung (der mit „global“) nicht gut an. So hat sie ein „älterer marxistischer Geograph“ (25) nach einem Vortrag darauf hingewiesen, dass ihr Lob alternativer lokaler Ökonomien „die Macht der globalen ökonomischen Dynamik vernachlässigt“ (ebd.). Das empfanden sie als „herabsetzend“ (ebd.). „Wir *wollen* diese Projekte nicht als zweitklassig abgekapselt sehen – als wertvoll und interessant, vielleicht aber unfähig, globale Kräfte anzugreifen.“ (29; Herv. B.B.) Warum dies aber jenseits ihres eigenen Willens auch tatsächlich so sein sollte, bleibt unerklärt. Möglicherweise liefert der Hinweis auf den eigenen Willen und die Empfindung der „Herabsetzung“ eine Erklärung: Vielleicht geht es *Graham-Gibson* schlussendlich gar nicht um Ökonomie, Vergesellschaftung und *scales*, sondern um ihre eigenen Befindlichkeiten. Dann wäre ihnen die *scale*-Rhetorik nur (modisches) Mittel, um *sich selbst* – die damit zu Subjekten *und* Objekten des Beitrags würden – in ein besseres Licht zu rücken.

Zurück zur *scale*-Diskussion. Die ganze Konstruktion von *Graham-Gibson* verweist auf die zentrale Gefahr dieser Debatte: Seitdem die *scale*-Terminologie in Mode gekommen ist, werden alle möglichen sozialen Phänomene in diesen Begrifflichkeiten verhandelt, was mitunter nicht nur keine zusätzlichen Erkenntnisse liefert, sondern qua Reifizierung vermeintlich extra-sozialer *scales* von einer Klärung sozialer Gegenstände tendenziell wegführt. In Analogie zum Raumfetischismus kann dies als Skalenfetischismus verstanden werden:

Indem „das Globale“, „das Lokale“ oder, klassisch geographisch, „die Region“ *ad abstractum* diskutiert werden, werden räumliche Maßstabebenen des Sozialen ontologisiert. Damit wird von deren sozialer Produktion abgesehen und aus dem Explanandum das Explanans gemacht.

In diese Falle tappen auch die Autor/inn/en einiger weiterer Beiträge des Bandes: *Latham* benutzt die *scale*-Debatte, um zu behaupten, dass polit-ökonomische Autor/inn/en nicht untersuchen könnten, „wie Alltagspraktiken zwischen dem Lokalen und dem Globalen verwoben sind“ (116). Er bevorzugt die *actor network theory* und behauptet, dass man nur mit ihr eine Gastronomiemeile in Auckland untersuchen und verstehen könne. Er findet heraus, dass die von ihm untersuchten Gaststätten gleichermaßen lokal, global und national sind. Was er damit über die Aktivitäten in dieser Straße Wissenswertes erfahren haben will, bleibt schleierhaft. *Kirby* meint, dass die bisherige *scale*-Debatte zu kurz greift, weil sie nicht alle im Alltag vorkommenden räumlichen Maßstabebenen umfasse. Er nennt, jeweils bezugnehmend auf Phänomene der Populärkultur, die für Science Fiction zentrale extraterrestrische Maßstabebene sowie *Goffmans* Unterscheidung vorder- und rückseitiger Regionen, die zum Verständnis des „Gebrauchs von Überwachungstechnologien in der öffentlichen Unterhaltung“ (179) wichtig sei. Nichts, was man in diesem Text über Populärkultur erfährt, hätte man nicht auch erfahren, wenn der Autor den Gegenstand nicht als *scale*-Problem thematisiert hätte.

Anders (und m.E. sinnvoller) geht etwa *Kurtz* in ihrem Beitrag vor, in dem sie

anhand des konkreten Falls einer emissionsstarken Industrieansiedlung in unmittelbarer Nähe eines von Afroamerikaner/innen bewohnten Stadtteils untersucht, von welcher räumlichen Maßstabsebene aus betrachtet dies als *environmental racism* gelten und politisch kritisiert werden kann. Dasselbe gilt für den Beitrag von *Mains*, die zeigt, welche nationalistischen Ideologien in die lokalen Praxen der Grenzpolizei entlang der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze eingehen und wie sie diese durch die Öffentlichkeitsarbeit der

Behörden wiederum verstärken. Beide Beispiele zeigen, dass mit Hilfe von *scale*-Terminologien sehr wohl neue und wesentliche Aspekte an konkreten Gegenständen gefunden und untersucht werden können. Die Debatte in dieser Richtung weiterzuentwickeln und den Untiefen des Skalenfetischismus zu entgehen, ist eine m.E. wichtige Aufgabe der Theoriearbeit, zu der der Band von *Herod* und *Wright* sowohl mit positiven als auch mit Negativbeispielen einen Beitrag leistet.

Bernd Belina

John F. Wilson, Andrew Popp (eds.): *Industrial Clusters and Regional Business Networks in England, 1750-1970*. Aldershot, Burlington 2003. 288 S.

In der Wirtschaftsgeschichte hat die Untersuchung von Industrieregionen in den 1990er Jahren neue Impulse durch die Fokussierung auf Netzwerke von Firmen und Institutionen erhalten. Dabei wird zunehmend auch auf Konzepte zurückgegriffen, die in der (Wirtschafts-)Geographie entwickelt bzw. angewendet werden. Es wird organisationstheoretisch nach den unterschiedlichen Unternehmensformen und ihrer Koordination gefragt und sozialtheoretisch nach der Einbindung der wirtschaftlichen Akteure in sozio-kulturelle Milieus. Angesichts des anschwellenden Korpus

empirischer Studien haben sich die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen der Netzwerkforschung enorm vermehrt. John F. Wilson und Andrew Popp fragen mit ihrem Sammelband vor allem nach einem Vergleichsrahmen für die Analyse der langfristigen Entwicklung von industriellen Distrikten und Clustern. Räumlich wurde das Projekt bewusst auf England eingegrenzt, zeitlich reicht es über die gesamten 200 Jahre des industriellen Großbritanniens. Mit drei Studien, die mehr als ein Jahrhundert umfassen und weiteren acht Studien, die mehrere Jahrzehnte beschreiben, wird der selbst gesteckte Anspruch einer weiten Zeitperspektive erfüllt.

Der Band bietet ein breites Panorama unterschiedlicher standörtlicher Entwicklungen, durch das sich eine fruchtbare

Perspektive auf die englische Industriegeschichte ergibt. Den entsprechenden Test kann man anhand der klassischen und gut untersuchten Sektoren bzw. Regionen der britischen Industrialisierung nachvollziehen, auf die der Cluster-Ansatz angewendet wird, so etwa auf die Wollindustrie in West Yorkshire und auf die Metallindustrien in der Sheffields Region. Allein drei Beiträge zum Aufstieg und Niedergang der Baumwollindustrie in Lancashire machen das explanative Potential clustertheoretischer Ansätze deutlich. In den vielfachen Untersuchungen zum Niedergang Manchesters nach dem ersten Weltkrieg wird häufig die einförmige Optimierungsstrategie der Textilindustriellen und die zu geringe industrielle Diversifikation des Standortes konstatiert. Diese strukturellen Mängel werden in den drei Beiträgen selbst zum Erklärungsgegenstand. So verdeutlichen John F. Wilson und John Singleton die Bedeutung der regionalen Geschäftselite, die ihre eingefahrenen Gleise der Geschäftsstrategie nicht ändern wollte bzw. konnte und alternative Entwicklungspfade der Region blockierte. Steve Toms und Igor Filatotchev diagnostizieren die Herausbildung einer speziellen Governance-Struktur mit starken Geschäftsführern und schwachen, inaktiven Shareholdern. Während die Direktoren mit ihren dichten persönlichen Kontakten die Funktionsfähigkeit des gesamten Clusters bewahren wollten, gelang es den Kapitalgebern über lange Jahre nicht, eine rationalere Struktur in den Einzelunternehmen zu implementieren. Sue Bowden und David Higgins heben die Bedeutung der regionalen Industrieverbände bei der Durchsetzung der Netzwerk-Positi-

on in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg hervor. Diese aktive, aber im Ergebnis negative Rolle des Lancashire-Baumwolle-Netzwerkes heben Bowden und Higgins von der eher passiven Rolle des Yorkshire-Wolle-Netzwerkes ab, dessen Durchsetzungskraft nicht für eine verbändegesteuerte, branchenweite Industriepolitik reichte.

In den weiteren Beiträgen werden verschiedene Gründe für den Aufstieg von Clustern erforscht, wobei der Schwerpunkt auf dem sozial-kulturellen Milieu liegt. Steven Counce lenkt die Aufmerksamkeit auf das Zusammenspiel von Händlern, Produzenten und Bankern in der Textilindustrie von West Yorkshire. Anhand der Branchenkrise von 1825/26 belegt er die effiziente Reaktionsfähigkeit des Netzwerkes und die Bedeutung informeller, vertrauensbasierter Praktiken. Lucy Newton zeigt, wie sich ein lokales, von persönlichen Kontakten getragenes Finanz-Netzwerk in Sheffield bildete und zwischen 1855 und 1885 eine Expansion der örtlichen Stahl- und Maschinenbauindustrie beförderte. Gillian Cookson untersucht die überragende Rolle der Quäker beim wirtschaftlichen Aufstieg von Darlington. Dabei sieht er den Grund für ihre Dominanz vor allem in den überregionalen Verbindungen, die sie aufgrund ihrer religiösen Gruppenzugehörigkeit knüpfen konnten. Richard Coopey stellt die Standorte der Handschuh-Industrie dar und trifft hier ebenfalls auf einen signifikanten Einfluss religiös-kulturell basierter Netzwerke. Schließlich wendet sich Francesca Carnovali der institutionell gesteuerten Herstellung von besseren Vertrauensbeziehungen

in der Birminghamer Schmuckindustrie zu, einem erstaunlicherweise erfolgreichen Eingriff in die Qualität sozialer Netzwerke.

Die abschließenden drei Beiträge behandeln unterschiedliche Transformationspfade industrieller Distrikte. Andrew Popp erzählt den Zusammenschluss der Chemieindustriellen in Widnes zu einem einzigen Konzern, der United Alkali Company, nach. Roger Lloyd-Jones und M. J. Lewis wenden sich dem Wandel von Coventry zu einem Zentrum der Maschinenbau- und Fahrzeugindustrie zu. Till Geiger beschäftigt sich mit dem Einfluss der militärischen Aufträge auf den (verzögerten) sektoralen Umbau in Manchester.

Bei aller Sorgfalt und Beschreibungsdichte der Aufsätze ist der Band jedoch vor allem als Sammlung von Fallstudien einzuordnen, kaum hingegen als Umsetzung einer gemeinsamen Forschungsperspektive. Die Darstellung von Triebkräften des Aufstiegs und der Veränderung von industriellen Distrikten wird noch mit sehr unter-

schiedlichen Instrumenten und Schlussfolgerungen betrieben. Daran kann auch der gut organisierte einleitende Beitrag von M. C. Casson zu ökonomischen Ansätzen der Netzwerkforschung wenig ändern. Dies soll nicht besagen, dass die Autoren theoriefern arbeiten. So greifen John F. Wilson und John Singleton auf den von G. M. Peter Swann vorgelegten Ansatz von Lebenszyklen industrieller Cluster zurück, Steve Toms und Igor Filatotchev wenden ressourcentheoretische Ansätze an, und Andrew Popp nutzt den Embeddedness-Ansatz. Vielmehr dokumentiert sich darin zum einen die Komplexität des Gegenstandes – die verschiedenen Cluster erlitten sehr unterschiedliche Schicksale, wie John F. Wilson und Andrew Popp im abschließenden Kapitel bemerken. Zum anderen stellt dies wohl den state-of-the-art eines noch jungen und faszinierenden Forschungsfeldes der Wirtschaftsgeschichte gut dar.

Christoph Scheuplein

Aus der Reihe GEOGRAPHISCHE HOCHSCHULMANUSKRIPTE (GHM) – alte Folge – sind noch wenige Exemplare lieferbar; Preis je Band: 3,— Euro + Versandkosten (siehe dazu auch das entsprechende Angebot mit Preisen und Versandkosten unter www.booklooker.de)

- Band 1: Beck, Günther: Zur Kritik der bürgerlichen Industriegeographie. Ein Seminarbericht. Göttingen 1973
- Band 2: Schramke, Wolfgang: Zur Paradigmengeschichte der Geographie und ihrer Didaktik. Eine Untersuchung über Geltungsanspruch und Identitätskrise eines Faches. Göttingen 1975
- Band 3: Küchler, Johannes / Müller, Margit / Tömmel, Ingeborg: Stadtentwicklungsprozeß – Stadtentwicklungschancen: Planung in Berlin, Bologna und in der VR China. Göttingen 1976
- Band 4: Asche, H[artmut] / Massarrat, M[ohssen]: Studien über die Dritte Welt. Asiatische Produktionsweise (Iran). Ausbreitung kolonialer Herrschaft (Indien). Göttingen 1977
- Band 6: Gesellschaft zur Förderung regionalwissenschaftlicher Erkenntnisse e. V. (Hg.): Geographie als politische Bildung. Beiträge und Materialien für den Unterricht. Göttingen 1978
- Band 7/1: Schramke, Wolfgang / Strassel, Jürgen (Hg.): Wohnen und Stadtentwicklung. Ein Reader für Lehrer und Planer. [Teilband 1] Oldenburg 1978
- Band 7/2: Schramke, Wolfgang / Strassel, Jürgen (Hg.): Wohnen und Stadtentwicklung. Ein Reader für Lehrer und Planer. [Teilband 2] Oldenburg 1979
- Band 8: Böttcher, Hartwig: Zwischen Naturbeschreibung und Ideologie. Versuch einer Rekonstruktion der Wissenschaftsgeschichte der deutschen Geomorphologie. Oldenburg 1979
- Band 9: Becker, Axel / u. a.: Regionale Ungleichentwicklung und Reformpolitik. Planungskonzepte der Kommunistischen Partei Italiens für Bologna und die Emilia-Romagna. Oldenburg 1982
- Band 10: Buch-Hansen, Mogens: Grundkurs Geographie (aus dem Dänischen übertragen und für den Gebrauch in deutschen Schulen bearbeitet von Holger Krawinkel und Wolfgang Schramke). Oldenburg 1982
- Band 11: Krämer, Jürgen / Neef, Rainer (Hg.): Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Texte zu einer 'New Urban Sociology'. Oldenburg 1985

Bestellungen bitte an folgende Adresse:

Prof. Dr. Günther Beck, Lotzestraße 20 A, D-37083 Göttingen
e-mail: beck@uni-flensburg.de